

## 4 Die wechselnden Begründungen für die Notwendigkeit der Bevölkerungskontrolle

Die Gründe, die für die Notwendigkeit von geburtenbeschränkenden Maßnahmen in den Ländern der Dritten Welt ins Treffen geführt wurden, blieben keineswegs immer gleich. Die Argumente haben einander aber nicht abgelöst, sondern tauchen sich überschneidend immer wieder auf.

Im folgenden empirisch-analytischen Teil werden die wichtigsten Begründungen für die Notwendigkeit von Bevölkerungskontrolle, wie sie historisch, aber auch aktuell in den untersuchten Materialien aus den 90er Jahren angeführt werden, zusammenfassend präsentiert. Besonderes Augenmerk wird dabei auf das „Umwelt(schutz)“-Argument gelegt, wie es bereits Ende der 40er, auf breiter gesellschaftlicher Ebene allerdings erst Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre auftauchte. Die konstatierte Überbevölkerung wurde zur Bedrohung schlechthin für das „Überleben der Menschheit“ und „den Planeten Erde“. Damit gelang eine sämtliche politische Grenzen überschreitende Mobilisierung für diese Problematik. Zudem scheint die Notwendigkeit eines entschlossenen und harten Vorgehens gegen die Überbevölkerung unmittelbar einsichtig, geht es doch um das (Über)Leben „des Ganzen“.

Nach der Schilderung der konkreten Praxis von Bevölkerungskontrollmaßnahmen in einigen Ländern der Dritten Welt werden abschließend noch die Lösungen präsentiert, die im Analysematerial für das Bevölkerungsproblem vorgeschlagen werden.

Wie gezeigt wurde, war die Übertragung eugenischer Ängste vor dem angeblich unterschiedlichen Vermehrungsverhalten von „höher-“ und „minderwertigen“ Menschen sowie offen rassistischer Bedrohungsgefühle angesichts der möglichen „Majorisierung“ der „weißen Rasse“ durch „die farbigen Völker“ von Anfang an konstitutives Element des Diskurses über die Übervölkerung der Dritte-Welt-Länder, der unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzte. Der Verweis auf den sinkenden Anteil der Industrieländer, Europas oder auch Deutschlands<sup>1</sup> an

---

<sup>1</sup> So stellt beispielsweise der Demograph Josef Schmid fest: „Eine gewisse Dramatik zeigen die deutschen Anteile an der Weltbevölkerung. Der Rückgang auf 0,8 Prozent bis 2050 ist auch mit einem gewissen Bedeutungsverlust Deutschlands verbunden.“ (SCHMID J. 1999a: 18). Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland sei insbesondere problematisch, da „hinter jeder wirtschaftlichen Großmacht [...] auch eine demographische *Potenz* [steht]. Die organisatorisch-technische Entwicklung ersetzt zwar immer mehr Quantität durch Qualität, doch jede Produktionsweise stößt einmal an ihre kritische demographische Grenze.“ (a. a. O.: 19, Hervorh. B. R.). – Sorgen bereitet dem Demographen offensichtlich insbesondere die Aufrechterhaltung der ökonomischen Machtstellung Deutschlands und der dafür notwendigen Bedingungen. Doch Schmid stellt sich darüber hinaus „die Frage nach der Zukunft der westlichen Zivilisation“ (a. a. O.: 22) überhaupt, denn:

der Weltbevölkerung<sup>2</sup> und die (drohenden) daraus resultierenden Verschiebungen der Machtverhältnisse<sup>3</sup> findet sich auch in aktuellen Veröffentlichungen zu dem Thema häufig.

---

„Sollte sich herausstellen, daß das westliche Lebensmodell nicht universell übertragbar ist, dann könnte es eine Episode bleiben, eine Scheinblüte in der Menschheitsgeschichte oder die lokale Luxusveranstaltung einer zur Zeit noch reichen und mächtigen Minderheit, der es aber an Nachhaltigkeit fehlt. Sowie der abendländische Geist an die Populationen gebunden bleibt, die ihn hervorgebracht haben, könnte die Aufzehrung ihrer demographischen Substanz auch sein Ende bedeuten.“ (ebd.).

– Der „abendländische Geist“ und seine Hervorbringungen erscheinen als „höchste Stufe“, die „eigentlich“ von der „ganzen Welt“ übernommen werden müßte und sollte, so sie denn dazu in der Lage wäre.

Auch der Demograph Herwig Birg weist auf die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland hin, die „alarmierend“ (BIRG 1994: 24) sei.

Der Humanethologe Eibl-Eibesfeldt versteigt sich zu der Äußerung: „[...] den Angehörigen des eigenen Volkes einzureden, es komme nicht auf das Überleben in eigenen Nachkommen an, erscheint mir unverantwortlich, da es nach meinem Dafürhalten dem Versuch einer Überredung zum Ethnosuizid gleichkommt.“ (EIBL-EIBESFFELDT 1994: 136). – Die komplexen Ursachen für den Geburtenrückgang in den Industriestaaten werden ausgeblendet und eine vermeintliche gezielte politische Aufforderung zum Verzicht auf „eigenen“ Nachwuchs für die niedrigen Geburtenzahlen verantwortlich gemacht. Eibl-Eibesfeldts Sorge gilt explizit dem „deutschen Volk“, dessen „Aussterben“ er als „Selbstmord“ befürchtet.

2 Vgl. dazu die Abbildungen 15 und 16 im Anhang.

Der größte Teil des Bevölkerungswachstums innerhalb der Gruppe der Industriestaaten entfällt auf Nordamerika und insbesondere die USA (vgl. beispielsweise HAUB 1997: 11; o. V., WELTBEVÖLKERUNG 1996).

In KHALATBARI 1992 ist von einer „**demographisch gespaltene[n] Welt**“ (a. a. O.: 65, Hervorh. im Original) die Rede, um die ungleiche Bevölkerungsentwicklung in Entwicklungs- und Industrieländern zu bezeichnen: „Die Kehrseite dieses Prozesses [der „Bevölkerungsexplosion“ in den „armen Ländern“, B. R.] ist die Abnahme des Anteils der Bevölkerung der industriell entwickelten Staaten an der Weltbevölkerung.“ (a. a. O.: 66) Illustriert wird diese Feststellung von einer „Tortenstück-Graphik“, die den schrumpfenden Anteil der Industrieländer gegenüber dem stark vergrößerten Anteil vor allem Afrikas deutlich machen soll. Khalatbari konstatiert zudem: „Das demographische Gleichgewicht in unserer Welt wird mit zunehmendem Tempo zerstört.“ (a. a. O.: 67). Die Vorstellung einer „richtigen“, noch „tragbaren“ Bevölkerungszahl ist im Bevölkerungsdiskurs weit verbreitet. Die Bedrohung für das „Gleichgewicht“ wird dabei primär in der starken Vermehrung der Bevölkerungen in den Ländern des Südens geortet.

Vgl. ähnlich auch LASZLO 1992: 54f.

In KENNEDY 1994 ist von einer „demographische[n] Mauer“ (a. a. O.) die Rede, die nach Ende des Kalten Krieges in den Blickpunkt gerückt sei.

3 So wird in WÖHLCKE 1999 festgestellt, daß „in einigen Entwicklungsländern eine ‚demographische Masse‘ mit erheblichen Konsequenzen für die bisherigen sicherheitspolitischen Gewichtungen zwischen der nördlichen und südlichen Hemisphäre entstehen“ (a. a. O.: 22) könne. Er fährt fort: „Das Bevölkerungswachstum wird die Hierarchie des internationalen Systems verändern.“ (ebd.), und kommt zu dem Schluß: „Für die angestrebte ‚eine Welt‘ hat dies weitreichende Konsequenzen, denn falls sie tatsächlich entstehen sollte, würde sie wohl kaum nach den westlichen Interessen und Werten strukturiert werden.“ (a. a. O.: 23f.). – Daß dies aus der Sicht des Autors keine positive und wünschenswerte Perspektive darstellt, ist unschwer herauszuhören.

Auf diese „Gewichtsverschiebungen“ weist auch SCHMID J. 1999a: 22 hin, der sich insbesondere um den „voraussehbare[n] Einstellungswandel der Zugewanderten [nach Deutsch-

In den Anfangsjahren des Diskurses wurde insbesondere die von der wachsenden Bevölkerung in den armen Ländern ausgehende sicherheitspolitische Bedrohung für die (ehemaligen) Kolonialmächte und den „westlichen Block“ insgesamt thematisiert: Die überbevölkerten, armen, sich zum Teil gerade (formal) aus der kolonialen Abhängigkeit befreienden Gebiete seien besonders gefährdet, dem Kommunismus „anheimzufallen“.

Ab den 60er Jahren wurde die Überbevölkerung hingegen zunehmend als Problem für die Entwicklungsländer selbst angesehen: Die erwirtschafteten gesamtgesellschaftlichen Überschüsse würden, anstatt produktiv (re-)investiert werden zu können, von der rasant wachsenden Zahl an Menschen im wahrsten Sinne des Wortes „aufgefressen“ und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung auf diese Weise behindert.<sup>4</sup> Wirtschaftliche Rückständigkeit, Armut, Hunger und Kriege seien primär auf das rapide Bevölkerungswachstum zurückzuführen.<sup>5</sup>

Maßnahmen zur „Einbremsung“ der Bevölkerungszunahme wurden als unabdingbare Voraussetzung für „Entwicklung“ und „Modernisierung“, die wiederum „Wohlstand, Demokratie und Freiheit“ verhiessen, präsentiert. Die 60er Jahre wurden von der UNO zur ersten Entwicklungsdekade erklärt: Den unterentwickelten Nationen als angeblichen Nachzüglern sollte mittels verstärkter technologischer und finanzieller „Entwicklungshilfe“ seitens der „fortgeschrittenen“ Nationen eine „nachholende Entwicklung“ und Industrialisierung ermöglicht werden, um das Problem der Armut in diesen Ländern zu lösen.<sup>6</sup>

Die Menschen des „Südens“ sollten aber auch (sexuell) „aufgeklärt“ und ihnen ein „rationaleres“ Geschlechts- und Vermehrungsverhalten vermittelt werden.<sup>7</sup>

---

land, B. R.], der mit der steigenden Bevölkerungsgröße ihres Herkunftslandes zusammenhängt“ (a. a. O.: 21) sorgt. – Gemeint ist wohl ihre dann noch zunehmende angebliche Integrationsunwilligkeit.

4 Dieses Argument ist ein bis heute sehr gängiges und weitverbreitetes. – Vgl. beispielsweise Vorwort von Robert McNamara zu LEISINGER 1993: 9; KLÜVER 1990; in KEYFITZ 1993 heißt es in einem schönen Zirkelschluß: „Bevölkerungswachstum verhindert die Entwicklung, die das Bevölkerungswachstum eindämmen könnte“ (a. a. O., Überschrift). In JACOBI 1994 wird dazu verlautet: „Wächst die Bevölkerung jedoch schneller als das Bruttosozialprodukt, so essen die Babys den Fortschritt auf.“ (a. a. O.).

In dem Zusammenhang ist auch oft von der „demographische[n] Falle“ (beispielsweise KLÜVER 1994a: 14) oder der „malthusianische[n] Falle“ (SCHMID 1996a: 21) die Rede, in der die Entwicklungsländer gefangen seien.

5 So heißt es in SCHMID J. 1999b: „Bevölkerungswachstum wird den Entwicklungsprozeß verzögern und in der Zwischenzeit gefährliche Kompensationen anregen: Nationalismus, Rankämpfe, ethnische Separationsbestrebungen und Konflikte. Sie werden das kommende Jahrhundert prägen und es zu einem demographischen machen.“ (a. a. O.)

6 Vgl. ABESELOM 1995: 12 und 127. Die Armut als weltweites Problem ist eine „Entdeckung“ erst der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg: Im Zuge der Festlegung einheitlicher Armutsgrenzen durch internationale Institutionen wurden ganze Länder und Kontinente als „arm“ eingestuft. Als „Gegenmittel“ wurde ihnen die „wirtschaftliche Entwicklung“ im westlichen Sinne anempfohlen. – Vgl. RAHNEMA 1993: 22.

7 So wird beispielsweise in LASZLO 1992 die Behauptung aufgestellt, die jungen Paare in der Dritten Welt seien größtenteils „immer noch nicht ausreichend aufgeklärt oder emanzipiert

Die Erziehung zu „Voraussicht“, „Verzicht“ und „Selbstverantwortung“, wie sie einst schon Malthus eingefordert hatte, galt als unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Modernisierung, wobei nunmehr aber auf Familienplanung gesetzt wurde.<sup>8</sup> Das Bevölkerungsproblem galt – ganz im Sinne des fortschrittsgläubigen Charakters dieser Zeit – primär als „technisches Problem“, das zu lösen sei, indem genügend Verhütungsmittel zur Verfügung gestellt und verteilt würden.<sup>9</sup> Die Entwicklung der „Pille“ als effizientem Massenverhütungsmittel war für diese Sichtweise zweifelsohne von wesentlicher Bedeutung.

Bevölkerungspolitik als „Entwicklungshilfe“(-Beitrag oder auch -Ersatz) taucht bis heute im Überbevölkerungsdiskurs auf.<sup>10</sup> Ohne bevölkerungspolitische Maßnahmen seien Armut und Unterentwicklung in den Ländern der Dritten Welt nicht zu beseitigen, was allerdings einen „moralisch relevanten“ Konflikt zwischen dem „gesellschaftlichen Interesse“ an einer Wohlstandsvermehrung und der individuellen Freiheit der Zeugung heraufbeschwöre.<sup>11</sup>

Die Schaffung einer ausreichenden Zahl von (Erwerbs-)Arbeitsplätzen und die „Entwicklung der Humanressourcen“ durch den Aufbau einer entsprechenden Bildungs- und Gesundheitsinfrastruktur werden ebenfalls bis heute als zentrale, mit dem raschen Bevölkerungswachstum eng verknüpfte Probleme der Dritte-Welt-Länder erachtet.<sup>12</sup> Das „Entwicklungs“-Paradigma wurde – allen Krisen und Rückschlägen zum Trotz – keineswegs verabschiedet.<sup>13</sup>

---

genug, nur wirkliche Wunschkinder in die Welt zu setzen“ (a. a. O.: 54). – „Rationalisierte Fortpflanzung“ im Sinne der (möglichst absoluten) Trennung von „Sexualität“ und „Fortpflanzung“ gilt als Königsweg zu („automatisch“ glücklichen?) „Wunschkindern“, deren Zahl scheinbar selbstverständlich geringer sei. Die (allmähliche) „Entschärfung“ des Bevölkerungsproblems scheint somit möglich.

<sup>8</sup> Vgl. DONALDSON 1990: 28.

<sup>9</sup> Vgl. HEIM/SCHAZ 1996: 109f.

<sup>10</sup> So argumentiert beispielsweise ein Philosoph: „Bevölkerungspolitische Maßnahmen sind dann geboten, wenn die schnelle Steigerung des Lebensstandards auf anderem Weg nicht erreichbar ist.“ (LEIST 1991: 330).

Auch in BORCHARD 1997 wird hervorgehoben, daß „die Menschheit [...] den Wettlauf mit Not und Elend nur noch gewinnen [kann], wenn sich die Zahl der Menschen auf der Erde deutlich verringert“ (a. a. O.: 156).

<sup>11</sup> Vgl. LEIST 1991: 355f.; ein (potentieller) Konflikt zwischen individuellen Freiheitsrechten und den Sorgen ums „Allgemeinwohl“ wird auch in SCHOCKENHOFF 1997: 219 geortet.

Daß die Freiheit der Fortpflanzung nur gegeben wäre, wenn sich die Familien zur Gänze selbst erhalten würden, was bedeute, daß sie bei „zu starker“ Vermehrung dem Sterben der eigenen Kinder zusehen müßten, nicht aber im Falle öffentlicher Wohlfahrtsleistungen, wird in HARDIN 1976 betont. Falls Transferzahlungen geleistet würden, gebe es sehr wohl ein legitimes öffentliches Interesse an der Kontrolle der Fortpflanzung (vgl. a. a. O.: 11). – Hardin steht offensichtlich in der Tradition von Malthus: Während Malthus allerdings die Lösung gerade in der Etablierung individueller Verantwortlichkeit und dem „Sterbenlassen“ sieht, befürwortet Hardin (staatliche) Zwangsmaßnahmen in Form von Besteuerung und finanziellen Sanktionen (vgl. a. a. O.: 14).

<sup>12</sup> Vgl. BROWN/GARDNER/HALWEIL 2000: 47-50 und 83-86; LEISINGER 1993: 124f. und 127; KESSELRING 1992: 27f.; SCHMID J. 1999a: 17; ROCKEFELLER STIFTUNG 1998: 9; (se/hf) 2000: 1f.; in WÖHLCKE 1999 heißt es: „Ein besonderes Problem stellt die

Der Optimismus der 60er Jahre, daß die positiven Effekte wirtschaftlichen Wachstums irgendwann auch zu den Armen der Gesellschaft „durchsickern“ würden, und daß die bloße Distribution von Verhütungsmitteln ausreiche, um eine substantielle Absenkung der Geburtenraten herbeizuführen, erwies sich als unberechtigt. In den 70er Jahren kam es daher zu einer Neuformulierung der bevölkerungspolitischen Strategie: Im Sinne des neuen, die Entwicklungspolitik anleitenden Paradigmas der „Befriedigung der Grundbedürfnisse“<sup>14</sup> sollte Familienplanung essentieller Bestandteil der Maßnahmen zur entsprechenden Umgestaltung der sozioökonomischen Verhältnisse in den Entwicklungsländern werden.

Das Zauberwort war nun die „Integration“ der Familienplanung in Basisgesundheitsdienste, Bildungsprogramme<sup>15</sup> und ähnliches mehr. Durch die Veränderung der sozialen Strukturen sollte der „Motivation“ der Paare, viele Kinder in die Welt zu setzen, der Boden entzogen und diese im Sinne einer „Präferenz“ einer kleinen Kinderzahl verändert werden. Als „Alternative“ wurden allerdings auch Zwangsmaßnahmen diskutiert, falls nicht genügend Nachfrage nach Verhütungsmitteln und –methoden erzeugt werden könne.<sup>16</sup>

Neu war insbesondere die „Entdeckung der Frauen“, die sich damit zusammenhängend vollzog: Plötzlich richtete sich die Aufmerksamkeit auf den Beitrag der Frauen zur Sicherung des wirtschaftlichen Überlebens, auf ihre Rolle im „Entwicklungsprozeß“ und auf ihren entscheidenden Beitrag zur „menschlichen Reproduktion“. Dies war sicherlich nicht nur eine Folge des Scheiterns der bisherigen bevölkerungspolitischen Bemühungen, sondern auch des Aufnehmens von Impulsen aus der „neuen Frauenbewegung“, die sich in den späten 60er Jahren in

---

sogenannte *Jugendlast* dar, das heißt die Schwierigkeit, die stark nachwachsenden jungen Generationen sozioökonomisch befriedigend zu integrieren.“ (a. a. O.: 25, Hervorh. im Original); auch in SCHMID 1994a ist von einer solchen „*Jugendlast*“ (a. a. O.: 16, Hervorh. im Original) die Rede.

In NUSCHELER 1994 wird konstatiert, daß die hohen Zuwachsraten der Bevölkerung in vielen Ländern der Dritten Welt Investitionen und Maßnahmen „zur Verbesserung der „Bevölkerungsqualität““ (a. a. O.: 60) erschwerten. – Die (eugenische) Sorge um die „Qualität“ der wachsenden „Menschenmassen“ ist in dem Diskurs ständig präsent.

13 Vgl. MERTENS 1993: 191.

14 Vgl. zu diesem Konzept auch LEISINGER 1993: 28f.

15 Ganz in der Tradition aufklärerischen Denkens erscheint „Bildung“ oft als unhinterfragbarer Wert an sich. „Bildung“ ist allerdings nicht „neutral“, sondern transportiert immer auch bestimmte Menschen- und Weltbilder, beispielsweise hinsichtlich des Geschlechterverhältnisses oder der Familienstruktur. Es ist immer zu fragen, *worin* konkret „gebildet“ und ausgebildet wird und ob dies den betreffenden Menschen tatsächlich Chancen eröffnet. Abgesehen davon stellt der „Bildungsimperativ“ an die/den einzelnen, um „fit“ für die Anforderungen des (Arbeits-)Marktes zu sein, eine „Privatisierung“ der Problematik, an entlohnte Arbeit und/oder einen anderweitig gesicherten Lebensunterhalt zu kommen, dar. Vielfach erweisen sich die Bildungsbemühungen überdies als vergeblich, wie nicht zuletzt viele Frauen, die heute hinsichtlich ihrer Qualifikationen Männern in keiner Weise nachstehen oder sie darin sogar übertreffen, oder auch ältere ArbeitnehmerInnen erfahren müssen.

Daß „Bildung“ keineswegs zwangsläufig mit einer „Besserstellung der Frau“ gleichgesetzt werden darf, merkt kritisch auch RANDERIA 1994: 81 an.

16 Vgl. HEIM/SCHAZ 1993: 11 und 16; HARTMANN 1987: 108.

den USA und Westeuropa formierte. Seither wird versucht, der Geburtenbeschränkung die Adjektive „frauenfreundlich“, „emanzipationsfördernd“ und „die individuelle Selbstbestimmung ermöglichend“ zuzuschreiben und ihr damit zu einem positiven Image zu verhelfen.

Implizit wird damit die in Teilen des westlichen Feminismus lange Zeit herrschende Vorstellung übernommen, daß die „Gebärfähigkeit der Frau“ ein entscheidendes Element ihrer Unterdrückung sei und Verhütungsmittel daher per se einen Beitrag zu ihrer „Befreiung“ darstellten. Angesichts der in den Ländern des „Südens“ vielfach angebotenen Langzeitverhütungsmittel, bei denen die Kontrolle gerade nicht bei den Frauen selbst, sondern in der Hand von ExpertInnen liegt, erscheint dieser „Selbstbestimmungs“-Ansatz allerdings einigermaßen fragwürdig.<sup>17</sup> Überdies wird Verhütung und alles, was damit zusammenhängt, primär als „Frauensache“ behandelt: Dabei wird ausgeblendet, daß Geburtenraten mit (einer bestimmten Form des) Geschlechtsverkehr(s) und dem Zeugungsvermögen sowie „Zeugungsverhalten“ von Männern zusammenhängen.<sup>18</sup>

„Die“ Frauen „der“ Dritten Welt wurden (und werden) dabei oft als „Opfer“ ihrer eigenen Unwissenheit und unterdrückerischer, frauenfeindlicher „Traditionen“ dargestellt.<sup>19</sup> Sie erscheinen als Verkörperungen „des Sexus“ schlechthin, als verführerisch-erotische und für „jedermann“ zugängliche „(Raub-)Katzen“ oder aber als „willenlose Gebärmaschinen“, die sich insbesondere durch ihre ausgeprägte Fruchtbarkeit auszeichneten. „Die“ Männer im „Süden“, denen eine besondere „Virilität“ und sexuelle Potenz zugeschrieben wird, werden als „Machos“ par excellence charakterisiert, während im Westen scheinbar alle Probleme hinsichtlich patriarchaler Verhaltensweisen und Machtstrukturen gelöst sind.<sup>20</sup> Indem

---

17 Daß sich das Recht von Frauen, ihre Fruchtbarkeit zu bestimmen, nicht in der individuellen Wahl zwischen verschiedenen, von der pharmazeutischen Industrie angebotenen Produkten erschöpfen könne, sondern eine umfassende Veränderung der kapitalistisch-patriarchalen Gesellschaftsstrukturen voraussetze, betont AKHTER 1993/1994: 108.

18 Vgl. HEIM/SCHAZ 1996: 160f.; HEIM/SCHAZ 1994: 146; WICHTERICH 1994b: 119 und 122.

19 Vgl. dazu auch KNECHT 1993.

20 So ortet beispielsweise SCHÖPS 2000 „eine traditionsgeschädigte Männerwelt in Lateinamerika, in der das Kinderzeugen als Beleg für Kraft und Herrlichkeit gilt“ (a. a. O.: 144), und stellt die Behauptung auf, daß angeblich in manchen Teilen von Afrika und Lateinamerika „Rom noch bestimmt, was im Bett geschieht“ (ebd.), weswegen die Geburtenkontrolle dort nur schwer Fuß fassen.

Bei der Erklärung hoher Geburtenraten wird das (fatale) Zusammenspiel von „religiöser Wertschätzung“ vieler Kinder mit einem „niedrigen Status“ der Frau angeführt und in diesem Zusammenhang – keineswegs zufällig – auf die „islamischen Patriarchen“ (LEISINGER 1993: 77) verwiesen, die mit zwei bis vier Ehefrauen bis zu 30 Kinder zeugten. – „Der“ Islam gilt im Westen als Inbegriff von „Glaubensgehorsam“ bis zum Fanatismus und neuerdings auch der „Frauenunterdrückung“. „Patriarchalisches“ Verhalten scheint schon qua einer hohen Kinderzahl gegeben.

So heißt es etwa auch in SONTHEIMER 1992a (I): „Daß die Erfolge bei der Familienplanung in moslemischen Ländern so bescheiden sind, liegt daran, daß die Frauen bei den Muslims nach wie vor ganz unten stehen.“ (a. a. O.: 79) – Pauschaler und klischeehafter könnte das Urteil kaum ausfallen.

Schwarze Menschen praktisch nur über ihre „Fortpflanzungsfähigkeit“ definiert und wahrgenommen werden, wird ihnen der Status als „gesellschaftliche Wesen“ abgesprochen.<sup>21</sup>

Nicht zuletzt gingen die Bestrebungen, die Geburtenraten abzusenken, auch mit dem Bemühen einher, die Frauen in den „unterentwickelten“ Ländern in (lohnabhängige) Erwerbsarbeit zu bringen oder sie durch die Gewährung von Krediten als selbständige (Kleinst-)Unternehmerinnen in die weltwirtschaftliche Produktion einzubinden.<sup>22</sup> Dies hat allerdings zur Folge, daß Frauen auf dem Land, die meist den unmittelbaren Lebensunterhalt ihrer Familien durch den Anbau von landwirtschaftlichen Produkten sichern<sup>23</sup>, oft zusätzlich noch die Arbeit für die Verkaufsproduktion (sei diese handwerklicher oder landwirtschaftlicher Art) leisten müssen. Überdies wird vielfach Land, das zuvor der Eigenversorgung diente, für den Anbau bestimmter Exportprodukte verwendet: Die Frauen verfügen damit zwar über ein Geldeinkommen, sind damit aber auch den Preisschwankungen, denen das jeweilige Produkt auf dem Weltmarkt unterliegt, ausgesetzt. Die unmittelbare

---

Entlang der Kriterien „Emanzipation“ und „Gleichberechtigung“ werden neue Grenzziehungen vorgenommen und Hierarchien legitimiert. DERIX 1995 stellt beispielsweise in bezug auf die Berichterstattung über die 1995 in Peking abgehaltene Weltfrauenkonferenz fest:

„So boomte Afrika als Kontinent der beschnittenen Frauen. Die Philippinen reihen sich ein als Land der vergewaltigten Haushaltshilfen. In islamischen Ländern sind Frauen rechtlos und unterdrückt, wie schon der Schleier demonstriert. Wie schön sind doch diese Schemata. Man hat ein geordnetes Weltbild mit einer strengen Hierarchie der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung.“ (a. a. O.: 10).

- 21 Vgl. dazu auch EDITORIAL 1994: 12f.  
In KAMPHAUS 1994 beispielsweise ist davon die Rede, daß sich „die“ Menschen der Dritten Welt durch „eine unbefangene Zustimmung zum Leben“ (a. a. O.: 127) und durch eine „naturwüchsige Lebensbejahung“ (ebd.) auszeichneten. – „Den“ Menschen in der Dritten Welt wird damit pauschal eine gewisse „Naivität“ unterstellt und ihre Sexualität und Reproduktion werden ihres sozialen Charakters entkleidet.  
In JACOBI 1994 wird überhaupt die Behauptung aufgestellt: „Und wo es keine Elektrizität gibt, da gibt es nach Einbruch der Dunkelheit nur noch einen Zeitvertreib.“ (a. a. O.) – Auch hier wird suggeriert, daß „die“ Menschen in den „armen“, „unterentwickelten“ Gebieten ihrem „einzigsten Vergnügen“, dem „Sex“, „natürlicherweise“ noch öfter nachgingen und daher auch viel zu viele Kinder bekämen. – „Sex“ wird umstandslos als heterosexueller, vaginaler Verkehr verstanden und de facto mit „Zeugung“ in eins gesetzt, und verfällt ob seiner „Folgen“ der Verurteilung.
- 22 So wird beispielsweise in KLINGHOLZ 1996 konstatiert: „Auch Kleinkredite bewirken für Frauen große Wunder.“ (a. a. O.: 33) – Abgesehen davon, daß damit die gesamte Arbeit von Frauen negiert und so getan wird, als ob das zur Verfügung gestellte Geld „wundersame“ Verbesserungen bewirken würde, und indirekt für Frauen auch noch so geringfügige Beträge für „hinreichend“ erklärt werden, bleiben sämtliche (möglichen) problematischen Aspekte einer solchen marktwirtschaftlichen Durchdringung außen vor.
- 23 Es handelt sich bei ihnen meist nicht um „Nur-Hausfrauen“, die von einem (Ehe-)Mann wirtschaftlich „versorgt“ würden.

Existenz der Frau und ihrer Familie ist dadurch also keineswegs zwangsläufig gesicherter.<sup>24</sup>

„Erwerbsarbeit“ (und wenn auch noch so schlecht bezahlte) wurde als solche als „gut“ und „emanzipierend“ präsentiert. Die realen Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern, die bedeuten können, daß unter Umständen auch das von den Frauen erwirtschaftete Geldeinkommen der Kontrolle von Männern untersteht, werden wiederum völlig ausgeblendet. Bei dem Argument, Frauen mit einem eigenen Einkommen von ihren Ehemännern und Familien unabhängiger zu machen, wird überdies übersehen, daß die Frauen dabei vielfach in ein anderes Abhängigkeitsverhältnis geraten. Der Bereich der (primären oder formellen) Ökonomie ist keineswegs von sexistischen, rassistischen und sozialhierarchischen Gewaltstrukturen ausgenommen, wie hier suggeriert wird.

Außerdem werden Frauen – auch im Westen – trotz außerhäuslicher Erwerbsarbeit nach wie vor als die für die Kinderversorgung und Haushaltsführung (Haupt-)Zuständigen erachtet. Sie haben die „private“ Versorgungsarbeit in der Regel zusätzlich zur Erwerbsarbeit zu leisten. Die Modernisierung der wirtschaftlichen Strukturen hat zudem vielfach die Verdrängung von Frauen aus nunmehr lukrativen Bereichen und den Verlust ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit zur Folge, und wirkt sich keineswegs eindimensional im Sinne einer „Besserstellung“ und eines gesicherteren (Über-)Lebens aus.<sup>25</sup>

Die „Entdeckung“ der Frauen erfolgte zweckgebunden vor dem Hintergrund der Armutsbekämpfung wie der Absenkung der Geburtenraten: Sie werden dabei als – bislang scheinbar brachgelegene – „Ressource“ wahrgenommen, deren „Erschließung“ aus wirtschaftlichen wie sozialen Gründen zweckdienlich und erforderlich sei.

Das auf die Weltbevölkerungskonferenz 1974 folgende Jahrzehnt wurde zur „Dekade der Frau“ erklärt: In den Jahren 1975, 1980, 1985 und zuletzt 1995 fanden „Weltfrauenkonferenzen“ unter der Ägide der UNO statt.<sup>26</sup> Bessere Bildungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen sowie einkommenschaffende Maßnahmen sind seitdem zum festen Bestandteil entwicklungspolitischer Rhetorik und auch Praxis geworden.<sup>27</sup> „Die“ Frauen in „den“ Entwicklungsländern tauchen darin oft

---

24 Vgl. zur Kritik dieser „Investitionen in die Armen“ und insbesondere in Frauen WERLHOF 1991b: 147f.

25 Darauf verweist auch SCHLEBUSCH 1994: 146.

26 Vgl. HOLTHAUS/KLINGEBIEL 1998: 37f., 39 und 50; vgl. zur Konferenz 1995 in Peking DERIX 1995; auch WICHTERICH 1995; ausführlich WICHTERICH 1996. Analog zum Kairoer Nachfolgeprozeß fand im Juni 2000 eine UN-Sonderversammlung zum Thema „Peking+5“ statt. – Vgl. HAMANN 2000.

27 Vgl. HEIM/SCHAZ 1996: 111. So wird beispielsweise in KLINGHOLZ 1996 betont: „Frauen müssen, kurz gesagt, in ihrem fruchtbarsten Alter, zwischen 15 und 25 Jahren, die Chance erhalten, etwas anderes zu tun, als Kinder zu bekommen – durch Schule, Ausbildung und Beruf.“ (a. a. O.: 29). – Hier wird die hinter der angestrebten „Verbesserung des Status der Frau“ stehende Zielsetzung, nämlich „weniger Geburten“, offen ausgesprochen.

als scheinbar homogene und damit identisch „behandelbare“ Gruppe auf: Reale soziale Unterschiede zwischen den Frauen und damit auch unterschiedliche Ziele und „Wünsche“ fallen dabei unter den Tisch.<sup>28</sup>

In der „Entwicklungszusammenarbeit“ der 90er Jahre hat sich der Schwerpunkt vom „Women in Development“- hin zum „Gender and Development“-Ansatz verlagert:<sup>29</sup> Diese Bezeichnung steht für eine bestimmte Vorgehensweise, näm-

---

Daß eigene Verdienstmöglichkeiten für Frauen noch wichtiger seien als Bildung wird in DASGUPTA 1996: 51f. betont.

28 Darauf verweist auch HARTMANN 1987: 129.

29 Vgl. LACHENMANN 1998: 295.

Der Begriff „gender“ („soziales Geschlecht“) wurde als Begriffspaar mit „sex“ („natürliches Geschlecht“) ursprünglich im Rahmen der US-amerikanischen Frauenbewegung der 70er Jahre entwickelt. Mittels „Gender“ sollte der Festlegung „der Frau“ auf ihr angebliches biologisches Schicksal die soziale und kulturelle „Gemachtheit“ und damit auch Veränderbarkeit von Geschlechtsidentitäten und -rollen entgegengehalten werden. Das Konzept entstand im Zusammenhang mit einer Politik, welche die rechtliche Gleichstellung, politische Gleichberechtigung und das „Selbstbestimmungsrecht“ von Frauen einfordert.

Mir erscheint die Trennung zwischen „sex“ und „gender“ einigermaßen fragwürdig, zumindest wenn unter „sex“ ein „unveränderliches biologisches Substrat“ verstanden wird, da damit die „alte“ Dichotomie „Natur“ – „Kultur“ nachvollzogen und bestätigt wird: Leiblichkeit ist nichts „rein Biologisches“, „Faktisches“ und „Unveränderliches“, das „als solches“ und „an sich“ („quer durch alle Zeiten“) erfaßt werden könnte, sondern immer etwas sozial und kulturell Bestimmtes, nichtsdestotrotz aber Reales und nicht einfach beliebig Veränderbares (darauf verweist auch PRENGEL 1990: 130).

„Gender“ wurde zunehmend zu *der* zentralen feministischen Kategorie, wobei die „materiale Basis“, nämlich das leibliche Sein, aber auch andere als auf „Geschlecht“ basierende gesellschaftliche Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse wie Rassismus und Klassenherrschaft sowie das Verhältnis zur Natur zunehmend in den Hintergrund gedrängt wurden (vgl. HOLLAND-CUNZ 1994: 26 und 205).

Vor allem afro-amerikanische Frauen und „Women of Color“ aus den USA kritisierten ab den frühen 80er Jahren die Verwendung der Universalkategorie „Frau“, das Hinweggehen über real existierende – auch gravierende – Unterschiede in der Lebenssituation und den „Interessen“ von Frauen sowie das eindimensionale und angeblich universal gültige Konzept von „Frauenbefreiung“, wie es seitens weißer, privilegierter Feministinnen formuliert wurde. Sie machten geltend, daß „Geschlecht“ keineswegs die einzige Kategorie sei, an der sich Unterdrückung festmache, sondern die „rassische Zugehörigkeit“ dafür neben der Schichtzugehörigkeit und anderen Kategorien mindestens ebenso entscheidend sei. – Vgl. zur Kritik Schwarzer Frauen am „Weiße-Frauenzentrismus“ (KAPPELER S. 1994: 63) im weißen feministischen Diskurs a. a. O.: 62-79 und 82f.; vgl. auch HALBLEIB et al. 1993: 33-43; KRAFT 1994: 172; vgl. zum (nicht adäquat ins Deutsche zu übersetzenden) Begriff der „Women of Color“ GÜMEN 1996: 87, Fußnote 7.

Im Rahmen der „postmodernen“, „dekonstruktivistischen“, US-amerikanischen feministischen Theorie der 90er Jahre, die meist vor allem mit Judith Butler identifiziert wird, werden Kategorien wie „Frau“, „Subjekt“, „Geschlecht“, „Identität“ einer fundamentalen Kritik unterzogen und „dekonstruiert“. Diese hätten keinerlei „natürliche Einheit“ als Basis, auf die sie sich berufen und stützen könnten, und übten ausschließende Wirkung aus. Die angeblich natürliche Zweigeschlechtlichkeit, die zweifelsohne gesellschaftliche Realität besitze, werde beständig kulturell-gesellschaftlich hergestellt und inszeniert und somit „wahr“. „Geschlecht“ sei somit als „kulturelle Performanz“ zu verstehen. Die Setzung der sich aus der „Mann“/„Frau“-Paarung ergebenden Heterosexualität als Norm grenze alle davon abweichenden sexuellen Orientierungen und Lebensweisen aus. Gefordert wird eine kritische Auseinandersetzung mit der Identitätslogik, der bisher auch die Frauenbewegung aufgesessen

lich im Zuge des sogenannten mainstreaming die Beziehungen zwischen Frauen und Männern und deren „gleichberechtigte Teilhabe“ bei sämtlichen Entwicklungsvorhaben im Blick zu haben und sicherzustellen. Durch „gender“-trainings soll eine entsprechende Sensibilisierung bei den „EntwicklungshelferInnen“ und bei den jeweiligen „Zielgruppen“, insbesondere auch bei den Männern, erfolgen. Die Frage, inwieweit hier ein bestimmtes, implizit zugrundegelegtes Emanzipationsmodell, das auf „Gleichstellung“ und „adäquate“ Beteiligung der Frauen in den bestehenden Institutionen und Strukturen hinausläuft, die ganze Welt „beglücken“ soll, ist durchaus kritisch zu stellen.<sup>30</sup> Der Fokus liegt nicht mehr auf „den“ Frauen und ihrer gezielten Förderung, sondern auf dem „Ausgleich“ der „Ungleichgewichte“ im Geschlechterverhältnis.

Im Rahmen der neuen bevölkerungspolitischen Strategie wurde nicht zuletzt versucht, den Effekt von örtlichen Nichtregierungsorganisationen für bevölkerungspolitische Maßnahmen auszutesten: Von ihnen erhoffte man sich mehr „Nähe“ zu den angestrebten Zielgruppen und damit eine höhere Effizienz.

---

sei, und das „freie Spiel“ mit geschlechtlichen und sonstigen (nicht „wesenhaften“) „Identitäten“, um auf diese Weise Geschlechternormen und gesellschaftliche Rollenzuweisungen „subversiv“ zu unterlaufen.

Dieser theoretische Ansatz kann der feministischen Theorie und Bewegung zweifelsohne wichtige Impulse hinsichtlich der Sensibilisierung allgemeinen Kategorien gegenüber und hinsichtlich der Wahrnehmung ausgegrenzter (sexueller) Lebensformen geben: Die Polarisierung „Mann“/„Frau“ mit der dieser implizit zugrundegelegten Norm der Heterosexualität schließt all jene Menschen aus, die als „homo-, inter- oder transsexuell“ diesen Kategorien nicht entsprechen (vgl. zur Intersexualität und der Problematik auch dieser Begrifflichkeit BÖDEKER 1998).

Kritisch zu bewerten ist allerdings, daß darin die Ebene des Symbolischen/Ästhetischen, nicht hingegen die Kritik der zugrundeliegenden, derartige Ausschlüsse produzierenden gesellschaftlichen Strukturen im Zentrum steht. Das „freie Spiel“ mit „multiplen Identitäten“ kann im Gegenteil sogar als adäquate Antwort auf die in der modernen, flexibilisierten Gesellschaft geforderte Persönlichkeitsstruktur verstanden werden. „Geschlechter“ erscheinen darin als mehr oder weniger beliebig diskursiv hergestellt und inszenierbar und vollkommen losgelöst von jeglicher leiblichen Realität.

Das leibliche Sein/Lebendig-Sein geht allerdings der bewußten Wahrnehmung voraus und stellt die „Basis“ menschlicher Existenz und „Subjektivität“ dar: „Leben“ bedeutet immer Geboren-worden-Sein wie auch Sterben-Müssen (darauf weist auch ARENDT 1958 (1998): 17f. hin) und schließt auch das Altern, Schmerzen und Krankheiten ein. Es verweist immer auch auf den „lebendigen Zusammenhang“, der dem einzelnen Menschen vorgängig ist. „Der“ Mensch ist als „Gewordener“ immer auch „Natur“ und mit ihr in seiner leiblichen Existenz wie durch ein unauflösliches Band verbunden.

In WERLHOF 1996 wird scharfe Kritik an Butlers Theorie als „Programm zur Selbstabschaffung der Frauen“ (a. a. O.: 21) und als Versuch, jegliche „Anbindung“ an „Natur“ in Abrede zu stellen, geübt (vgl. a. a. O.: 20f.). Frauen dürften nicht den Fehler machen, nun selbst ihre Befreiung von der ihnen als „Schwäche“ und „Nachteil“ ausgelegten „Natur“ (ihrer Gebärfähigkeit) anzustreben, sondern es gehe gerade um die Ablehnung dieser gesellschaftlichen (Ab)Wertung (vgl. WERLHOF 1991a: 44).

– Vgl. zum „gender“-Begriff auch HUMMEL 2000: 38f.; vgl. speziell zu Butlers Position ANNUß 1997: 3f.; „VERENA/LISA“ 1994: 10-13 sowie 18 (Fortsetzung).

<sup>30</sup> Kritisch zu den „gender“-Konzepten äußert sich auch ZECHNER 1997: 1f.

Zwischen der Weltbevölkerungskonferenz von Bukarest und jener in Mexico City wurde erstmals im Auftrag des „UNFPA“ der „World Fertility Survey“ erstellt, bei dem in 19 Industriestaaten und 41 Entwicklungsländern Daten bezüglich Fruchtbarkeit und Familiengröße gesammelt wurden, und der seitdem in regelmäßigen Abständen wiederholt wird. Das zentrale Ergebnis dieses ersten Berichts war, daß die Mehrzahl der befragten Frauen in den sogenannten Entwicklungsländern mehr Kinder hatten als sie sich „eigentlich“ wünschten. Die Berufung auf die „Bedürfnisse von Frauen“<sup>31</sup>, die mittels Familienplanung erfüllt würden, ist seitdem zum zentralen Legitimationsbaustein von Bevölkerungspolitik geworden.<sup>32</sup> Die Bereitstellung von Verhütungsmitteln wird als Weg zur Vermeidung insbesondere derartiger „unerwünschter“ Schwangerschaften und daraus vielfach resultierender (illegaler und unsicherer) Abtreibungen und somit als wesentlicher Beitrag zur Absenkung der Mütter- wie auch der Kindersterblichkeit präsentiert.<sup>33</sup>

Die „glückliche Vater-Mutter-und-zwei-Kinder-Familie“, die den Bevölkerungsprogrammen als Ziel, das es möglichst flächendeckend und weltweit durchzuset-

---

<sup>31</sup> Die weit verbreitete Ansicht, daß es so etwas wie „allgemeinmenschliche Bedürfnisse“ gebe, deren Erfüllung jeder Mensch auf dieser Erde anstrebe und worauf er auch ein „Recht“ habe, negiert die historische Bedingtheit menschlicher „Ansprüche“ und „Wünsche“. Menschen werden zu „defizitären Wesen“, deren jeweilige „Mangelausprägung“ anhand der angeblich objektiven Bedürfnis-Liste bestimmbar sei. „Bedürfnisse“ werden überdies meist materiell, als Nachfrage nach dem Konsum von Gütern oder Inanspruchnahme von Dienstleistungen, bestimmt. – Vgl. zur Problematisierung des „Bedürfnis“-Begriffs auch ILLICH 1993: 49f., 63f. und 68f.

Daß „Freiheit“ im Rahmen des Kapitalismus primär die Wahlfreiheit der vereinzelt, vorrangig als KonsumentInnen betrachteten und behandelten Individuen bedeute, unter Warenangeboten für alle erdenklichen Lebenssituationen auszusuchen, betont THÜRMER-ROHR 1994: 16.

<sup>32</sup> Vgl. HEIM/SCHAZ 1993: 18; HEIM/SCHAZ 1996: 173; darauf, daß die höchst unterschiedlichen Motivationen von Frauen „für oder gegen ein (weiteres) Kind“ in derartigen Statistiken und Berichten nicht adäquat erfaßt werden können, verweist auch WICHTERICH 1992a: 70; daß die *Unmöglichkeit* einer Schwangerschaft aufgrund der wirtschaftlichen oder sozialen Situation zu deren Aufnahme in die Kategorie der „ungewollten“ oder „unerwünschten“ Schwangerschaften führe, merkt kritisch auch GOMES DOS REIS 1993: 8 an.

<sup>33</sup> Vgl. WELTENTWICKLUNGSBERICHT 1993.

Die Mütter- und Kindersterblichkeit ist in den Entwicklungsländern zweifelsohne erheblich höher als in den westlichen Industriestaaten. In den einschlägigen Berichten erscheinen die Frauen „im gebärfähigen Alter“ in der Dritten Welt allerdings oft durch nichts anderes bedroht zu sein als durch die Risiken und Gefahren in Zusammenhang mit Schwangerschaft und Geburt. So spricht DASGUPTA 1996 davon, daß beispielsweise in Schwarzafrika „das Kindergebären geradezu dem russischen Roulette“ (a. a. O.: 51) gleiche. In GÜNTHER 1998 wird die (rhetorische) Frage formuliert: „Schwangerschaft als Todesurteil?“ (a. a. O.: 2).

Schwangerschaft und Geburt sind zweifelsohne mit einem gewissen (nie restlos beseitigbaren) Risiko für (werdende) Mutter und Kind behaftet, erst recht unter Bedingungen verbreiteter Mangelernährung, Blutarmut und sonstiger (womöglich unbehandelter) Krankheiten. Es bedarf allerdings einer umfassenden Verbesserung der Lebenssituation von Frauen (und zwar unabhängig von ihrer „Gebärfähigkeit“, auf die sich in diesem Zusammenhang das ganze Interesse zu konzentrieren scheint) und nicht bloß der Bereitstellung von Verhütungsmitteln, die oft als per se „lebensrettender Beitrag“ präsentiert werden (vgl. das Motto „Familienplanung rettet Leben“ – SHANE 1997).

zen gelte, zugrundeliegt, ist in mehrfacher Hinsicht fragwürdig: Die um einen (lohnarbeitenden) „Familienernährer“ zentrierte (Klein-)Familie mit einer angeblich maximal dazuverdienenden Ehefrau geht an der Lebensrealität sehr vieler Menschen in den Ländern des „Südens“, in der alle Familienmitglieder ihren Beitrag zum Überleben der Familie leisten müssen, vollkommen vorbei. Nichtsdestotrotz wirkt sich dieses Bild prägend und verändernd auf das Geschlechterverhältnis aus, selbst wenn Frauen mittels ihrer Subsistenz- und/oder Erwerbsarbeit sowie der Kleinproduktion für den Markt einen großen Teil des Lebensunterhalts erarbeiten.

Dem Bild der Kleinfamilie als Basis des „Lebensglücks“ steht zudem unvermittelt die Realität gegenüber, daß weltweit immer mehr Frauen (aus den verschiedensten Gründen) gezwungen sind (oder aber sich selbst dafür entscheiden), sich und ihre Kinder alleine „durchzubringen“. Abgesehen davon können die VertreterInnen der „Zwei-Kinder-sind-genug“-Propaganda offensichtlich nicht verstehen und akzeptieren, daß Frauen in vielen Teilen der Welt zwar sicher nicht ihre „maximale Fruchtbarkeit“ ausschöpfen, aber auf jeden Fall mehr als zwei Kinder haben wollen.<sup>34</sup>

In diesem Zusammenhang finde ich auch die „wohlmeinende“, oft in „linken“ Kreisen vertretene These, daß „die“ Menschen in „den“ Entwicklungsländern in ihrer Situation durchaus „rational“ handeln würden, wenn sie viele Kinder bekämen, einigermassen fragwürdig. Als Ursache für hohe Kinderzahlen und das Bevölkerungswachstum werden „die Armut“ und „die Unterentwicklung“ dingfest gemacht.<sup>35</sup> Die hohe Kindersterblichkeit mache es „nötig“, mehr Kinder zu gebären, in der Hoffnung, daß einige von ihnen das Erwachsenenalter erreichen würden, um als „Altersversicherung“ zu dienen; zudem seien Kinder wichtige Arbeitskräfte oder „Dazuverdiener“. Unterschiedlos wird damit allen Menschen der Welt ein ökonomisches, zweckrationales Kosten-Nutzen-Denken unterstellt.<sup>36</sup>

---

34 Vgl. HARTMANN 1987: 59f.; vgl. zu den (zahlenmäßig äußerst unterschiedlich ausgeprägten) Kinderwünschen von Frauen in verschiedenen Regionen und Ländern der Welt ALAN GUTTMACHER INSTITUTE (Hg.) 1996: 8f.

Symptomatisch für dieses Unverständnis scheint mir der Satz zu sein: „Die Kenianer machen mit der Liebe für ihre Nachkommen den Bevölkerungsplanern das Leben schwer.“ (PLATE 1994: 51, Untertitel). Emotionale Bindungen und Wünsche erscheinen als „Unvernunft“, die den rationalen (westlichen und „einheimischen“) Strategien bei ihren Plänen „zur Rettung des Planeten“ einen Strich durch die Rechnung zu machen drohe.

Oder es ist überhaupt von Kindern als einer beim sexuellen Vergnügen „entstehenden lebenden Last“ (STEINER 1992: 137) die Rede. – (Potentielle) Kinder erscheinen ausschließlich als unerwünschte und daher auszuschaltende „Nebenwirkung“ sexueller „Betätigung“.

35 So stellt GREFE 1999 programmatisch fest: „Armut gebiert Kinder“ (a. a. O.).

36 Dies wird auch in RANDERIA 1992 konstatiert.

So betonen beispielsweise die Demographen Münz und Ulrich die „ökonomische Motivation“ für oder gegen Kinder, indem diese als „ökonomische Ressource“ (MÜNZ/ULRICH 1995: 47) beziehungsweise im Verlaufe gesellschaftlicher Modernisierung zunehmend als „Kostenfaktor“ (ebd.) angesehen würden.

Überdies wird davon ausgegangen, daß mit der „Armutsbekämpfung“ praktisch automatisch auch die Kinderzahl abnehmen werde oder aber es wird umgekehrt die Reduzierung der Kinderzahl als (individuelle wie gesellschaftliche) Bedingung des „Weges aus der Armut“ präsentiert.<sup>37</sup> Die Entscheidungen von Frauen (und Männern) für oder gegen Kinder und für welche Anzahl lassen sich aber nicht allgemein unter einen wie auch immer gearteten Erklärungsansatz subsumieren, sondern gestalten sich höchst unterschiedlich und komplex. Es handelt sich dabei nicht einfach um logisch-rationale Ableitungen aufgrund eindeutiger Bedingungen, auf die dann in der einen („Kind“) oder aber anderen („kein Kind“) Form reagiert wird, sondern die diesbezüglichen „Wünsche“ und ihre (Nicht-)Realisierung werden „aus unterschiedlichen Bereichen mit widersprüchlichen Gefühlslagen gespeist“<sup>38</sup>.

Die meisten Organisationen, die das Ziel der Bevölkerungskontrolle verfolgen, haben mittlerweile ihre Geburtenkontrollprogramme in eine umfassendere Strategie der „Förderung des Entwicklungsprozesses“ durch die „Förderung von Frauen“ eingebettet. Auch in wichtigen Positionen dieser Organisationen sitzen mittlerweile unzählige Frauen, die sich zum Teil explizit als Feministinnen verstehen und mit ihrem Engagement eine „Feminisierung der Bevölkerungspolitik“<sup>39</sup> erreichen wollen.

Schließlich gibt es im Bereich Bevölkerungspolitik heute eigene „Frauen-Lobbyorganisationen“ wie beispielsweise die „International Women’s Health Coalition“ („IWHC“)<sup>40</sup> in New York. Diese wurde ursprünglich vom „Population Crisis Committee“ beziehungsweise „Population Action International“ gegründet. Als langjährige Präsidentinnen dieser Organisation fungier(t)en die bereits erwähnte Joan Dunlop und Adrienne Germain, beides langjährige Mitarbeiterinnen der „Ford Foundation“ im Bereich Bevölkerungspolitik.<sup>41</sup>

Die Auseinandersetzung innerhalb „der“ Frauenbewegung darüber, ob Frauen versuchen sollen, sich einzumischen und verändernd auf bevölkerungspolitische Maßnahmen einzuwirken, oder ob Bevölkerungspolitik grundsätzlich als Herrschaftsmittel abzulehnen sei und Frauen durch ihre Beteiligung daran nur als

---

<sup>37</sup> Beispielhaft GRUBBE 1994: 45, 87f., 89 und 197f.

<sup>38</sup> MERTENS 1991: 107.

Auch in WICHTERICH 1994a wird auf die „Schwierigkeit, den Kinderwunsch zu planen“ (a. a. O.: 76) und die „Kombination von Gewünschtem und Ungewolltem, Geplantem und Planlosem“ (ebd.) bei der Prokreation hingewiesen; vgl. auch BROSCHE 1991.

Dagegen unterstreicht der Entwicklungssoziologe Leisinger, daß das „generative Verhalten“ „im Bereich von Vernunftentscheidung aufgrund von Güterabwägungen“ (LEISINGER 1993: 225) liege, womit rationale Kosten-Nutzen-Überlegungen in den Vordergrund gerückt werden.

<sup>39</sup> HEIM/SCHAZ 1994: 147; vgl. dazu auch KOZUCH 1999: 104-107; kritisch AKHTER 1993/1994: 107.

<sup>40</sup> Vgl. zur Selbstdarstellung dieser Organisation die Homepage „International Women’s Health Coalition“, <http://www.iwhc.org> [Stand 8. Juni 2001].

<sup>41</sup> Vgl. HEIM/SCHAZ 1993: 19f.

„Feigenblatt“ benutzt und sich entsprechend mitschuldig machen würden, wurde anlässlich der „Kairoer Konferenz“ wieder deutlich sichtbar.<sup>42</sup>

Die Frage des Zusammenhangs von Bevölkerungswachstum und Umweltzerstörung wurde – wie aufgezeigt – insbesondere in den USA von einzelnen Wissenschaftlern bereits Ende der 40er Jahre aufgeworfen. Die sich in den USA in den 60er Jahren formierende ökologische Bewegung thematisierte negative Auswirkungen des wirtschaftlichen Wachstumsstrebens, der Technologiegläubigkeit wie der Bevölkerungsexplosion für „Natur“ und „Mensch“ und war von dem Bestreben motiviert, diese Faktoren zu beschränken.<sup>43</sup> Für das „Erwachen“ ökologischen Denkens kann symbolisch das 1962 erschienene Buch „Silent Spring“ („Der stumme Frühling“) von Rachel Carson stehen, in dem diese vor den zerstörerischen Folgen des dominierenden wissenschaftlich-technologischen Handelns zur Steigerung der Produktion warnte.

Das (abstrakte) Bewußtsein globaler Bedrohung und möglicher planetarischer Vernichtung wurde zweifelsohne durch die militärische Nutzung der Atomkraft geschärft: Der Aufbau eines enormen Arsenal an atomaren Bomben, Raketen und Sprengköpfen während des „Kalten Krieges“, eines „Gleichgewichts des Schreckens“, das mit x-facher und damit unvorstellbarer Vernichtung, der totalen „Nichts-ung“, drohte, führte allerdings –aufgrund der Unermeßlichkeit der Bedrohung und der Unmöglich- wie Sinnlosigkeit, sich dagegen zu schützen – zu einem „letztlich-nicht-zur-Kennntnis-Nehmen(-Können)“.<sup>44</sup>

Auch die „zivile“ Nutzung der Atomkraft (die immer eng mit der militärischen verbunden war und ist), die ursprünglich mit dem Versprechen verbunden war, das Problem der Energieversorgung „auf ewig“ zu lösen, machte mit den Störfällen in Harrisburg (USA) und Sellafield (G.B.) in den 70er Jahren und spätestens mit dem Reaktorunfall in Tschernobyl (damals noch UdSSR) deutlich, daß „Restrisiko“ und „minimale Unfallwahrscheinlichkeiten“ Tod und Siechtum und die Unbewohnbarkeit ganzer Landstriche auf Jahrzehnte oder Jahrhunderte hinaus bedeuten (können). Selbst wenn von der Möglichkeit eines Unfalls „abgesehen“ werden könnte, stellt sich das Problem der Entsorgung beziehungsweise Verwahrung der noch auf Jahrhunderte strahlenden Brennelemente. Paradoxerweise riefen und rufen die radikalsten und größten Gefahren der atomaren Vernichtung,

---

42 Vgl. zu diesen unterschiedlichen Positionen innerhalb der Frauenbewegung auch LUGER 1994a: 29f.; JESSEN/DANNECKER 1995: 88-90; HUMMEL 1998: 197-201; HUMMEL 2000: 133-143.

43 Vgl. dazu auch WORSTER 1994: 93f.

44 Vgl. auch BECK 1986: 79f.

Günther Anders spricht von „Apokalypse-Blindheit“ (ANDERS 1956 (1992): beispielsweise 266), um die Unfähigkeit, den möglich gewordenen „*Globozid*“ (ANDERS 1980 (1992): 410, Hervorh. im Original) emotional nachzuvollziehen und ihn als Möglichkeit überhaupt zu denken, zu bezeichnen. – Vgl. dazu ANDERS 1956 (1992): 241, 267-271 und 276-281.

Zerstörung und Verseuchung weitgehend Reaktionen des Wegschiebens und Ignorierens hervor.<sup>45</sup>

In den in den 70er und frühen 80er Jahren nun auch in den meisten europäischen Staaten entstehenden sogenannten neuen sozialen Bewegungen (Umwelt-, Frauen- und Friedensbewegung) wurde die zunehmende Skepsis gegenüber den bisher nahezu unhinterfragten modernen Zielsetzungen wie „Fortschritt“, „(wirtschaftliches) Wachstum“, „Entwicklung“ und ähnliches mehr, die auf der Beherrschung und Ausbeutung der Natur basieren, artikuliert.

Die auf perfektionierter wissenschaftlich-technischer Naturbeherrschung beruhende industrielle Produktion von materiellem Überfluß ging mit der Erzeugung von Risiken einher, die nicht mehr einfach auf die „äußere Natur“ abzuwälzen waren. Diese wurden in ihren schädlichen Wirkungen für „den“ Menschen selbst und seine unmittelbaren Lebensgrundlagen erkennbar und machten sich als Destabilisierungen innerhalb des gesellschaftlichen „Systems“ bemerkbar. Die Risiken und Gefährdungen ergaben (und ergeben) sich immer mehr gerade aus der technisch-industriellen Entwicklung selbst.<sup>46</sup> Die Frage, wie die entstehenden Risiken zu bewerten seien und wie mit ihnen umzugehen sei, gewinnt immer zentralere Bedeutung.<sup>47</sup>

---

<sup>45</sup> In PRITTWITZ 1990 wird dieses „Katastrophenparadox“ (a. a. O.: z.B. Titel), daß gerade extrem schädliche und gefährliche Umweltsituationen (individuelle wie auch politische) Verharmlosung und Vertuschung nach sich ziehen, untersucht; ähnlich auch BECK 1986: 59-61.

Dies ist zweifellos in Zusammenhang mit den Normalisierungsbestrebungen der modernen Gesellschaften zu sehen: Die Bestimmung von „Grenzwerten“ wirkt sich im Sinne einer Auslösung von Katastrophenstimmung im Fall ihrer Über- oder Unterschreitung aus, andererseits führt sie aber auch zu einer Gewöhnung an Gefahrenpotentiale und bestehende Gefährdungen, je nach dem, in welcher Höhe der Grenzwert angesetzt ist – die Katastrophe wird also „normal“ (vgl. GERHARD 1994: 22).

Daß das atomare Know-how nicht mehr zu löschen und „ungewußt“ zu machen ist, betont ANDERS 1980 (1992): 394f.

<sup>46</sup> In BECK 1986 ist in diesem Zusammenhang von einer „(industrielle[n]) Risikogesellschaft“ (a. a. O.: beispielsweise 10, Hervorh. im Original) die Rede; auf die Selbstgefährdung des Menschen durch seine eigenen technologischen Produkte hat sehr früh bereits ANDERS 1956 (1992) hingewiesen.

<sup>47</sup> Zentrale Merkmale der „Modernisierungsrisiken“ (BECK 1986: 29, Hervorh. im Original) sind ihre nicht unmittelbar sinnliche Wahrnehmbarkeit; die ihnen immanente Verlagerung des Schwerpunkts auf die Zukunft, da ihre eigentliche Bedrohlichkeit, die es zu verhindern gelte, erst „dann“ eintrete, und die damit einhergehende Fixierung der Gegenwart auf dieses „Noch-nicht“; ihre wissenschaftliche Konstitution, d. h. die Abhängigkeit ihrer „Existenz“ und Anerkennung von wissenschaftlicher Expertise beziehungsweise Gegen-Expertise, sowie die zentrale Rolle, die damit dem Wissen bei der Ausprägung politischen Bewußtseins zukommt; ihre Tendenz, letztlich unabhängig von materieller und sonstiger Privilegierung alle zu betreffen; die von ihnen hervorgerufene Politisierung der Sphäre der Produktion hinsichtlich deren Verursacherrolle; sowie schließlich ihre Funktion als „Goldgrube“ ganz im Sinne der kapitalistischen Verwertungslogik: ihr beständig irgendwo Auftreten macht ihre Verschiebung/Beseitigung/Prävention zu einem der am rasantesten wachsenden und „sichersten“ Wirtschaftszweige überhaupt. – Vgl. dazu a. a. O.: 29-31 und 44.

Seit Anfang der 70er Jahre setzte sich – verstärkt aufgrund der Erfahrungen des ersten (1973/74 aus politischen Motiven herbeigeführten) und zweiten (1979) „Ölpreisschocks“, welche die Folgen der Verknappung einer wichtigen „Ressource“ schmerzhaft fühlbar machten und die grundsätzliche Frage einer möglichen Erschöpfung von „Naturvorräten“ aufwarfen – zunehmend das Paradigma der „globalen Verantwortung“ für den „Planeten Erde“ durch: „Globale Probleme und Interdependenzen“ bilden seither einen mehr und mehr an Bedeutung gewinnenden Gegenstand nationaler wie internationaler Politik.<sup>48</sup>

Die Konzentration auf den „Schutz des Klimas“ und der „Atmosphäre“, auf die „Bewahrung der Biodiversität“ (und sei es auch nur in „Genbanken“) und den „Erhalt der Ozeane“ ließ lokale Umweltprobleme und nicht unter diese „großen Fragen“ subsumierbare Anliegen, die das Entstehen ökologisch engagierter Bewegungen wesentlich inspiriert hatten, nahezu in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. Die Betonung der „Globalität“ hat eine (weitere) Verschiebung der Macht- und Entscheidungsstrukturen zugunsten etablierter, großer internationaler Institutionen und Organisationen zur Folge.<sup>49</sup>

Das wachsende Umweltbewußtsein, das sich nicht zuletzt an den befürchteten negativen Auswirkungen der Bevölkerungsexplosion entzündet hatte, führte unter anderem Ende 1972 zur Institutionalisierung des „United Nations Environment Programme“ („UNEP“).<sup>50</sup> Seinen Sitz nahm dieses allerdings nicht in einem der Industriestaaten, sondern in Nairobi (Kenia). Als Begründung für diese Auswahl wurde angeführt, daß den sich in der Entwicklung befindlichen Ländern geholfen werden solle, die Fehler der Industriestaaten von vornherein zu vermeiden. Darin ein Stück weit eine Problemverschiebung zu vermuten, ist aber sicherlich nicht ganz unberechtigt.<sup>51</sup>

Ähnlich wie es Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre in den USA bereits zu einem Bündnis von frühen UmweltschützerInnen und Vietnamkriegs-GegnerInnen mit Organisationen, die sich hauptsächlich den Kampf gegen die Überbevölkerung auf ihre Fahnen geheftet hatten, gekommen war, bildete sich Mitte der 80er Jahre unter dem Motto „Making Common Cause“ eine Koalition zwischen Umweltschutzorganisationen und Bevölkerungsinstitutionen, um den Kampf gegen Umweltzerstörung und Bevölkerungswachstum gleichermaßen voranzutreiben. Daran

---

48 In SCHMID 1997 wird (positiv wertend) konstatiert, daß „Bevölkerung“, „Umwelt“ und „Entwicklung“ endlich in ihrem Stellenwert als „das künftige strategische Dreigestirn globaler Politik“ (a. a. O.: 98) erkannt worden seien.

In BIRG 1993/1994 wird die Forderung nach einer „**Integration von Bevölkerungspolitik, Entwicklungspolitik, Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik zu einer globalen ‚Weltinnenpolitik‘**“ (a. a. O.: 15, Hervorh. im Original) erhoben.

49 Vgl. dazu auch SHIVA 1994: 173, 175f. und 181f., die demgegenüber betont, daß erfolgreiche Naturbewahrung unabdingbar die Stärkung der Rechte der lokalen Gemeinschaften zur Voraussetzung habe; ähnlich argumentieren AGARWAL/NARAIN 1994: 260-267.

50 Dieses war Resultat der ersten internationalen Umweltkonferenz, die 1972 in Stockholm unter Ägide der UNO stattfand. – Vgl. z.B. LEMBKE 1991: 21f.

51 Vgl. dazu auch ABESELOM 1995: 55.

beteiligten sich Organisationen wie der „World Wildlife Fund“ („WWF“) und „Friends of the Earth“ ebenso wie „Population Action International“ und die Umweltabteilung der Weltbank.<sup>52</sup>

Die besondere Brisanz der Verquickung von Bevölkerungswachstum und Ökologie<sup>53</sup> besteht gerade in der grenzüberschreitenden Mobilisierung, die dadurch geschah: Daß die Bevölkerungsexplosion eine der größten Gefahren für „den Planeten“ und „das Überleben der Menschheit“ darstelle, wurde zur Grundüberzeugung auch vieler „Alternativer“, politisch „Linker“ und „Grüner“. Das Widerstandspotential gegen eine derartige Form der Problemformulierung und –sicht sowie eine entsprechende Praxis wurde dadurch erheblich geschwächt.<sup>54</sup>

Als ein Beispiel dafür mag der 1993 unter anderem vom damaligen hessischen Umweltminister (und späteren „grünen“ Außenminister und Vizekanzler) Joschka Fischer<sup>55</sup> und dem Journalisten Franz Alt initiierte Aufruf zu einem „Ökologischen Marshallplan“<sup>56</sup> gelten: In Analogie zum historischen Vorbild der „Wiederaufbauhilfe für (West-)Europa“ wird darin „ein gemeinsames energisches Handeln aller umweltengagierten Menschen, Organisationen, Unternehmen und Regierungen“<sup>57</sup> gefordert, um den „Wiederaufbau und die Erhaltung der Umwelt“<sup>58</sup> zu erreichen. Als zu vermindernde beziehungsweise „besser“ zu beseitigende globale Gefahren scheint neben Klimakatastrophe, Ozonloch, Artensterben, Gefährdungen durch die Nutzung der Atomkraft und Konflikten um Öl und Wasser einträchtig auch „die Bevölkerungsexplosion“ auf.

Während die Industriestaaten zu einer „ökologischen Umsteuerung“ im Sinne eines Wirtschaftens „mit geringerem Energie- und Ressourcenverbrauch“ und zur

---

52 Vgl. HEIM/SCHAZ 1996: 121 und 223, Fußnote 116.

53 So wird etwa in SCHREIBER 1991 konstatiert, daß „Überbevölkerung das wichtigste aller ökologischen Themen“ (a. a. O.: 3) sei.

54 Vgl. auch HEIM 1991; WUTTKE 1991: 201.

55 In seiner neuen Funktion als Außenminister initiierte Fischer im April 1999 ein „Forum Globale Fragen“, das sich bereits bei seinem zweiten Treffen im Oktober 1999 mit dem Thema „Weltbevölkerungswachstum“ befaßte. In seinem einleitenden Statement stellte Fischer unzweifelhaft fest: „Die **Weltbevölkerungsentwicklung ist eine der großen Herausforderungen der Zukunft.**“ (ERÖFFNUNGSDISKUSSION 1999: 9, Hervorh. im Original). Er wies insbesondere auf die ökologischen Folgen hin, wobei er konstatierte: „Formen der Unterdrückung und der Ausbeutung führen natürlich zu einer oft aus Not geborenen völligen Überanspruchung von Ökosystemen.“ (ebd.) Die Frage, warum das „natürlich“ so ist, bleibt offen. Als Hauptursache von Umweltzerstörungen werden Armut und das damit in Zusammenhang stehende Bevölkerungswachstum dingfest gemacht, der maßlose Produktionswahnsinn im Norden wird hingegen nicht erwähnt.

56 Darin wird direkt auf das 1992 erschienene Buch „Wege zum Gleichgewicht. Ein Marshallplan für die Erde“ des US-amerikanischen Vizepräsidenten Al Gore, das zum internationalen Bestseller wurde, Bezug genommen.

57 ALT et al. 1993: 7.

58 ALT et al. 1993: 7.

Die zugrundeliegende Vorstellung der „zur Gänze“ vom „Menschen“ zu machenden und herzustellenden „Natur“ springt hier geradezu ins Auge.

finanziellen Unterstützung entsprechender Maßnahmen in den Entwicklungsländern und den Staaten Osteuropas angehalten werden, lautet die Hauptforderung an Dritte-Welt-Länder „Bevölkerungsstabilisierung“: Sowohl als Beitrag zur Rettung der Tropenwälder als auch als eigenständige Zielsetzung im Rahmen des geforderten „globalen Umweltrettungsprogramm[s]“<sup>59</sup>. Den Staaten sei „wirksame Hilfe“ finanzieller und sonstiger Art zu gewähren, wenn sie „Bevölkerungsstabilisierungspläne“ realisierten, wobei insbesondere Maßnahmen zur besseren Ausbildung von Frauen, zur Reduzierung der Säuglingssterblichkeit, zum Aufbau „angepaßter“ sozialer Sicherungssysteme und zur „Geburtenkontrolle“ unterstützt werden sollten.

Die Länder des Südens wie auch Osteuropas werden durchgängig nur als „Hilfsempfänger“ adressiert, die seitens der Industriestaaten finanziell wie technologisch zu „unterstützen“ seien. Mit dem Schlagwort der „Hilfe zur Selbsthilfe“ scheinen die – aus der Sicht der meisten Menschen in Entwicklungsländern – überwiegend keineswegs positiven Erfahrungen mit „Entwicklung“ und „Entwicklungshilfe“ erledigt zu sein. Ebenso wird in keiner Weise die Problematik bevölkerungspolitischer Eingriffe, die Erpreßbarkeit speziell von Frauen aufgrund von Armut und Hunger, die Schädlichkeit vieler der zur Anwendung kommenden Verhütungsmittel und die der Formulierung des Ziels der „Reduktion des Bevölkerungswachstums“ inhärente Tendenz zu gewaltsamem Vorgehen thematisiert, was angesichts der mittlerweile hinlänglich bekannten konkreten bevölkerungspolitischen Praxen nur als (gezielte) Ignoranz (nach dem Motto: „Der Zweck heiligt die Mittel“?!) gewertet werden kann.

Eine ganz entscheidende Rolle dabei, Ressourcenverknappung, Umweltverschmutzung und weltweites Bevölkerungswachstum als drängende Probleme im „allgemeinen Bewußtsein“ zu verankern, spielten die Studien zur „Lage des Planeten Erde“, die seit den 70er Jahren immer zahlreicher erschienen: Den Anfang machte 1972 der Bericht des „Club of Rome“ mit dem Titel „Grenzen des Wachstums“, in dem mittels Computer ein „Weltmodell“ erstellt und davor gewarnt wurde, daß bei anhaltend forciertem Wirtschaftswachstum und ohne einschneidende politische und soziale Veränderungen binnen weniger als 100 Jahren das „Aus“ für die Menschheit kommen werde.

Als zentrale Problembereiche seien die Bevölkerungsentwicklung, die Erschöpfung wichtiger, nicht erneuerbarer Ressourcen, die beschränkte „Aufnahmekapazität der Umwelt“ hinsichtlich Verschmutzung und Zerstörung sowie die Nahrungsmittelproduktion anzusehen. Als Konsequenz wurde die Reduzierung des industriellen Wachstums und des Bevölkerungswachstums in den Ländern der

---

<sup>59</sup> ALT et al. 1993: 7.

Dritten Welt gefordert, um einen ökologischen wie wirtschaftlichen „Gleichgewichtszustand“ herzustellen.<sup>60</sup>

1979 folgte „Global 2000: Bericht an den Präsidenten“ und 1981 der sogenannte Brandt-Report „Das Überleben sichern“. Seit 1984 werden vom Washingtoner „Worldwatch Institute“ unter seinem Gründer und langjährigen Leiter Lester R. Brown jährliche Berichte „Zur Lage der Welt“ veröffentlicht.<sup>61</sup>

Mit dem „Brundtland-Report“ von 1987 („Our Common Future“) wurde der seit Anfang der 80er Jahre „herumgeisternde“ Begriff des „sustainable growth“/„sustainable development“ („nachhaltiges Wachstum“ oder „nachhaltige Entwicklung“) auf breiter Ebene (und mit überaus „nachhaltiger“ Wirkung) eingeführt und als „Entwicklung, die den gegenwärtigen Bedarf zu decken vermag, ohne gleichzeitig späteren Generationen die Möglichkeit zur Deckung des ihren zu verbauen“<sup>62</sup> bestimmt.

„Nachhaltige Entwicklung“, die insbesondere seit der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung („UNCED“), die 1992 in Rio de Janeiro stattfand,<sup>63</sup> in sämtlichen Politikbereichen, insbesondere aber in der Umwelt- und Entwick-

---

<sup>60</sup> Vgl. zu dieser Studie und zur Kritik daran GLAß 1978: 110-124; auch SCHLEBUSCH 1994: 50-55.

1992 erschien eine Aktualisierung dieser Studie durch die AutorInnen Donella und Dennis Meadows sowie Jorgen Randers unter dem Titel „Die neuen Grenzen des Wachstums. Die Lage der Menschheit: Bedrohung und Zukunftschancen“ auf Deutsch.

<sup>61</sup> Vgl. zur Selbstdarstellung dieser Organisation die Homepage „Worldwatch Institute“, <http://www.worldwatch.org> [Stand 8. Juni 2001].

Brown sieht die gegenwärtige Situation und erst recht die (nahe) Zukunft der Erde pessimistisch und düster und meint:

„Wir haben die Wahl zwischen dem Recht auf Fortpflanzung dieser Generation und dem Recht auf Überleben der nächsten Generation. Das ist keine Frage von Zwang, sondern verlangt zunächst nach politischer Führung, nach Erklärung. Wir brauchen ein Pearl-Harbor-Erlebnis, ein großes Aufwachen zur Rettung des Planeten.“ (FORTPFLANZUNG 1995: 5)

– Brown bemüht eines der amerikanischen „Traumata“, den Überfall japanischer Flugzeuge und Unterseeboote auf die amerikanische Pazifikflotte in Hawaii im Jahr 1941, um die Dringlichkeit und Notwendigkeit eines (globalen) „Schulterschlusses“ und von energischen (militärischen?) Gegenmaßnahmen zur „Errettung der Erde“ zu verdeutlichen. Die (falsche und „uns“ letztlich gar nicht zur Auswahl stehende) „Alternative“ von „Fortpflanzung jetzt“ versus „Überleben morgen“ prädestiniert den Vorrang des „Überlebens“ und damit die Notwendigkeit gegebenenfalls auch von Zwangsmaßnahmen.

<sup>62</sup> HAUFF (Hg.) 1987: 9f.

<sup>63</sup> In der „Agenda 21“, dem verabschiedeten Aktionsprogramm, ist ein Kapitel dem Zusammenhang von Bevölkerungswachstum und nachhaltiger Entwicklung gewidmet. Manchem Beobachter erscheint diesem „gravierenden Menschheitsproblem“ auf der Konferenz allerdings ungenügend Rechnung getragen (vgl. z.B. LEISINGER 1993: 365; KLÜVER 1994a: 20; in SONTHEIMER 1992b heißt es gar: „In Rio wird deshalb ein brauchbares Programm für den kollektiven Selbstmord der Spezies Mensch verabschiedet werden.“ (a. a. O.)); die gegenteilige Ansicht wird beispielsweise in WICHTERICH 1992b vertreten.

Vgl. zu dieser Konferenz, ihrem Ablauf und ihren Ergebnissen unter anderem SACHS 1994 (II); HILDYARD 1994; BANURI 1994 sowie HARRISON 1998 zum Nachfolgeprozeß.

lungspolitik, zum Schlüsselwort geworden ist, ist ein Hülsen- und „Plastikwort“<sup>64</sup>, das aufgrund seiner inhaltlichen Leere je nach Interessenlage „gefüllt“ werden kann (und wird). Unterentwicklung und Umweltzerstörung seien in Zusammenhang zu sehen und die ökologische, ökonomische und soziale Dimension gleichermaßen zu berücksichtigen. Als Ziel von „Nachhaltigkeit“ wird im wesentlichen „intra- und intergenerationell<sup>65</sup> gerechtes Handeln“ benannt, was als zentrale Elemente ein „gemäßigtes Wirtschaftswachstum“, die Förderung und Entwicklung „umweltschonender, ressourcensparender Technologien“, die „Erschließung“ der „menschlichen Ressourcen“ sowie die Reduzierung des Bevölkerungswachstums durch die Bekämpfung der Armut und die Bereitstellung von Familienplanungsdiensten umfasse.<sup>66</sup> Zu hohes und zu rasches Bevölkerungswachstum wird als wesentliches Hindernis für eine ökologisch sowie hinsichtlich der menschlichen Entwicklung „nachhaltige Politik“ bewertet.<sup>67</sup>

An den grundsätzlichen Zielsetzungen „Entwicklung“ und „Wachstum“ wird auch in diesem Konzept in keiner Weise gerüttelt: Adäquate, das heißt sparsame und möglichst effiziente „Bewirtschaftung“ der Natur soll die Erreichung dieser Ziele, die nach wie vor als „die“ Lösung für sämtliche sozialen Probleme von der hohen Arbeitslosigkeit bis hin zur Armut in der Dritten Welt gelten, sichern.<sup>68</sup> Das Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ beruht auf einem umfassenden Planungs-, Verwaltungs- und Steuerungsansatz. „Natur“ wird primär in wirtschaftlichen Kategorien gedacht und als Ziel die Erhaltung der notwendigen „natürlichen Grundlagen“ für eine ungestörte (sprich: weiter zunehmende) Produktion formuliert.<sup>69</sup>

Weiterer wissenschaftlich-technologischer Fortschritt wird in Gestalt notwendiger Effizienzsteigerungen zur unumgänglichen Voraussetzung „nachhaltigen Wirtschaftens“ erklärt. Auf diese Weise wird allerdings nur eine gewisse Veränderung

---

64 Begriff PÖRKSEN 1988.

65 Daß nicht nur die Interessen „zukünftiger Generationen“ zu berücksichtigen seien, sondern auch jene der „alten“ Generation, wird in LEIST 1991: 325 betont.

Welch geradezu absurde Dimensionen die „Sorge um die Zukünftigen“ annehmen kann, macht die Aussage deutlich, wonach „der Schutz der zukünftigen Menschheit vor sich selbst“ (STEINER 1992: 88) das Ziel sei. – Qua „Vernunft“ und rationaler Planung sollen selbst die noch nicht Lebenden vor der Übervermehrung, die offensichtlich als eine Art „biologische Zwangsläufigkeit“ aufgefaßt wird, bewahrt werden.

66 Vgl. HAUFF (Hg.) 1987: 13, 18f. und 46-49; BRUNDTLAND 1993; auch HEIM/SCHAZ 1996: 122; LEMBKE 1991: 6-12.

67 Vgl. beispielsweise VERORDNUNG (EG) Nr. 1484/97: 1.

68 Daß aber auch die häufig laut werdende Forderung eines „Nullwachstums“ keine Lösung darstelle, da dies – ausgehend vom gegenwärtigen hohen Niveau – weiterhin einen überaus hohen Energie- und Rohstoffverbrauch bedeute, wird in ALTVATER 1992: 24 und 44 betont.

69 Darauf verweist auch SACHS 1994 (I): 9f.; auch SACHS 1994 (II): 25; ähnlich WORSTER 1994: 95 und 109.

der Mittel angestrebt, die Ziele wirtschaftlichen wie politischen Handelns bleiben weitestgehend unverändert.<sup>70</sup>

Die selbstanklägerischen, oft mit stark moralischen Untertönen an die Adresse der (privaten) VerbraucherInnen in den Industriestaaten gerichteten Aufrufe zum (teilweisen) „Konsumverzicht“ oder zumindest zur „umweltschonenderen“ Gestaltung des Konsums führen nicht zu einer „gerechteren (Welt-)Gesellschaft“. Beim Ansetzen am (angeblich so exzessiven) Verbrauch und Konsum wird der Primat der (immer effizienteren und weiter gesteigerten) Produktion von Gütern und Produktionsmitteln und damit die zentrale Ursache von Naturzerstörung und krasser sozialer Ungleichheit gerade *nicht* angetastet.<sup>71</sup> „Sparsamkeit“ und „Effizienz“ sind kein Ersatz für die – politische – Frage einer grundlegenden Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Entscheidend ist und bleibt darüber hinaus, wer prinzipiell über die (finanziellen) Möglichkeiten des Zugriffs auf „Ressourcen“ verfügt und über ihre Verwendung entscheidet.<sup>72</sup>

Bei den Verhandlungen auf der Konferenz in Rio wurde deutlich, daß auch die meisten Regierungen der Länder des Südens voll auf die Vorrangigkeit von Wirtschaftswachstum, industrieller Produktion und Produktivitätssteigerung mittels weiteren technologischen Fortschritts setzen. Entsprechend forderten sie eine massive Erhöhung der finanziellen wie technologischen „Entwicklungshilfe“ seitens der Industriestaaten, um den „Nachvollzug“ des „westlichen Modells“ zu schaffen. Daß dies – mit überwiegend keineswegs positiven Ergebnissen – bereits seit gut fünfzig Jahren das Leitmotiv von Entwicklungshilfepolitik bildet, scheint vollkommen in Vergessenheit geraten zu sein.<sup>73</sup>

Aus der – angeblich vorrangig aus dem Bevölkerungswachstum resultierenden – „Umweltproblematik“ werden allerdings nicht nur Szenarien einer grundsätzlichen Bedrohung des Überlebens „der“ Menschheit, sondern auch akute Gefahren wie drohende (inner- und zwischenstaatliche) militärische Konflikte um knapp

---

<sup>70</sup> So kommt die Brundtland-Kommission zu dem Schluß: Die „Wende zur dauerhaften Entwicklung muß gefördert werden durch eine ständige Quelle des Wohlstands auf industrieller Basis“ (HAUFF (Hg.) 1987: 19).

Demgegenüber betont SACHS 1994 (II), daß es nicht darum gehen könne, „mit einem Höchstmaß an Effizienz in die falsche Richtung zu jagen“ (a. a. O.: 36).

<sup>71</sup> Vgl. GLAß 1978: 120f.; UZAREWICZ 1999: 5 und 8f.

<sup>72</sup> Die „globalen Verbrauchsmuster“ blieben auch nach der mit großem Aufwand inszenierten UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro praktisch unverändert: So zeichnen „die“ Bevölkerungen der Industriestaaten (ca. 20 Prozent der Weltbevölkerung) für 85 % der Holz-, 75 % der Metall- und 70 % der Energienutzung verantwortlich. – Vgl. dazu MARTIN/SCHUMANN 1996: 48; ähnlich KRUSE 1992: 18.

<sup>73</sup> Kritisch zu diesem Befangenbleiben der Länder des Südens im „Entwicklungsdenken“ und damit in struktureller wie kultureller Abhängigkeit vom „Norden“ äußert sich SACHS 1994 (II): 15f., 18f., 21f. und 23; ähnlich BANURI 1994: 71; HILDYARD 1994: 57; EKINS 1994: 165f.; auch GRUBBE 1994: 38f., 127 und 157f.  
In TANDON 1994 wird betont, daß Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung „heute die vorrangige Form der nachhaltigen Entwicklung“ (a. a. O.: 250) sei.

werdende „erneuerbare Ressourcen“ und die „Massenmigration“ von „Umweltflüchtlingen“ abgeleitet.<sup>74</sup>

Als zukünftig besonders brisanter Aspekt wird immer wieder die Frage der Wasserversorgung thematisiert.<sup>75</sup> Um das „blaue Gold“ würden ob seiner existentiellen Bedeutung künftig heftigere Kämpfe geführt als jemals um Erdöl oder sonstige Bodenschätze, und wer (sprich: welcher Staat oder welche Regierung) an der Quelle eines grenzüberschreitenden großen Flusses oder Stromes „sitze“, habe damit ein Machtmittel unschätzbaren Ausmaßes in der Hand.<sup>76</sup> Als hochanfällige

---

<sup>74</sup> Vgl. beispielsweise LEISINGER 1993: 117 und 173; HASSEL 1994: 45; SMUTEK-RIEMER 1994: 475; HOMER-DIXON/BOUTWELL/RATHJENS 1996; BROWN/GARDNER/HALWEIL 2000: 91-94; REISSLAND 1994; APFELKNAB 1995: 7f.; in SCHMID 1996a ist von einer drohenden „Ökoflucht“ (a. a. O.: 23) die Rede; HAUSER 1992 spricht von der zunehmend an zahlenmäßiger Bedeutung gewinnenden Kategorie der „Ökoflüchtlinge“ (a. a. O.: 226); vgl. auch KLÜVER 1994a: 65.

In RADERMACHER 1992 wird drohender „Ökoteror“ (a. a. O.: 47) an die Wand gemalt, worunter er offensichtlich das Ausüben von Druck auf die Industrieländer durch willentliche Umweltzerstörungen größeren Ausmaßes in der Dritten Welt versteht (vgl. a. a. O.: 57).

In KRENGEL 1994 wird festgestellt: „Es fällt nicht schwer vorauszusagen, daß der Kampf um die Produktionsfaktoren im Lauf des 21. Jahrhundert [sic!] zu wachsenden Auseinandersetzungen führen wird, wobei es völlig offen ist, mit welchen Mitteln diese internationalen Auseinandersetzungen ausgetragen werden.“ (a. a. O.: 67). – „Natur“ wird im „klassischen“ Sinn als Ressource für ökonomische Verwertungsinteressen aufgefaßt, und das Schreckensszenario einer möglicherweise atomar oder auch anderweitig „weltvernichtend“ geführten Auseinandersetzung angedeutet.

In ähnlicher Weise wird auch in STEINER 1992: 151 ein Atomkrieg um die letzten Ressourcen und damit die Selbstauslöschung „der“ Menschheit prophezeit.

In WÖHLCKE 1999 entwirft ein regelrechtes Invasionszenario von „Umweltflüchtlingen“:

„Umweltflüchtlinge sind Opfer sozialer und politischer Verteilungskonflikte um die knapper werdenden Ressourcen. Aber sie sind nicht nur Opfer solcher Konflikte, sie können auch selbst Ursachen anderer Konflikte sein: [...]. Dies könnte zu einer Gefährdung der internationalen Sicherheit führen, zum Beispiel unter folgenden Begleitumständen: Invasion bewaffneter Migranten; Gefährdung der politischen Stabilität, Überforderung der wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit sowie Bedrohung der gesellschaftlich dominanten Werte im Aufnahmeland; Formierung von politischer Opposition gegen das eigene Herkunftsland<sup>[...]</sup>“ (a. a. O.: 27f.).

Und in einem ursprünglich im „Greenpeace Magazin“ veröffentlichten Artikel heißt es mit Bezug auf „Umweltflüchtlinge“: „Heute schlagen die Geschlagenen zurück: Zum ersten Mal in der Geschichte kann der Süden dem Norden ernsthaft schaden.“ (SIMON 1995: 114). – Flucht und Migration erscheinen als „Racheakt“, und die flüchtenden Menschen werden als für den Norden bedrohlicher und schädlicher „Faktor“ hingestellt.

<sup>75</sup> So wird etwa in BROWN/GARDNER/HALWEIL 2000 die Einschätzung geäußert, „dass die zunehmend knapper werdenden Wasserreserven das am stärksten unterschätzte Ressourcenproblem der heutigen Welt ist [sic!]“ (a. a. O.: 31).

<sup>76</sup> Vgl. zum Beispiel HABBE 2000: 154; SCHMID J. 1999a: 17; WÖHLCKE 1999: 26f.; BUCHALLA 1993: 105f.; KLINGHOLZ 1994a: 86f.; LEISINGER 1993: 171; SONTHEIMER 1992a (II): 192; KOCH 1991, wo sich zur Illustration der „bevorstehenden Zukunft“ das Photo eines einzelnen Menschen inmitten unendlich erscheinender, hügeliger Sanddünen findet; gegen die „Krieg um Wasser“-These spricht sich ein Wasserexperte bei der Weltbank aus (vgl. KRIEG 2000: 164).

Regionen für derartige Wasserkonflikte werden meist der Nahe Osten (insbesondere das „Dreieck“ Türkei – Syrien – Irak), Nordafrika, Südasien sowie zukünftig auch das südliche Afrika genannt.<sup>77</sup>

Wasser erscheint als per se knappe natürliche Ressource, während menschliche Verantwortlichkeiten wie beispielsweise die Errichtung von gigantischen Staudammprojekten oder von Bewässerungsanlagen für industriell bewirtschaftete landwirtschaftliche Flächen und die Verschmutzung von (Grund-)Wasservorkommen weitgehend außen vor bleiben.

Als ein weiterer zentraler Aspekt der Umweltproblematik wird schließlich die zunehmende Verstädterung<sup>78</sup> und dabei insbesondere die Bildung von „Mega-Cities“ oder „Megalopolen“<sup>79</sup> angeführt, wie sie sich insbesondere in Ländern der Dritten Welt vollzieht.<sup>80</sup> Darunter seien Städte mit fünfzehn, zwanzig oder mehr Millionen EinwohnerInnen zu verstehen, die sich durch rasantes Wachstum und (infolgedessen) fehlende oder mangelhafte Infrastruktur auszeichneten.<sup>81</sup> Das enorme Anwachsen der Städte in der Dritten Welt hat allerdings keineswegs nur mit „genuinem“ Bevölkerungswachstum<sup>82</sup>, sondern vielmehr mit (strukturell bedingter) Landflucht zu tun.<sup>83</sup>

Die Folge des rasanten Wachstums der Städte seien vor allem Slumbildungen größten Ausmaßes – mit all ihren sozialen „Begleiterscheinungen“.<sup>84</sup> Eines der

Von einigen Experten wird in Anlehnung an die „Grüne Revolution“ in der Landwirtschaft eine „Blaue Revolution“ zur Abwendung der drohenden Wasserkrisen gefordert. – Vgl. (ips) 1998: 8.

<sup>77</sup> Vgl. beispielsweise (rb) 1998: 1f.; (ips/hz) 1998a: 2; HOFFMANN 1998: 3; HOMER-DIXON/BOUTWELL/RATHJENS 1996: 117f.; APFELKNAB 1995: 7; vgl. auch INFOGRAPHIK 1999b.

<sup>78</sup> Beispielsweise ist in KHALATBARI 1992 von einem „Weltverstädterungsprozeß“ (a. a. O.: 63, Hervorh. im Original) die Rede; KAMPHAUS 1994 spricht von einer „rasanten Metropolisierung“ (a. a. O.: 128) aufgrund des zu hohen Bevölkerungswachstums.

<sup>79</sup> MARTIN/SCHUMANN 1996: 45.

<sup>80</sup> Vgl. beispielsweise LASZLO 1992: 55; LEISINGER 1993: 64-66; OTTERBEIN 1993/1994; NATORP 1996; (se) 2000b: 5; BROWN/GARDNER/HALWEIL 2000: 75-78; vgl. auch INFOGRAPHIK 1996.

<sup>81</sup> In KLÜVER 1996 ist von einem „Club der urbanen Monster“ (a. a. O.) die Rede. Im 21. Jahrhundert werden den Prognosen zufolge erstmals in der Menschheitsgeschichte mehr als 60 % der Weltbevölkerung in Städten leben. – Vgl. SAUER 1998: 25; HAUB 1997: 16.

<sup>82</sup> So spricht NATORP 1996 dem „natürlichen Familiennachwuchs“ (a. a. O.) den größten Anteil beim Anwachsen der städtischen Einwohnerschaften zu. – Auch hier erscheint das Zeugen und Gebären von Kindern als Vorgang mit quasi naturgesetzlicher Eigendynamik.

<sup>83</sup> Darauf verweist auch ABESELOM 1995: 45; daß heute zum Teil schon wieder eine umgekehrte Flucht tendenz aus den städtischen Slumvierteln (zurück) aufs Land feststellbar sei, hebt METZNER 1999 hervor; ebenso REPETTO 1996: 102.

<sup>84</sup> Vgl. beispielsweise WÖHLCKE 1999: 25. In NATORP 1994b wird warnend festgestellt: „Es entstehen riesige Slums, die nicht nur der Nährboden für Seuchen aller Art sind oder bald werden, sondern in denen auch der politische Radikalismus gedeiht, der immer mehr Städte unregierbar macht.“ (a. a. O.).

diesbezüglich drastischsten Szenarien entwirft der Bevölkerungswissenschaftler Parviz Khalatbari: Er führt den Trend zur Verstädterung auf die „Übevölkerung“ der (relativ unproduktiven, „rückständigen“) Landwirtschaft in den Entwicklungsländern zurück. Die zunehmende Verslumung resultiere aus der mangelnden Kapazität der Städte, Infrastruktur und vor allem Arbeitsplätze sicherzustellen. Die Zahl der „Pauper“<sup>85</sup>, wie Khalatbari die SlumbewohnerInnen bezeichnet, würde aufgrund ihrer starken Vermehrung und aufgrund des anhaltenden Zustroms von außerhalb rasant ansteigen.

Diese Menschen gingen „merkwürdigen Erwerbszweigen“<sup>86</sup> wie Bettelei, Drogenhandel, Prostitution, Diebstahl und Mord nach<sup>87</sup> und empfänden angesichts der bestehenden Ungerechtigkeiten tiefen Haß: „Die physische und seelische Degenerierung, die moralische Degradation, gekoppelt mit dem Haß, befähigt diese Menschen unter Umständen, mit aller Brutalität gegen eine Gesellschaft vorzugehen, die sie genauso brutal verworfen und verlassen hat.“<sup>88</sup>

Khalatbari verleiht seiner Befürchtung Ausdruck, daß diese verarmten Massen die Rekrutierungsbasis für politische „Abenteurer“ mit diktatorischen Ambitionen bilden könnten: „Um ihre destruktiven Ziele zu erreichen, rechnen solche Regime mit dem Fanatismus, der Unwissenheit sowie der moralischen Degradation und der Brutalität, die gerade dem Lumpen-, Proletariat‘ eigen sind.“<sup>89</sup> Diese „Vorbehalte“ gegenüber armen, marginalisierten Menschen erinnern an „klassisch“ eugenische Formulierungen und Begründungen.

Doch die Gefährlichkeit derartiger politischer Entwicklungen bleibt keineswegs auf die Entwicklungsländer beschränkt. Khalatbari führt aus:

Die Gefahr der Machtergreifung von abenteuerlichen Cliques, die sich auf die wachsende Gesellschaftsschicht der Pauper stützen, ist in den Entwicklungsländern m.E. objektiv vorhanden. Die künftige Entwicklung einiger oder mehrerer dieser Länder könnte eine gefährliche Wende nehmen und zur Herausbildung neuer Krisenherde führen. Die Tatsache, daß diese Länder zu einem unberechenbaren Faktor

---

Laut dem Demographen Schmid sind in der Dritten Welt „Verstädterung und Zivilisierung entkoppelt und ergeben jene beängstigenden Agglomerationen wie Mexico City, Bombay, Kalkutta, Lagos oder Lima“ (SCHMID 1996a: 23). – Die Slumbildung erscheint bei ihm nicht als grundlegendes sozioökonomisch-strukturelles Problem, sondern als eines der „Unzivilisiertheit“ seiner BewohnerInnen und ihrer Unfähigkeit oder –willigkeit, ihre „traditionelle“ Lebensführung aufzugeben.

KLÜVER 1991 spricht in Zusammenhang mit der „Unkontrollierbarkeit“ der großen Städte von der „Chaosmacht der Massenzivilisation“ (a. a. O.: 9).

85 KHALATBARI 1992: 76.

86 KHALATBARI 1992: 76.

87 Vgl. ähnlich auch STEINER 1992: 131.

88 KHALATBARI 1992: 76.

89 KHALATBARI 1992: 76.

für das Weltgeschehen und damit zu einer potentiellen Gefahr sogar für den Weltfrieden werden könnten, darf nicht unterschätzt werden.<sup>90</sup>

Damit nicht genug, es droht auch noch Gefahr durch die Weiterverbreitung von atomaren Waffen:

Das heißt, die unsichtbare potentielle Gefahr, die sich aus der widersprüchlichen Einheit von Bevölkerungswachstum und Unterentwicklung ergibt, könnte sich in absehbarer Zukunft und im Zuge der Verbreitung der Kernwaffenproduktion zu einer sichtbaren und akuten Gefahr entwickeln.<sup>91</sup>

Aus dem Widerspruch zwischen Bevölkerungswachstum und der begrenzten (primär sozialökonomisch bestimmten) „Tragfähigkeit“ resultierten

[...] zahlreiche demoökonomische, demoökologische und demosoziale Probleme, die heute wiederum selbst bereits globale Dimensionen angenommen haben. Alle diese eng miteinander verflochtenen Probleme stellen ein System globaler Probleme dar. Diese Probleme, die mit dem Schicksal von Milliarden Menschen verbunden sind, bergen eine Reihe von Risiken in sich, die die Existenz der bestehenden Zivilisation ernsthaft gefährden können und sogar die gesamte Menschheit in eine Katastrophe ohnegleichen führen.<sup>92</sup>

---

90 KHALATBARI 1992: 76/77. An anderer Stelle formuliert der Bevölkerungswissenschaftler noch unverhohlener und unter Verwendung einer Natur-Metapher: „Haß von Hunderten von Millionen Menschen kann u. U. schlimmer wirken als der schlimmste Vulkan. Dieser Haß kann auch eine Wende nehmen und sich gegen den reichen Teil der Welt richten und dann eine Katastrophe ohne gleichen verursachen.“ (KHALATBARI 1995: 104).

91 KHALATBARI 1992: 77.

92 KHALATBARI 1992: 71. In der Terminologie ökologischen Systemdenkens und in medizinischer Metaphorik formuliert er andernorts:

„Das Bevölkerungswachstum, die Unterentwicklung, Armut, Arbeitslosigkeit, Hunger, Auswanderung, Pauperismus sowie die Umweltzerstörung, Energieverschwendung, Ressourcenvergeudung und Überfluß sind alle wie in einem Gewebe miteinander verbunden. Es sind alles Symptome eines kranken Systems, das sich zunehmend polarisiert!“ (KHALATBARI 1995: 105).

Dieser Polarisierungsprozeß bilde den „Nährboden für die Verbreitung von Gewalttätigkeit und Verbrechen, fördert die massenhafte Zuflucht zu Drogen, Fundamentalismus und Faschismus, gefährdet zunehmend den Frieden und führt die Menschheit an den Abgrund.“ (ebd.) – Die Polarisierung wird nicht auf konkrete politisch-ökonomische Ursachen rückgeführt, sondern als Krankheit „des“ Systems hingestellt. Soziale Fragestellungen werden damit medikalisiert und zum „Fall“ für „(Sozial-)Operateure“ erklärt.

Einen ähnlichen Problemkreis skizziert der Demograph Birg für die Entwicklungsländer: Das rasche Bevölkerungswachstum habe hohe Arbeitslosigkeit zur Folge, die zusammen mit den fehlenden staatlichen Absicherungssystemen zu Massenarmut, Landflucht, Anwachsen der Städte, Kriminalität und Zusammenbruch der Familien führe, „mit der Folge, daß diese Staaten unregierbar werden und die Gewalt auf allen Ebenen der Gesellschaft bis hinunter auf die familiäre Ebene zum normalen Mittel der Problembewältigung avanciert“ (BIRG 1993/1994: 18). Daraus resultiere wiederum eine „Tendenz zur Konfliktverlagerung nach außen durch Kriege“ (a. a. O.: 18), wobei sich der Kreis in Form internationaler Wanderungsbewegungen schließe. – Gewalt wird hier als Problem der Entwicklungsländer präsentiert, so als ob sie „bei uns“ (auf struktureller wie unmittelbar persönlicher Ebene) nicht existent wäre.

Die Problematik ökonomischer und sozialer Verelendung von Menschen soll nicht in Abrede gestellt werden. Stutzig macht allerdings, wenn dies in den Kontext physischer und moralischer „Degenerierung“ gestellt, politische Konflikte auf die Zunahme dieser Verelendeten zurückgeführt werden und primär ein Bedrohungsszenario für die „Zivilisation“, also die „westliche Kultur“, und das „globale Ganze“ gezeichnet wird.

Afrika, und insbesondere das Afrika südlich der Sahara, gilt den Vertretern der Überbevölkerungsthese vielfach als besonderer „Problemfall“.<sup>93</sup> Unter Ausblendung weltwirtschaftlicher und –politischer Zusammenhänge sowie verfehlter nationalstaatlicher Politik wird dieses als jene Weltregion präsentiert, in der sich die unterschiedlichen Folgewirkungen der Übervölkerung überdeutlich zeigten und beobachten ließen.<sup>94</sup> Zwar seien die meisten afrikanischen Länder insgesamt erheblich dünner besiedelt als beispielsweise die europäischen, dennoch seien sie aufgrund des Verhältnisses von Bevölkerungszahl und zur Verfügung stehenden Nahrungsmitteln beziehungsweise „natürlichen Ressourcen“ als übervölkert zu bezeichnen.<sup>95</sup> „Ressourcenreichtum“ oder „-armut“ stellen aber keineswegs einfach vorgegebene fixe Größen dar. Überdies ist immer die Frage zu stellen, *wem* diese „Ressourcen“ zugute kommen, wie sie genutzt und ihre Erträge verteilt werden.<sup>96</sup>

Zum Teil wird im Diskurs über das Bevölkerungswachstum vor allem „in Afrika“<sup>97</sup> – in hochgradig zynischer und menschenverachtender Weise – auf die „bevölkerungsreduzierende Wirkung“ der AIDS-Epidemie verwiesen.<sup>98</sup> Die „Sterbe-

---

93 So ist beispielsweise in SCHMID J. 1999a vom afrikanischen Kontinent als „Weltsorgenkind der Entwicklungspolitik“ (a. a. O.: 13) die Rede.

In MACK 1996 wird unterstrichen, daß die afrikanischen Regierungen endlich „Familienplanung als Frage auf Leben und Tod begreifen“ (a. a. O.: 97) müßten.

94 Auf diese besondere Rolle des afrikanischen Kontinents in der Argumentation der Überbevölkerungstheoretiker verweist auch HARTMANN 1987: 30; gegen die undifferenzierte Wahrnehmung eines ganzen Kontinents und die eindimensionale Etikettierung als „arm“ und „defizitär“ spricht sich nachdrücklich beispielsweise DOOH-BUNYA 1994: 35f., 37 und 39 aus.

95 Vgl. beispielsweise GRILL 1994: 31; KLEIN 1994b: 61.

96 Dies betonen auch AGARWAL/NARAIN 1994: 254, 260f. und 263-267.

97 Der polnische Journalist Ryszard Kapuscinski, der viele Jahre im „schwarzen Kontinent“ herumgereist ist, stellt fest:

„Dieser Kontinent [Afrika, B. R.] ist zu groß, als daß man ihn beschreiben könnte. Er ist ein regelrechter Ozean, ein eigener Planet, ein vielfältiger, reicher Kosmos. Wir sprechen nur der Einfachheit, der Bequemlichkeit halber von Afrika. In Wirklichkeit gibt es dieses Afrika gar nicht, außer als geographischen Begriff.“ (KAPUSCINSKI 1999: 5).

Und an anderer Stelle betont er, „[...] daß das Wesen Afrikas in seiner unendlichen Vielfalt liegt. [...] Das europäische Denken hingegen, das nach rationaler Reduktion strebt, danach, alles einzuordnen und zu vereinfachen, wirft alles Afrikanische gern in einen Topf und begnügt sich mit simplen Stereotypen.“ (a. a. O.: 34).

98 Darauf weisen auch GRILL 1999 und MARCUS 1994 hin.

Es werden allerdings auch umgekehrte Befürchtungen laut:

rate“ hat sich durch die Immunschwächekrankheit, die sich in vielen afrikanischen Ländern in der Art einer Pandemie ausbreitet und aufgrund der fehlenden Mittel für die teuren, im Westen gebräuchlichen Medikamente meist binnen kurzer Zeit zum Tod führt, dramatisch erhöht und zu einer ebenso drastischen Absenkung der „durchschnittlichen Lebenserwartung“ geführt. Von der Krankheit sind die „mittleren“, erwerbstätigen Altersgruppen besonders stark betroffen, was in den kommenden Jahren und Jahrzehnten dramatische soziale und ökonomische Folgen haben dürfte.<sup>99</sup>

In der demographischen Literatur wird allerdings überwiegend festgestellt, daß AIDS zwar zu einer Verringerung und Verlangsamung des Bevölkerungswachstums, nicht jedoch zu einem Bevölkerungsrückgang führe. Selbst dieses Massensterben scheint also nicht auszureichen, um das Bevölkerungsproblem zu verringern.<sup>100</sup> Der Verdacht, daß hier „klassische“ rassistische Stereotype gegen „die Schwarzen“ – insbesondere ihre „Triebhaftigkeit“ und „Stumpfheit“ – mit dem Versuch zusammengehen, die (wirtschaftliche wie politische) Marginalisierung

---

„Die vermeintliche Bremse [für das Bevölkerungswachstum, B. R.] könnte sich sogar als Gashebel entpuppen: Weil Aids häufig junge, leistungsfähige Menschen trifft und die Behandlung der Kranken teuer ist, könnten Gesundheitsdienste zusammenbrechen und die Armut zunehmen – beides Ursachen für weiteres Bevölkerungswachstum.“ (SIMON 1995: 112).

– Verwiesen sei auf die verwendete Automobil-/Maschinenmetaphorik.

Daß Aids die Fähigkeit der Gesellschaften beeinträchtigt, mit den Problemen des Bevölkerungswachstums fertig zu werden, und daher eher noch problemverschärfend wirke, argumentiert auch MARCUS 1994: 58.

<sup>99</sup> Vgl. LANGTHALER 1994: 15f.; (hz) 1997: 1; (hz) 1998d (I): 1f.; (se) 2000d: 1f.; TREICHLER 2000; D’ANNA-HUBER 1999; BRANDT 2000; in einer US-Studie ist von einem „demographischen Holocaust“ (o. V., HOLOCAUST 1998), der in Afrika aufgrund dieser Krankheit stattfindet, die Rede.

Vgl. auch „Population Division, Department of Economic and Social Affairs, United Nations/The Joint United Nations Programme on HIV/AIDS (UNAIDS), The Demographic Impact of HIV/AIDS, Report on the Technical Meeting, New York, 10 November 1998“, <http://www.undp.org/popin/popdiv/hivmtg/let.htm> [Stand 23. März 2000].

Die Einschätzung, daß die Ausbreitung von AIDS und die damit verbundenen Konsequenzen unterschätzt würden, wird in BROWN/GARDNER/HALWEIL 2000: 132 geäußert.

<sup>100</sup> Lakonisch wird beispielsweise in MÜNZ/ULRICH 1994 konstatiert:

„Gelegentlich wird behauptet, AIDS ‚löse‘ oder beeinflusse die Bevölkerungsexplosion in Teilen der Dritten Welt. Dafür gibt es bis jetzt keinerlei Beleg. Obwohl AIDS das Bevölkerungswachstum in einigen besonders betroffenen Ländern verringern dürfte, ist es unwahrscheinlich, daß es dadurch zu einer Abnahme der gesamten Bevölkerung eines Landes kommt. Für bestimmte Altersgruppen und Regionen kann jedoch ein Rückgang eintreten.“ (a. a. O.: 49).

Vgl. hierzu auch das Interview mit Nafis Sadik, Direktorin des UNFPA (vgl. INTERVIEW 1993).

beinahe eines ganzen Kontinents mit deren „Selbstverschuldetheit“<sup>101</sup> zu begründen, drängt sich durchaus auf.

Neben dem Hinweis auf Aids, die Sturm- und Flutkatastrophen in Bangladesh<sup>102</sup> oder die selektive Abtreibung und Tötung weiblicher Föten und neugeborener Mädchen<sup>103</sup> als angeblichen Beiträgen zur Lösung des Bevölkerungsproblems wird in den Veröffentlichungen zur Bevölkerungsproblematik vielfach auf eine, in der britischen medizinischen Fachzeitschrift „The Lancet“ veröffentlichte Einschätzung verwiesen, wonach selbst der tägliche Abwurf einer Atombombe, wie sie über Hiroshima gezündet wurde, das Problem nicht lösen könnte. Die Zahl der Toten würde durch die Zahl der am selben Tag neugeborenen Kinder bei weitem übertroffen.<sup>104</sup> Diese Aussage wird zwar zum Teil mit der Bezeichnung „zynisch“ oder „makaber“ versehen, dennoch aber in affirmativem Sinne eingesetzt, um die „ungeheure Dramatik“ der Bevölkerungsentwicklung zu verdeutlichen. Die grundsätzliche Frage nach der Geisteshaltung, die einen solchen Vergleich überhaupt denkbar und diesen auch noch öffentlich macht, wird nicht aufgeworfen.

Die drohende Wiederkehr beinahe schon ausgerotteter geglaubter Krankheiten und Seuchen wie Tuberkulose, Cholera, Malaria und Pest (womöglich in neuen, antibiotikaresistenten Varianten), die aufgrund der steigenden Bevölkerungsdichte, der schlechten und unhygienischen Lebensbedingungen in weiten Teilen der Dritten Welt sowie der zunehmenden Mobilität ideale Ausbreitungsbedingungen vorfinden, geistert als Schreckensvision immer wieder durch den Diskurs.<sup>105</sup>

Das alte, „klassisch“ malthusianische Argument, wonach die zu große Menschenzahl unausweichlich Hunger und Elend zur Folge habe, ist keineswegs zur Gänze aus dem Überbevölkerungsdiskurs verschwunden.<sup>106</sup> So warnt das „Worldwatch Institute“ von Lester Brown immer wieder, daß die Erde ihre „biologischen Grenzen“ erreicht habe, was sich nicht zuletzt in stagnierenden beziehungsweise abnehmenden Ertragszuwächsen bei den Hauptnahrungsmitteln Reis, Weizen und Mais, sinkenden Fangergebnissen in der Fischerei sowie zurückgehenden Weltge-

---

<sup>101</sup> An der problematischen Situation vieler afrikanischer Länder sind zweifelsohne *auch* (aber eben nicht ausschließlich) „interne Faktoren“ (wie Militarisierung, Bereicherung einer schmalen Oberschicht, politische Repression und anderes mehr) beteiligt.

<sup>102</sup> Vgl. KLINGHOLZ 1994a: 52.

<sup>103</sup> Vgl. KLINGHOLZ 1994a: 125f.

<sup>104</sup> Vgl. beispielsweise SCHÖPS 1993: 139; KLINGHOLZ 1994a: 37; KESSELRING 1992: 13; SCHÖPS 2000: 143.

<sup>105</sup> Vgl. beispielsweise GEORGE 1991: 74; KLINGHOLZ 1994a: 170-189; KLÜVER 1993 (I): 17; BRAUCH 1997: 60; (hz) 1997: 1 und 5; WIEDLICH 1995 (III): 30; BROWN/GARDNER/HALWEIL 2000: 51-54.

<sup>106</sup> Vgl. LASZLO 1992: 66.

In KRENGEL 1994 wird prophezeit, daß „das Gespenst großer regionaler Hungersnöte im Verlauf des 21. Jahrhunderts auf die Erde zurückkehren“ (a. a. O.: 63) werde.

Vgl. dazu auch Abbildung 17 im Anhang.

treidereserven zeige.<sup>107</sup> Als wichtigstes Mittel zur Bekämpfung des Hungers wird die Begrenzung des Weltbevölkerungswachstums durch verstärkte Familienplanungsanstrengungen angeführt.<sup>108</sup> Hunger und Mangelernährung sind allerdings

---

<sup>107</sup> Darauf verweist auch SAUER 1998: 24.

Vgl. BROWN/GARDNER/HALWEIL 2000: 27-30 und 43-46; in ähnlichen Warnungen ergehen sich HARRISON 1998: 14f. und SIMON 1995: 114.

Lester Brown orakelt sogar mit malthusianischen Anklängen:

„Ich bezweifle, daß die Bevölkerung jemals acht Milliarden übersteigt. Um das Jahr 2030 herum wird die Geburtenrate sinken oder die Todesrate steigen. Nahrungsmittelsicherheit wird dabei der entscheidende Faktor sein, Nahrungsmangel wird gleichzeitig zur ernstesten Bedrohung für die nationale Sicherheit.“ (FORTPFLANZUNG 1995: 5)

Ähnlich wird auch in BROWN/GARDNER/HALWEIL 2000 aus Sicht der USA und anderer Industriestaaten wie Deutschland unter Verweis auf die globalen Interdependenzen formuliert: „Das Weltbevölkerungswachstum ist inzwischen eine Frage der nationalen Sicherheit mit wirtschaftlichen, ökologischen und militärischen Konsequenzen.“ (a. a. O.: 119).

<sup>108</sup> Vgl. o. V., US-FORSCHER 1994; o. V., EXPLOSION 1993.

Keineswegs soll hier zynischerweise geleugnet werden, daß Millionen Menschen hungern und/oder zu einseitig ernährt sind beziehungsweise sogar den Hungertod sterben. Die wesentliche Frage ist allerdings, worin die Ursache dafür geortet wird, da dies eine entsprechende „Problembehandlung“ bedeutet. So wird Dirk Rossmann, einer der beiden Stifter der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, mit folgenden Worten zitiert:

„Gutes sollte man mit kaufmännischer Effizienz tun. Wenn ich die Welt verbessern, die Not in den Entwicklungsländern lindern will, dann kann ich Nahrungsmittel gegen den Hunger dorthin schicken, wie das viele Hilfsorganisationen tun, aber ich muß auch zum Kern vordringen, dem unkontrollierten Wachstum der Weltbevölkerung. Das ist das Hauptproblem, alle anderen – Hunger, Umweltschäden, Massenwanderungen – sind Folgeprobleme.“ (Dirk Rossmann, zit. in WERMELSKIRCHEN 1996).

Entsprechend sieht seine Organisation die Lösung primär in der (mittels Gesundheitsfürsorge und Bildungsmaßnahmen etwas „erweiterten“) Familienplanung.

Allerdings erscheint mir auch das in diesem Zusammenhang oft vorgebrachte gutmeinende Argument, daß die Erde „im Prinzip“ genug Nahrungsmittel für alle herbe und es sich daher um ein „Verteilungsproblem“ handle, nicht wirklich weiterführend, da die Realität der weltwirtschaftlichen Strukturen (inklusive der entscheidenden Frage, wer darin profitiert und wer verliert), der ungleichen sozialen Verhältnisse (beispielsweise hinsichtlich des Eigentums an Grund und Boden) und der Art und Weise der Erzeugung von agrarischen Überschüssen in den Industrieländern samt deren Folgen nicht einfach ausgeblendet werden kann. Geändert werden muß nicht die „Verteilung“, sondern die (grundlegend menschen- und naturfeindliche) kapitalistische Produktions- und Reproduktionsweise selbst.

Das „Verschenken“ von Nahrungsmitteln an „die“ armen Länder des Südens kann das Problem der Unterernährung und des Hungers weder wirklich mildern noch gar langfristig lösen. Die von Hungersnöten und Mangelernährung betroffenen Länder werden auf bedauernswerte, aber doch unfähige Hilfsempfänger reduziert. Das Verschleudern von Agrarüberschüssen aus den Industrieländern zu Niedrigstpreisen führt zur Zerstörung der landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen in den Empfängerländern, da sie gegenüber solchen (von den SteuerzahlerInnen der Industrieländer teuer subventionierten) Preisen nicht konkurrenzfähig sind; überdies haben sie mittel- und längerfristig veränderte Eßgewohnheiten insbesondere bei denen, die es sich leisten können, zur Folge und schwächen auf diese Weise den Absatz für lokale Produkte. Die Abhängigkeit vieler Länder der Dritten Welt von ausländischen Agrarexporten verschärft sich auf diese Weise immer mehr. Der mexikanische Entwicklungsexperte Gustavo Estevo stellt in einem Zeitungsartikel in diesem Sinne fest:

nicht einfach Folge von „zu vielen“ Menschen und/oder „zuwenig“ Nahrungsmitteln, sondern ihnen liegen komplexe *soziale, ökonomische* und *politische* Ursachen auf internationaler, nationaler, lokaler sowie schließlich familiärer Ebene zugrunde.<sup>109</sup>

Im Zusammenhang mit der „Welternährungsfrage“ erfährt auch die alte Angst vor den „gelben Horden aus dem Osten“ eine Neubelebung: Laut Lester Brown stellt China mit seiner weiter wachsenden Bevölkerung, die mit fortschreitender Entwicklung und steigendem Lebensstandard auch höhere Ansprüche an ihre Ernährung in Form von Fleisch, Eiern und Bier stelle, zunehmend eine Bedrohung für die internationalen Getreidemärkte dar. Er kommt zu dem Schluß: „Wenn China zunehmend die Vorräte der Weltmärkte aufkaufen muß, wird seine Lebensmittelknappheit auf die Welt überschwappen. [...] Sein Versagen bei der Kontrolle seines Bevölkerungswachstums wird über kurz oder lang die ganze Welt tangieren.“<sup>110</sup>

Das Problem der Ernährung einer weiter rasch zunehmenden Weltbevölkerung wird – vielfach unter völligem Absehen von den Fragen, *was* und *wie* in der zunehmend weltweit industriell betriebenen Landwirtschaft produziert wird<sup>111</sup> und wie der Welthandel organisiert ist – häufig als Argument für die Notwendigkeit der Einführung beziehungsweise breiteren Anwendung der Gentechnik in der Lebensmittelerzeugung angeführt.<sup>112</sup> Die bisherige agrarindustrielle Produktionsweise könne aufgrund der zunehmenden Zerstörung fruchtbaren Bodens und sauberer Wasserreserven sowie aufgrund der „genetischen Erosion“<sup>113</sup>, der fortschreitenden Verringerung des Artenreichtums, nicht mehr weiter vorangetrieben

---

„Nahrungsmittel-Lieferungen? Bitte nicht mehr! Seit Jahrzehnten dokumentieren Experten ausführlich, wie Lebensmittelhilfe Hunger verursacht. Sie haben auch aufgezeigt, wie Hunger zum größten Geschäft des Jahrhunderts wurde und gleichzeitig ein Alibi für eine vermehrte Nahrungsmittelproduktion für die Länder im Norden geliefert hat. Ihre subventionierten Überschüsse produzieren unsere Defizite.“ – ESTEVA 1999.

Vgl. zur Diskussion zum Thema „Nahrungsmittelhilfe“ auch URFF 1995: 238-240.

<sup>109</sup> Vgl. dazu den Beitrag SEN 1997; auch HEUER 1999: 3; strikt gegen die Wahrnehmung von Hungersnöten als „Naturkatastrophe“ spricht sich IMFELD 1999 aus, indem er feststellt: „Hunger kann es überall geben; wirklich schlimm wird die Situation, wenn Verelendung aus Hoffnungslosigkeit eintritt. Dies geschieht, wenn Ziele, Perspektiven und Motive fehlen. Hungersnot ist ein Aufschrei und kann bis zum sozialen Selbstmord führen.“ (a. a. O.)

<sup>110</sup> BROWN 1997: 97; vgl. zu diesem Thema auch TOEPFER 1999: 4; SMIL 1994.

<sup>111</sup> So wird in der agroindustriellen Landwirtschaft erheblich mehr Energie in den Produktionsprozeß investiert als letztlich an Nahrungsenergie erwirtschaftet wird.

<sup>112</sup> Vgl. beispielsweise das Interview mit dem Agrarwissenschaftler Dr. Klaus Lampe (INNOVATIONEN 1996); HAHNBROCK 1992: 82; auch MICHEL 1993; vgl. skeptisch CATENHUSEN 1993; THURAU 1993; kritisch KOLLEK 1993 sowie BÜCKING 1994.

<sup>113</sup> UPPENBRINK 1996: 74; in FRESE 1996 ist von „Gen-Erosion“ (a. a. O.: 84) die Rede.

werden. Die prinzipielle Begrenztheit kultivierbarer Flächen mache allerdings die weitere Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion unumgänglich.<sup>114</sup>

Die gentechnologische Manipulation (vor allem) von Pflanzen, um diese (noch) ertragreicher, anspruchsloser und widerstandsfähiger gegen „Schädlinge“ zu machen, gerät zum Ausweg und auf wundersame Weise auch zum Beitrag zu einer „nachhaltigen Landwirtschaft“. Gentechnisch manipuliertes Pflanzengut ist allerdings keine „neutrale“ weitere Option landwirtschaftlicher Produktion<sup>115</sup>, die „allen“ prinzipiell offenstehe und den „Interessen aller“ diene, sondern Resultat und bisher avanciertester Ausdruck der Agro- und Biotechnologieindustrie (mitsamt den dahinterstehenden milliardenschweren Forschungsinvestitionen und entsprechenden Profitinteressen) in den Industriestaaten, deren Interessen und Verwendungszwecken dabei im Vordergrund stehen.<sup>116</sup>

Es wird dabei vielfach auf den „natürlichen genetischen Reichtum“ in den Ländern des Südens zurückgegriffen, womit eine doppelte Ausschließung und Enteignung dieser Länder stattfindet.<sup>117</sup> Zudem wird die „genetische Verarmung“ mittels dieser Technologien massiv beschleunigt, abgesehen davon, daß die langfristigen „Interaktionswirkungen“ dieser auf genetischer Ebene gezielt für bestimmte Zwecke „optimierten“ Nutzpflanzen mit anderen Pflanzen und Lebewesen (inklusive Menschen) weitestgehend unbekannt sind.<sup>118</sup> Angesichts der im Zusammenhang mit dem „Welthunger“ immer wieder betonten Sachzwangssituation und Zeitnot scheinen diese Bedenken und Einwände allerdings vernachlässigbar und irrelevant.

Doch auch die Angst um schieren „Lebensraum“<sup>119</sup> treibt so machen Autor um: Die „Notwendigkeit, die Zahl der Weltbevölkerung zu stabilisieren, [wird] angesichts der sich im 21. Jahrhundert verschärfende [sic!] Raumnot immer klarer erkannt werden“<sup>120</sup>. Ende des 21. Jahrhunderts drohe die „Überforderung der auf

---

114 Vgl. zum „Ernährungsproblem“ und den unterschiedlichen Positionen dazu auch BENDRATH 1994: 9f.

Daß die „Welternährung“ auf die Dauer nicht durch die immer stärker intensivierten Methoden moderner Landwirtschaft zu sichern sei, sondern durch ökologischen Landbau, der sich an den Ernährungsbedürfnissen der Menschen vor Ort ausrichte, wird in URBAN 1993 (I) betont; vgl. auch WICHTERICH 1994g.

115 Darauf verweist auch BÜCKING 1994: 53.

116 Dies wird auch von Wolfgang Reimer, Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Bäuerliche Landwirtschaft e.V., betont. – Vgl. GENTECHNOLOGIE 1999: 3.

117 In SEURET/BRAC DE LA PERRIÈRE 2000 ist vom Problem der „Bio-Piraterie“ (a. a. O.: 4) die Rede.

118 Vgl. dazu auch TAPPESER 1997.

119 KRENGEL 1994: 49.

120 KRENGEL 1994: 71.

Auch in STEINER 1992 wird die Behauptung aufgestellt, daß die anzustrebende „Gleichgewichtswirtschaft“ „ausreichend Lebensraum“ (a. a. O.: 88) durch die Reduktion der Bevölkerungszahl erfordere.

der Erde noch zur Verfügung stehenden Flächen“<sup>121</sup>. Daran schließt sich die düstere Prophezeiung: „Politische Unruhen, Verteilungskämpfe, eine neue Völkerwanderung, alles scheint möglich zu werden und noch viel Schlimmeres.“<sup>122</sup> Ganz im Sinne des – historisch einschlägig vorbelasteten – „Lebensraum“-Konzepts werden politische Konflikte aus zu wenig Raum und der daraus angeblich resultierenden Notwendigkeit zur Eroberung eines anderen abgeleitet.

In den 90er Jahren wird der Überbevölkerungsdiskurs insbesondere von dem – keineswegs neuen – Problem der Migration dominiert.<sup>123</sup> Das Zurücktreten des ökologischen Argumentationsstranges (der allerdings keineswegs völlig verschwunden ist) hat zum einen sicher damit zu tun, daß die Katastrophenszenarien und geradezu apokalyptischen Untergangsvisionen, die in den 70er und 80er Jahren entworfen wurden, sich nicht (zur Gänze) bewahrheiteten. Der Gewöhnungseffekt angesichts der beinahe täglichen Horrormeldungen und die Erfahrung, daß die Welt „allen Unkenrufen zum Trotz“ immer noch „steht“, ließ die Umweltproblematik an Brisanz verlieren. Zudem wurden lange Zeit immer neue Erdöl-, Kohle- und Gasreservoirs entdeckt, die das oft vorgebrachte Argument der „Beschränktheit der Natur“ und ihrer „Schätze“ zwar nicht widerlegen, aber zumindest zu relativieren scheinen.<sup>124</sup>

Die Rückläufigkeit des Umwelt-Arguments hat aber sicherlich auch mit der Erfahrung der einschneidenden wirtschaftlichen Veränderungen im letzten Jahrzehnt zu tun, die viele Menschen nun auch in den „Zentren“ zutiefst verunsichert und um ihre persönliche wirtschaftliche und finanzielle Zukunft bangen läßt. Auch wenn es sich bei diesem Umstrukturierungsprozeß der Weltwirtschaft keineswegs um eine wirtschaftliche Rezession im üblichen Sinn des Wortes handelt, verliert das Argument des „Umweltschutzes“ in Krisenzeiten offensichtlich an gesellschaftlichem Stellenwert.

Nicht zuletzt werden das Bevölkerungswachstum und die damit angeblich unmittelbar in Zusammenhang stehende Arbeitslosigkeit, Armut und Instabilität zum Teil für die wirtschaftliche Unsicherheit und den Lohndruck in den Industrieländern verantwortlich gemacht.<sup>125</sup>

---

<sup>121</sup> KRENGEL 1994: 53.

<sup>122</sup> KRENGEL 1994: 54.

<sup>123</sup> Vgl. HEIM/SCHAZ 1996: 127; auch SCHLEBUSCH 1994: 82f.

<sup>124</sup> Vgl. beispielsweise LOTTER 1997; BUCHACHER/BUTTENHAUSER 1998: 66. Diese neu entdeckten Vorkommen befinden sich allerdings zunehmend in extremen Regionen oder Tiefen, sei es in den Ozeanen, sei es unter kilometerdicken Eismassen. Ihre Aufspürung und Ausbeutung, die durch neue Technologien ermöglicht wird, stellt also eine nochmalige Steigerung der Naturaneignung und –kontrolle dar. Daß die Ölförderung bereits seit nahezu zwei Jahrzehnten das Auffinden neuer Lagerstätten übertreffe, wird in ROSENKRANZ 2000: 135f. problematisiert; vgl. dazu auch SERWE 2000: 34.

<sup>125</sup> Vgl. BROWN/GARDNER/HALWEIL 2000: 50.  
In ROCKEFELLER STIFTUNG 1998 heißt es:

Die Armut in der Dritten Welt und mögliche Unruhen als Reaktion auf die soziale Kluft werden aber auch zu einer Bedrohung für den „Weltfrieden“ und die Industriestaaten erklärt, wenn es beispielsweise heißt: „Wenn es nicht gelingt die Elendsspirale aus Armut und Bevölkerungswachstum in der Dritten Welt zu stoppen, wird das Massenelend im Süden zum Stoff, aus dem globale Alpträume entstehen.“<sup>126</sup>

Der Verweis auf die angeblich von Migrationsbewegungen ausgehenden Gefahren, insbesondere die Destabilisierung der politischen Ordnung und eventuelle (Bürger-)Kriege, stellt ein geradezu „klassisches“ Argument im Überbevölkerungsdiskurs dar. Der Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum, Armut, Migration und Krieg wird meist als ein völlig logischer und selbstverständlicher präsentiert.<sup>127</sup> Zum Teil wird dabei auf die Erkenntnisse der Ethologie (Verhal-

---

„Armut und Instabilität wirken sich auf die wirtschaftliche Sicherheit der arbeitenden Familien in der ganzen Welt aus. Viele europäische Arbeiter – vor allem in der Industrie – konkurrieren jetzt um Arbeitsplätze mit Menschen aus den Entwicklungsländern, wo die Armut groß ist und die Löhne niedrig sind. Das drückt ständig auf die Löhne für die weniger Qualifizierten. Rasches Bevölkerungswachstum führt zu wirtschaftlicher Unsicherheit und verschärft die Einkommensunterschiede durch weltweiten Lohndruck.“ (a. a. O.: 10; vgl. dazu ähnlich a. a. O.: 22).

– Nicht das Bestreben der großen internationalen Konzerne, möglichst billige Produktionsbedingungen geboten zu bekommen, und der desaströse nationale Wettbewerb, solche „Standortvorteile“ zu bieten, schaffen diese Probleme, sondern es wird ganz im Malthus'schen Sinne mit einem Arbeitskräfteüberangebot aufgrund des hohen Bevölkerungswachstums (in den Entwicklungsländern) argumentiert.

<sup>126</sup> KLÜVER 1994a: 53.

<sup>127</sup> Darauf verweist auch HEIM 1999.

So heißt es beispielsweise in o. V., MENSCH 1991 unter dem Titel „Alle Menschen werden Krieger“:

„Auch daß junge Frauen in einem Lager der Eritreischen Volksbefreiungsfront zum Kampf mit der Waffe ausgebildet werden, ist eine typische Folge der Überbevölkerung. Kriege – sei es um Land, Nahrung oder Bodenschätze – brechen letzten Endes aus, wenn zu viele Menschen um begrenzte Ressourcen konkurrieren.“ (a. a. O.: 14 (Bildbeschriftung)).

In o. V., APOKALYPSE 1994 wird behauptet: „Doch ob der blaue Planet in zwei Generationen acht oder zwölf Milliarden Bewohner zählt – zwischen diesen beiden Szenarien öffnet sich für große Teile der Welt der Abgrund vom Frieden zum Krieg.“ (a. a. O.: 158f.). – Abgesehen von der „Weltraumperspektive“, aus der die Erde betrachtet wird, sticht der behauptete direkte Zusammenhang von Menschenzahl und kriegerischen Auseinandersetzungen ins Auge.

Ein umfassendes Konfliktszenario wird in APFELKNAB 1995 entworfen:

„Nationalismus, Fundamentalismus, Integrationsprobleme, organisiertes Verbrechen, Hunger und Elend aufgrund einer nicht einzudämmenden Überbevölkerung, Verknappung von Rohstoffen, Wasser und Energie, um nur die wesentlichsten Gründe zu nennen, liefern weltweit ausreichend Zündstoff für Krisen und Kriege.“ (a. a. O.: 1).

Der Bevölkerungswissenschaftler Schmid skizziert folgenden Problemzusammenhang:

„Die soziale Sorge um chancenlose Generationen [die jungen Menschen in der Dritten Welt, die als weitgehend unqualifizierte Arbeitskräfte auf eine zunehmend von High-

tensforschung) rekuriert, wonach zu große Dichte und zuwenig Lebensraum zu „Streß“, steigendem Aggressionspotential und Verhaltensstörungen führten.<sup>128</sup>

So wurde beispielsweise der „Bürgerkrieg“ im afrikanischen Ruanda 1994<sup>129</sup> von so manchem Kommentator auf die Übervölkerung dieses Landes zurückgeführt.<sup>130</sup> Ein derartiges (entpolitisiertes) Erklärungsmuster erspart jegliche Be-

---

tech geprägte und auf Rationalisierung angelegte Wirtschaftswelt treffen, B. R.] markiert eine neue Runde im Nord-Süd-Konflikt, denn er könnte die Welt in eine Katastrophe stürzen. Wie aus einem Schlangenei können religiöse Fanatismen und ethnisch-nationalistische Bewegungen hervorkriechen und Drittweltländer dazu verführen, die Immigrationsdrohung in das Repertoire ihrer Verhandlungsmacht aufzunehmen, wie sie es mit dem Ökologieproblem schon versucht haben.“ (SCHMID J. 1999b).

– Das Bild des „Schlangeneis“, aus dem die „fanatischen Bewegungen“ im Süden „hervorkriechen“, ist sicherlich nicht zufällig gewählt: Die Schlange steht in der westlichen Kultur für „Verschlagenheit“ und (urplötzliche, lebensbedrohliche) Gefahr; das Schlangenei (das kaum je alleine vorkommt) ruft Assoziationen eines (wimmelnden) „Schlangennests“, das „ausgeräuchert“ werden müsse, wach.

In AFHELDT 1998 wird in einem absonderlichen Szenario in „nichteuropäischen“ Menschen auch als Touristen eine Bedrohung gesehen, wobei wieder einmal die Gefahr der „gelben Horden aus dem Osten“ beschworen wird. Es heißt dort:

„Dennoch, auch 8 oder 9 Milliarden Nichteuropäer übermorgen sind ein enormes Potential, nicht nur für die Wirtschaft als hoffentlich dann wohlhabendere Käufer, sondern auch als Konfliktpotential weltweit und an unseren Grenzen, auch aber nicht nur als Migranten. Selbst wenn die dann 1,6 Milliarden Chinesen oder die 1,7 Milliarden Inder mit der gleichen Reiselust wie die der Deutschen heute als interessierte Touristen zu uns kämen, mit Videokameras am Gürtel statt der Säbel der Horden Dschingis Khans, sie würden Deutschland fast überschwemmen.“ (a. a. O.).

– Das Bild von Menschen als bedrohlicher „Flut“, die „eindringt“ und „überflutet“, ist keineswegs zufällig.

<sup>128</sup> Darauf verweist auch BENDRATH 1994: 13f.

So stellt beispielsweise der Verhaltensforscher Eibl-Eibesfeldt, der vom „Schlüsselproblem Übervölkerung“ (EIBL-EIBESFELDT 1994: 229) spricht, fest:

„Die global bisher ungebremste Vermehrung der Menschheit hat ökologische und soziale Folgen: Umweltzerstörung und die Vergeudung nicht nachwachsender Ressourcen einerseits sowie die Bildung von Massengesellschaften mit der Auflösung traditioneller Sozialstrukturen andererseits. Dies wiederum bedingt eine generelle Zunahme auch der kollektiven Aggressivität und des Mißtrauens, der Angst der Menschen voneinander.“ (ebd.)

<sup>129</sup> Vgl. zu den Ereignissen dort beispielsweise RICHTER-LYONETTE 1998: 160f. und 165-167; KAPUSCINSKI 1999: 164-183.

<sup>130</sup> Der Bevölkerungswissenschaftler Josef Schmid behauptet, daß sich „die“ Bevölkerungswissenschaft bereits Jahre vor den Massakern besorgt über Ruanda gezeigt hätte, da dort „eine der höchsten Geborenenziffern, enger Raum und dünne Ressourcenbasis zusammentreffen“ (SCHMID 1994a: 11); in AKTUELL (1994) Nr. 3, einem vom „Christlichen Hilfswerk“ herausgegebenen Mitteilungsblatt, heißt es unter dem Titel „Wenn Not zur Brutalität führt“ über Ruanda: „Seit ungefähr vierzig Jahren leben unversöhnte Ethnien zusammen und verteidigen oder erkämpfen ihr natürliches Recht auf Leben. [...] Die strukturell tiefste Ursache für den neu entbrannten Bürgerkrieg und Völkermord dürfte die Bevölkerungsexplosion sein.“ (a. a. O.); ganz ähnlich DIEßENBACHER 1994: 21f.; GRILL 1994: 32; KLINGHOLZ 1994a: 197f.; NATORP 1994b, wo zudem noch warnend festgestellt wird: „Es gibt viele Ruandas auf der Erde.“ (a. a. O.).

schäftigung mit der Geschichte, den politischen Verhältnissen und den kulturellen Traditionen in einem Land, von dessen Existenz viele Menschen im Norden vor den Massenmorden wahrscheinlich gar nichts wußten, sowie überdies eine Auseinandersetzung mit der „eigenen“ Geschichte und deren Zusammenhang damit.<sup>131</sup>

Obwohl der weitaus größte Teil der Flucht- und Migrationsbewegungen innerhalb und zwischen Ländern der Dritten Welt selbst stattfindet<sup>132</sup>, wird in der öffentlichen Meinung und in der Politik der westlichen Industriestaaten das Szenario eines drohenden „Ansturms“ der „armen Schlucker“ und vor politischen Wirren und Verfolgungen flüchtender Menschen auf die „Wohlstandsinseln“ entworfen.<sup>133</sup>

---

Politische Fragen und Konflikte werden auf angeblich biologische Faktoren zurückgeführt und damit vermeintlich erklärt.

Kritik an dieser Problemsicht wird beispielsweise in HOERING 1994 geübt.

131 Das Gebiet des heutigen Ruanda war bis nach dem Ersten Weltkrieg Teil „Deutsch-Ostafrikas“ und wurde nach der deutschen Niederlage bis zur Unabhängigkeit in den 60er Jahren kommissarisch von Belgien verwaltet.

132 Vgl. beispielsweise zur Migration in Afrika ADEPOJU 1993/1994. Bisher kaum wahrgenommen wird, daß es sich beim größten Teil der Flüchtlinge um Mädchen und Frauen handelt.

133 Vgl. beispielsweise DEDERICHS 1994: 108f.; SMUTEK-RIEMER 1994: 474. In JACOBI 1994 heißt es in überheblicher und abwertender Manier:

„Die Einwohner der Entwicklungsländer wissen vielleicht wenig. Rund eine Milliarde ihrer Erwachsenen sind Analphabeten. Doch sie wissen, daß es ein besseres Leben gibt, und daß die Menschen in den Industrienationen es führen. Wenn der Wohlstand nicht zu den Armen kommt, werden die Armen den Wohlstand suchen (Wirtschafts-asylanten).“ (a. a. O.)

– Der Begriff „Asylant“, der sprachlich an „Simulant“ erinnert, ist im Sinne einer „Vorspiegelung falscher Tatsachen“ überaus negativ besetzt.

In WÖHLCKE 1999, der das Thema Migration unter dem (Zwischen-)Titel „Die Ausdehnung der Dritten Welt nach Norden“ (a. a. O.: 24) behandelt, wird insbesondere die „Beeinträchtigung der nationalen Einheit und kulturellen Identität“ (ebd., Hervorh. im Original) der Aufnahmeländer problematisiert, denn: „Große Migrationsströme produzieren große Minderheiten, und diese assimilieren sich in der Regel schlecht, wenn sie aus einem extrem andersartigen soziokulturellen Umfeld stammen.“ (ebd.). „Kultur“ erscheint hier als unwandelbare Konstante, die angeblich erklärt, warum sich Menschen besser oder eben schlechter in ihr neues (scheinbar ebenfalls völlig homogenes) „Umfeld“ einfügen. Doch damit nicht genug:

„Die Zielländer von Migrationen ‚importieren‘ häufig Probleme und Spannungen aus den Herkunftsländern<sup>[...]]</sup>, zum Beispiel organisierte Kriminalität oder politische Konflikte, die auf ihrem Territorium ausgetragen werden, wobei die große Liberalität westlicher Gesellschaften extensiv in Anspruch genommen wird. Bekanntlich reicht dies bis zum offenen Terrorismus. Die Überforderung der Integrationsfähigkeit der einheimischen Bevölkerung – womöglich in Kombination mit der Integrationsunwilligkeit bzw. –unfähigkeit der zugewanderten Minderheit<sup>[...]]</sup> – kann Spannungen und fremdenfeindliche Handlungen begünstigen, welche in Konflikt mit den Grundwerten westlicher Gesellschaften stehen, vom außenpolitischen Schaden ganz abgesehen (‚Ausländerfeindlichkeit‘)<sup>[...]]</sup>.“ (ebd.).

– Rassistische Gewalt und Diskriminierung erscheinen hier als bloßes „Werteproblem“, das insbesondere wegen des „Image-“ und vermutlich auch ökonomischen Schadens in den Außenbeziehungen Probleme aufwirft. Die „Integrationsfähigkeit“ der „einheimischen“ Bevöl-

---

kerung scheint ab einem bestimmten „Grenzwert“ an „Fremden“ zwangsläufig überfordert, abgesehen davon, daß die Ursache von „Fremdenfeindlichkeit“ in den MigrantInnen selbst geortet wird, welche die „liberale Grundordnung“ der westlichen Gesellschaften „ausnützen“, um die von ihnen „mitgebrachten“ Konflikte auszutragen. Wöhlcke fürchtet weiters, daß die „Migrationsströme“ zunehmend als Mittel politischen Drucks von Diktatoren aus dem Süden eingesetzt würden:

„Das in den westlichen Ländern garantierte politische Asyl mag in Zukunft von Despoten auf der ganzen Welt als Erpressungsinstrument benutzt werden, da sie jederzeit nicht nur ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘, sondern ‚echte‘ politische Flüchtlinge produzieren können, zu deren Aufnahme sich die westlichen Länder qua Verfassung verpflichtet haben.“ (ebd.).

– Die bestehenden ökonomischen und politischen Machtverhältnisse lassen allerdings eher eine umgekehrte Erpressung vermuten, nämlich eine Verpflichtung der armen Länder darauf, ihre Bürger(innen) „zurückzunehmen“ beziehungsweise am besten gleich von der Abwanderung abzuhalten. Im übrigen versuchen sich die westlichen Länder dieser ihrer „Verpflichtung“ zur Aufnahme „echter“ politischer Flüchtlinge gerade massiv zu entledigen. Wöhlcke kämpft schließlich noch gegen das Feindbild „multikulturelle Gesellschaft“ an, ohne zu definieren, was er darunter eigentlich versteht. Er schreibt: „Auch wenn es nicht den in den westlichen Industrieländern vorherrschenden liberalen Grundsätzen entsprechen mag, sollte die Entwicklung in Richtung multikultureller Gesellschaft nicht ohne Skepsis betrachtet werden.“ (a. a. O.: 28f.).

In ähnlicher Weise wird in APFELKNAB 1995 konstatiert: „Eine der zwangsläufigen Folgen dieser Migrationen ist beispielsweise die Entstehung einer multikulturellen Gesellschaft. Der einzelne Staatsbürger weiß sehr wenig über sie, und es können auch kaum Beispiele für gelungene Gesellschaften dieser Art gefunden werden.“ (a. a. O.: 5).

Auch der Demograph Schmid, der à la Samuel Huntington von einem „Kampf der Kulturen“ (SCHMID J. 1999a: 18) ausgeht, kommt zu dem Schluß: „Die Schlagworte ‚Toleranz‘, ‚Weltoffenheit‘ und ‚Multikultur‘ stehen für romantisch-weltfremdes Laisser-faire und führen Probleme auf Erziehungsfehler der Einheimischen zurück.“ (a. a. O.: 21). Er kritisiert, in Deutschland werde „nie die Frage nach den politischen und sozialen Folgen dieser Zuwanderung gestellt bzw. nach den Existenzgrundlagen oder der Brauchbarkeit der Zuwanderer“ (ebd.). Es gehe nämlich

„nicht nur um Einwanderer an sich, sondern um den Erhalt eines hochqualifizierten Erwerbspotentials. Die Integrationskosten für kulturferne Einwanderergruppen wären so hoch, daß es demgegenüber gerechtfertigt wäre, ein Geburtenförderungsprogramm einzuleiten, auch wenn man seit Jahren weiß, daß dies kein bequemes gesellschaftliches oder staatliches Unterfangen wäre.“ (ebd.)

– Die „Kinder-statt-Inder“-Kampagnen in Deutschland im Frühjahr 2000 scheinen hier ebenso vorweggenommen wie die Schwerpunktsetzung auf gezielter, „gewünschter Einwanderung“ aufgrund der (ökonomischen) Nützlichkeit von (bestimmten) ImmigrantInnen. Auch der Bevölkerungswissenschaftler Münz betont in einem Interview, daß Zuwanderung nur dann zur Lösung der (zukünftigen) demographisch bedingten Arbeitskräfte- und Pensionsprobleme beitrage, wenn es sich um legale EinwanderInnen mit einem Erwerbsarbeitsplatz handele, die entsprechend Steuern und Beiträge bezahlten (vgl. ANTWORT 2000). Noch wesentlich deutlicher tat Schmid seine Meinung zur „Einwanderungsfrage“ in einem Artikel aus dem Jahr 1996 kund, in dem er verkündet:

„Der Glaube an die ‚Gestaltbarkeit‘ des Zuwanderungsdrucks in Form einer geordneten Kontingentierung oder aber die Ausrufung einer ‚multikulturellen Gesellschaft‘ ist absurd. Selbst wenn sich Bruchteile dieser Völker auf Wanderschaft begeben, bilden sie in ihrer Summe ein Einwanderungspotential, das ohne jede Diskussion abgewehrt werden muß.“ (SCHMID 1996a: 24).

Nicht thematisiert wird hingegen, daß in den westlichen Industriestaaten große

---

Er sorgt sich um die „europäische Kultur“, an der die Welt offensichtlich „genesen“ solle und müsse:

„Selbst eine Niedrigrechnung des Einwanderungsdrucks auf den Norden läßt noch so viel Raum für Abwanderung aus dem Süden, daß allein damit Westeuropa nicht mehr wiederzuerkennen, seine soziale und politische Ordnung hinfällig und seine Leistungen für die Weltgemeinschaft beendet wären. Der rettende demo-ökologische Übergang ist ohne ein intaktes und leistungsfähiges Europa nicht zu schaffen. Es kann nicht sein, daß sich Europa dasjenige – sehendes [sic!] Auges – ins eigene Haus holt, was es anderswo zu beheben aufgerufen ist.“ (a. a. O.: 25).

– Das, was sich Europa da „ins Haus“, also ins „eigene Innere“, zu holen ansichke, soll wohl „die Überbevölkerung“ samt ihren (angeblichen) Folgeproblemen sein. Schmid sieht speziell das Fortbestehen Deutschlands in Gefahr, denn:

„Falls Deutschland nicht eine Kulturrevolution an sich selbst vollzieht, sein exklusives Geschichtsbewußtsein eines hypermoralischen deutschen Sonderwegs (an dem wieder einmal die Welt genesen soll) samt Füllhornmentalität nicht bald in nüchternes Zukunftsbewußtsein und Knappheitsdenken umwandelt, wird es das Ende des 21. Jahrhunderts nicht mehr erleben – weder als Nation noch als eine demokratische Gesellschaft. Nur wer der Vernunft rechtzeitig auch im Inneren dient, kommt äußeren Zwängen zuvor.“ (ebd.).

– Schmid nimmt eine Uminterpretation des „deutschen Sonderwegs“, der üblicherweise in Hinblick auf die Genese des Nationalsozialismus diskutiert wird, im Sinne einer angeblichen Dominanz einer (einwanderungsfreundlichen) „Moralboheme“ (SCHMID 1996a: 24) in Reaktion auf diese „geschichtliche Katastrophe“ vor. Als „vernünftig“ und „realitätskonform“ gelten ihm die Abschottung und die Abwehr der „anstürmenden Massen“, wobei er sich über die einzusetzenden Mittel (wohlweislich?) ausschweigt. Er konstruiert ein Szenario „äußerer Zwänge“ und Bedrohungen, wonach „Nation“ und „Demokratie“ (in dieser Reihenfolge) nur durch vorwegnehmendes „entschlossenes Handeln“ gerettet werden könnten.

Auch der Demograph Birg sorgt sich wegen der drohenden „Bevölkerungsschrumpfung“ und des zunehmenden „Einwanderungsdrucks“ auf Deutschland und wirft der Politik Versagen durch schlichtes Ignorieren der Probleme vor. Er stellt in dem Zusammenhang fest: „Niemand kann und darf dazu gezwungen werden, zum Arzt zu gehen, der ihm eventuell negative Diagnoseergebnisse mitteilen könnte. Aber gibt es in bezug auf die demographische Entwicklung ein analoges Recht auf Nichtwissen?“ (BIRG 1996c). Demographen werden mit Ärzten verglichen: Sie hätten unangenehme und unerfreuliche „Diagnoseergebnisse“, die sie am „Nationenkörper“ festgestellt hätten, mitzuteilen, und diese seien seitens der Politik zur Kenntnis und ernst zu nehmen. Birg kommt zu dem Schluß: „Der mangelnde politische Gestaltungswille unseres Landes auf demographischem Gebiet läuft auf einen demographischen Selbstversuch hinaus, auf ein Experiment mit zweifelhaftem Ausgang, [...]“ (ebd.) Und weiter:

„Werden die Jungen in Zukunft wieder fragen, wie es kam, daß Deutschland sich (und seine Nachbarn) durch das Treibenlassen seiner demographischen Probleme im 21. Jahrhundert auf eine existenzbedrohende Weise gefährdete wie durch die beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert? Unsere Gesellschaft scheint sich nicht darüber im klaren zu sein, wie gewaltig die demographisch bedingten Probleme sind, die auf dieses arme reiche Deutschland zukommen und an denen dieses Land nicht ein drittes Mal scheitern darf.“ (ebd.)

– Der Erste und Zweite Weltkrieg werden nicht auf die aggressive, expansionistische Politik seitens Deutschlands (und anderer Länder) zurückgeführt, sondern auf das „Treibenlassen“ in demographischen Belangen. Deutschland wird als „armes, krankes Subjekt“ konzipiert, dem (seitens der Demographie) dringend „helfend“ beizuspringen sei.

Nachfrage nach billigen, „willigen“ und keine Probleme machenden (legalen und insbesondere auch illegalen) Arbeitskräften in den Haushalten, der Landwirtschaft, dem Gesundheitswesen, der Industrie und in der Unterhaltungsindustrie (Striptease, Prostitution) herrscht.<sup>134</sup>

Die Aufteilung von MigrantInnen in unterschiedliche Statusgruppen mit entsprechend unterschiedlichen Rechten erfüllt eine wesentliche Funktion für die westliche Wirtschafts- und Lebensweise und die Aufrechterhaltung der weltweiten Herrschaftsverhältnisse.<sup>135</sup> Der moderne Rassismus ist wesentlich ein durch staatliche Interventionen und Vorschriften (wie beispielsweise „Ausländer-“, „Asyl-“ oder „Einwanderungsgesetze“) vermitteltes Verhältnis zu „den Anderen“, das in den realen weltwirtschaftlichen Machtverhältnissen seinen Ausdruck wie seine Bestätigung erfährt.<sup>136</sup>

Es besteht ein klarer Zusammenhang zwischen dem Überbevölkerungsdiskurs und den Diskursen über „Einwanderungs-, Asyl- und Flüchtlingspolitik“ innerhalb der Industriestaaten.<sup>137</sup> Vielfach erfolgt eine Berufung auf die Erkenntnisse der Ethnologie, um zu „erklären“, warum eine „multikulturelle (Immigrations-)Gesellschaft“ (was immer das im einzelnen bedeutet) nicht funktionieren könne.<sup>138</sup>

---

<sup>134</sup> Vgl. dazu LE BRETON BAUMGARTNER 1998: 119-121, die sich insbesondere mit der „weiblichen Migration“ auseinandersetzt; vgl. auch MOSLER 2000: 55.

<sup>135</sup> Daß auch (beispielsweise bundesdeutsche) Frauen durch MigrantInnen vielfach von der Ausübung der schlechtesten und am niedrigsten bezahlten Jobs befreit wurden, betont WESTPHAL 1996: 26.

<sup>136</sup> Vgl. GUTIÉRREZ RODRÍGUEZ 1996: 105; DITTRICH 1991: 32.

<sup>137</sup> So heißt es beispielsweise in WÖHLCKE 1999: „Als Folge des starken Wachstums der Weltbevölkerung wird der Migrationsdruck der armen auf die reichen Länder immer spürbarer.“ (a. a. O.: 24); auch in MÜNZ 1995: 37 wird als einer der „Push-Faktoren“ für die Migration in Richtung der (europäischen) Industriestaaten der durch das hohe Bevölkerungswachstum ausgelöste „demographische Druck“ in vielen der „Hauptentsendeländer“ benannt; ähnlich argumentiert auch BRAUCH 1997: 56.

<sup>138</sup> Vgl. APFELKNAB 1995: 5f.

Der Verhaltensforscher Eibl-Eibesfeldt legt dar, daß Immigration in ein bereits von einer „anderen Ethnie“ bewohntes Land grundsätzlich problematisch sei, da dies „geradezu automatisch territoriale Abwehrreaktionen“ (EIBL-EIBESFELDT 1994: 130) auslöse. – Soziale und politische Konflikte werden zu scheinbar natürlich-biologischen erklärt und das Konzept des „Volkes“, das um seinen „Lebensraum“ kämpfe, notdürftig mit dem Begriff „Ethnie“ bemäntelt.

Überdies sei nicht auszuschließen, daß es zu einer „Majorisierung der autochthonen Bevölkerung“ (a. a. o.: 131) komme, wenn sich das „potentiell“ unterschiedliche Fortpflanzungsverhalten von „Einheimischen“ und „immigrierenden Ethnien“ über mehrere Generationen fortsetze.

Eibl-Eibesfeldt warnt andererseits allerdings vor der Gefahr, daß sich die „einheimische“ Bevölkerung auf einen „Kampf der Wiegen“ (a. a. O.: 150) einlasse, der ökologisch verheerend wäre, da die „Tragfähigkeit“ der westlichen Industriestaaten bereits überschritten sei. Er stellt fest: „Ein Gesundshrumpfen der Gesamtbevölkerung wäre durchaus wünschenswert, doch darf dieser Prozeß sich nicht nur auf die einheimische Bevölkerung erstrecken, und er muß auch auf einem optimalen Niveau zum Stillstand kommen.“ (a. a. O.: 150). Er rät daher „von so hochrisikobehafteten Experimenten wie dem Aufbau einer multikulturellen Immigrationsgesellschaft in aller Eindringlichkeit ab“ (a. a. O.: 158). – Eibl-Eibesfeldt

In den letzten Jahren wurde in vielen europäischen Staaten (so auch in der vereinigten BRD) eine erhebliche Verschärfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen vorgenommen sowie auf EU-Ebene eine verstärkte Kooperation und Abstimmung der jeweiligen Vorgehensweisen angestrebt.<sup>139</sup> Beitrittsaspiranten zur „Union“ werden auf strikte (gesetzliche wie technologische) Maßnahmen zur Verhinderung „illegaler“ Grenzübertritte verpflichtet. Es dürfte keine allzu gewagte Spekulation sein zu vermuten, daß die „effiziente Zurückhaltung der Flüchtlingsströme“ innerhalb der Dritte-Welt-Staaten in ähnlicher Weise wie Bevölkerungskontrollprogramme oder „Naturschutz“ zur internationalen Bedingung für neue Kredite, Umschuldung oder partiellen Schuldenerlaß werden dürfte.<sup>140</sup>

Das Thema „Migration“ hat die „kommunistische Gefahr“ als *die* Bedrohung schlechthin für den „Weltfrieden“ abgelöst.<sup>141</sup>

Vielfach wird Migration in die westlichen Industriestaaten als gezielter aggressiver Akt dargestellt. So entwirft der Politologe Claus Kernig ein drastisches, in Kategorien von Kriegsgegnern gedachtes Szenario: „Nach alten militärischen Regeln reicht sechsfache Übermacht zum Angriff. Die Politiker und Prediger sollten jetzt, wo die fünffache erreicht ist, darüber nachdenken, daß der Angriff der Armen nur noch in ihrer Wanderung in die Wohlstandsgefülle des Westens bestehen kann.“<sup>142</sup>

---

behandelt „Bevölkerung“ als plan- und manipulierbare Größe, wobei er offen läßt, wie das eigentlich erforderliche „Schrumpfen“ auf ein „Optimum“ erreicht werden soll.

<sup>139</sup> Vgl. dazu beispielsweise VASEK 1998.

<sup>140</sup> Diese Vermutung findet ihre Bestätigung beispielsweise in einem Strategiepapier zu Asyl- und Migrationspolitik, das während der österreichischen EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1998 vorgelegt wurde. – Vgl. STRATEGIEPAPIER (Auszüge) 1998: 35.

<sup>141</sup> Vgl. beispielsweise LASZLO 1992: 72; GEIGER 1991.

EIBL-EIBESFELDT 1994 hebt wiederholt hervor: „Die Probleme der Dritten Welt können nicht durch Aufnahme der Notleidenden von dort gelöst werden. Ihre Lösung hat vielmehr eine wirksame Bevölkerungskontrolle zur Voraussetzung. Nur eine solche kann einen dauerhaften Weltfrieden garantieren.“ (a. a. O.: 235).

Auch Timothy Wirth, stellvertretender US-Außenminister für Globale Fragen, stellte in einem Interview klar, daß das Bevölkerungswachstum nicht nur eine Bedrohung der nationalen Sicherheit einzelner (Industrie-)Staaten und der „globalen Sicherheit“ via Migration darstelle, sondern zunehmend für die Stabilität der betroffenen ärmeren Staaten selbst problematisch sei. Seiner Einschätzung nach sei die „Stabilisierung“ der Weltbevölkerung, die „wir“ möglichst schnell herbeiführen müßten, „ein unglaublich wichtiger Beitrag zum Weltfrieden“ (BEITRAG 1994: 47).

<sup>142</sup> KERNIG 1994 [man/frau könnte ja fast behaupten, nomen est omen!, B. R.].

In CHIMELLI 1993, der sich dem Problem widmet, daß erstmals seit zweitausend Jahren südlich des Mittelmeers mehr Menschen lebten als nördlich davon (und das mit steigender Tendenz), wird behauptet, daß ein demographisches „Übergewicht“ (a. a. O.: 134) „immer“ kriegerische Ausgriffe und Unterwerfungsfeldzüge zur Folge gehabt habe, wofür er allerdings nur Angriffe der Europäer auf andere Völker als Belege anführt (vgl. a. a. O.: 134f.). Implizit behauptet er somit die Gefahr einer (schleichenden) „Eroberung“ Europas durch die zahlenmäßig überlegenen muslimischen MittelmeeranrainerInnen.

Ein ähnliches Bedrohungsszenario aufgrund der ungleichen demographischen Tendenzen südlich und nördlich des Mittelmeers entwirft auch SCHÖPS 2000: 148.

Verwiesen wird immer wieder auch auf die militärische Bedrohung durch die Weiterverbreitung atomarer, bakteriologischer und chemischer Waffen in Staaten der Dritten Welt seit dem Ende der großen „Ost-West“-Systemkonfrontation.<sup>143</sup> Zu dieser Aufrüstung trugen und tragen die bisherigen Monopolstaaten allerdings selbst wesentlich bei.<sup>144</sup> Laut Einschätzungen von Militärstrategen und Verteidigungsexperten sei das Risiko während des „atomaren Patts“ zwischen den Großmächten unter Kontrolle und kalkulierbar gewesen, während heute die Wahrscheinlichkeit (begrenzter) atomarer Konflikte wesentlich erhöht sei.<sup>145</sup> In diesem Zusammenhang werden zwischenstaatliche Konflikte beziehungsweise Kriege – wie beispielsweise jener zwischen den „inoffiziellen“ Atommächten Indien und Pakistan – erwähnt, die hart und nur mittels internationaler Vermittlung an einer atomaren Auseinandersetzung „vorbeigeschrammt“ seien. Bei Kriegen, in welche die Großmächte verwickelt waren oder sind, wie zum Beispiel Kosovo oder Tschetschenien, scheint diese Gefahr hingegen nicht zu bestehen.

In wechselnder Besetzung wurde und wird beispielsweise anhand der Führer Irans (Khomeini), Libyens (Ghaddafi), des Irak (Hussein<sup>146</sup>) oder neuerdings auch „Restjugoslawiens“ (Milosevic) das Bild des „den Westen“, seine „Werte“ und seine „Interessen“ angreifenden, „fanatischen“ und „wahnsinnigen Diktators“ (aus dem Süden) gezeichnet.<sup>147</sup> Hinsichtlich dieser Liste von Staatschefs (die zweifellos erweiterbar beziehungsweise – wenn auch keineswegs beliebig – austauschbar ist) gehen die Bedrohungsszenarien nahtlos in jene über, welche die Weitergabe hochbrisanten und –gefährlichen Waffenmaterials in die Hände von „Terroristen“ sämtlicher Couleur beschwören.<sup>148</sup> Nicht zuletzt wird das Szenario von „Schur-

<sup>143</sup> Vgl. KLÜVER 1994a, der die Ansicht vertritt, daß die „kalkulierte Drohung mit dem *Armageddon*“ (a. a. O.: 141, Hervorh. B. R.) während des „Kalten Krieges“ einer diffuseren und unberechenbareren Bedrohung gewichen sei.

Das Armageddon taucht in der Apokalypse des Johannes 16,16 auf (vgl. BIBEL 1982: 289) und meint dort jenen „mythische[n] Ort, an dem die bösen Geister die Könige der gesamten Erde für einen großen Krieg versammeln“ (DUDEN 1993 Bd. 1: 255).

Hier bezeichnet der Begriff die Katastrophe einer Auslöschung der Menschheit oder gar „allen Lebens“ durch einen Atomkrieg zwischen den Supermächten USA und UdSSR. Im Vergleich zu den neuen Bedrohungsszenarien scheint dies allerdings noch eine „übersichtliche“ und kalkulierbare Gefahr gewesen zu sein.

Vgl. auch SMUTEK-RIEMER 1994: 477.

<sup>144</sup> In WÖHLCKE 1999 wird „eine Verschärfung des Nord-Süd-Konflikts“ (a. a. O.: 23) prophezeit und ein militärisches Bedrohungsszenario aufgrund der „explosiven“ Bevölkerungsentwicklung und der zunehmenden militärischen Aufrüstung in „den“ Ländern des Südens entworfen. Er stellt fest: „Die Bemühungen der Industrieländer, die Länder der Dritten Welt zu entwickeln und sie mittels Technologie und Rüstungstransfer sicherheitspolitisch zu stabilisieren, könnten also auch unerwünschte Effekte haben<sup>[...]</sup>.“ (a. a. O.: 23).

<sup>145</sup> Vgl. beispielsweise HAMANN 1999b.

<sup>146</sup> So wird Saddam Hussein beispielsweise in der Anfangszeit der Kuwaitkrise, die den zweiten Golfkrieg nach sich zog, mit der Begründung zum „Bösewicht“ erklärt, daß er – zwecks Soldatenproduktion – keine Verhütungsmittel in seinem Land zulasse, was dazu führe, daß die Geburtenrate eine der höchsten überhaupt sei (vgl. KLÜVER 1990).

<sup>147</sup> Vgl. dazu auch LINK 1991: 18.

<sup>148</sup> Vgl. beispielsweise APFELKNAB 1995: 3.

kenstaaten“ bemüht, um in den USA die abgeschlankte Version eines „Abwehrschildes“ ähnlich dem Reagan’schen SDI-Programm gegen atomare, chemische und biologische Waffen zu rechtfertigen.<sup>149</sup>

Obwohl es angesichts der jahrzehntelangen Überbevölkerungshysterie vollkommen paradox erscheinen mag, wird neuerdings die zunehmende „Alterung der Weltbevölkerung“ diskutiert.<sup>150</sup> Auch den Ländern der Dritten Welt drohe in absehbarer Zeit die Problematik der „Überalterung der Gesellschaft“, die angesichts der dort kaum vorhandenen Systeme zur Altersvorsorge besonders starkes innergesellschaftliches Konfliktpotential besitze.<sup>151</sup> Vorderhand sei dies allerdings vor allem für die Industrieländer ein akutes und drängendes Problem.<sup>152</sup> Für die Ent-

---

149 Vgl. HOFFMANN-OSTENHOF 2000: 104.

150 Beispielsweise ist in EHRENSTEIN 1998 von drohender „Vergreisung“ (a. a. O.) der Weltbevölkerung die Rede.

151 Vgl. beispielsweise IMHOF 1992: 45; WESTHOFF 1997: 21; CHASTELAND 1993/1994; (se) 2000a: 1f.; o. V., FLEXIBILITÄT 1995; in SIEBERT 1993/1994 heißt es: „Dem Baby-Boom folgt der Alten-Boom.“ (a. a. O.: 49); vgl. auch das von den Demographen Heinz Fassmann und Rainer Münz entworfene Zukunftsszenario für das Jahr 2050 (vgl. FASSMANN/MÜNZ 1994).

Darauf, daß die überwiegende Zahl der alten und sehr alten Menschen weiblichen Geschlechts sein werden, weist der Direktor der UN-Bevölkerungsabteilung, Joseph Chamie, hin (vgl. REDE 1999: 8).

152 Vgl. LASZLO 1992: 55. In GEISSLER 1999 ist davon die Rede, daß die niedrigen und nahezu überall weiter abnehmenden Geburtenraten in Europa im Verlaufe des 21. Jahrhunderts eine Entvölkerung „[w]ie die Pest“ (a. a. O.: 137) bewirkten, falls keine Zuwanderung stattfinde. Als Heilmittel erster Wahl „gegen die demografische Katastrophe“ (ebd.) wird allerdings ein „Ende des Geburtenstreiks“ (ebd.) eingestuft, der aber nicht abzusehen sei. Es sei zu erwarten, daß „ein alternder, wirtschaftlich schwacher Westen von immer mehr jungen und wirtschaftlich starken Länder umringt sein und mit Ausnahme der USA unweigerlich die Macht an die Entwicklungsländer abtreten müssen“ (a. a. O.: 138) werde. – Hinter den Sorgen über die demographische Entwicklung wird die Frage der weltweiten Machtverteilung erkennbar.

Der Verhaltensforscher Eibl-Eibesfeldt sieht die „Kultur des Westens“ durch maßlosen Hedonismus und Individualismus in Gefahr, wobei er den feststellbaren Bevölkerungsrückgang auf die angeblich zunehmende Kinderfeindlichkeit zurückführt (den Geburtenrückgang also unter Ausblendung sämtlicher struktureller Ursachen zum individuellen „Gefühlsproblem“ erklärt). Er plädiert dafür, statt immer mehr für die „Alten“ auszugeben, lieber kinderfreundliche Investitionen zu tätigen und Förderungen für Kinder zu vergeben, wobei er – in „klassisch“ eugenischer Tradition stehend – fordert, daß diese finanziellen Zuwendungen keineswegs unterschiedslos „allen“ zugute kommen dürften (vgl. EIBL-EIBESFELDT 1994: 17f.). Bei aller Sorge um den „rar werdenden“ Nachwuchs kann Eibl-Eibesfeldt der Bevölkerungsentwicklung aber durchaus Positives abgewinnen:

„Die vom Bevölkerungsschwund betroffenen Länder Europas täten gut daran, auf das Absinken ihrer Bevölkerung nicht gleich mit Panik zu reagieren und über Immigrationsförderung einen vorschnellen Ausgleich zu suchen, sondern den Vorgang als einen Anpassungsprozeß an die Tragkapazität ihrer Länder aufzufassen.“ (a. a. O.: 176).

Auf die „demographische Schwäche“ (SCHMID J. 1999b) und das Bevölkerungsproblem des Nordens, das in Geburtenmangel und steigender Lebenserwartung bei zunehmender Arbeitslosigkeit und hohen Ansprüchen an die soziale Absicherung bestehe, wird auch in SCHMID 1996a: 22 hingewiesen.

wicklungsländer löse die Frage, wer denn die zunehmende Zahl der „Alten“ erhalten und versorgen solle, das Problem der Bevölkerungsexplosion nicht einfach ab, sondern stelle sich für längere Zeit gleichsam zusätzlich zu diesem.<sup>153</sup>

Gemäß der in der westlichen Kultur tief verankerten Dichotomie von „Körper“ und „Geist“, die mit „Weiblichkeit“ und „Männlichkeit“ codiert sind, gilt der weibliche – und eben nicht der männliche – Leib aufgrund seiner (potentiellen) Fähigkeit, neues Leben hervorzubringen als „Natur“, die es zu beherrschen gelte, da sie wahlweise durch ihre „Überfruchtbarkeit“ den „gesamten Planeten in den Abgrund zu reißen“ drohe, oder aber „zu wenige“ beziehungsweise „falsche“, die „Qualitätsnormen“ nicht erfüllende Kinder hervorbringe.

Bevölkerungspolitische Interventionen (ob geburtenfördernder oder geburtenverhindernder Art) stellen einen wesentlichen Aspekt des (patriarchalen) Projekts der Naturbeherrschung dar, dem nicht nur die „äußere“, sondern auch die „eigene“, „innere Natur“ unterworfen wird. Die Eingriffe insbesondere in die „weibliche Natur“ werden gerade damit legitimiert, daß sie ohne diese nur Chaos und Tod produziere, also der „vernünftigen Steuerung“ und „Kontrolle“ bedürfe. Der Vorwurf der „Todesbringerin“ an die Frau, gekoppelt mit dem ihrer „Fleischlichkeit“ und „Sündhaftigkeit“, stellen lange tradierte christliche Vorstellungen dar.<sup>154</sup>

Es kann vermutet werden, daß der Zusammenbruch der sozialistischen Systeme Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre wesentlich dazu beigetragen hat, das (historisch wesentlich ältere) Thema der „Nord-Süd-Beziehungen“ wieder verstärkt in den Blickpunkt zu rücken.<sup>155</sup> Dabei stand und steht allerdings nicht mehr die Fra-

---

<sup>153</sup> Vgl. HAMANN 1998b: 95f.; (hz) 1998b (I): 1f.; SKRIVER 1996; KLÜVER 1999; der Professor für Entwicklungssoziologie an der Uni Basel und Leiter der „Novartis Stiftung für Nachhaltige Entwicklung“, Klaus Leisinger, stellt dazu in einem Interview fest: „Die Botschaft [daß die Weltbevölkerung altere, B. R.] ist nicht falsch, aber sie könnte den irreführenden Eindruck erwecken, das Bevölkerungswachstumsproblem in den Entwicklungsländern sei sekundär. Nein, es ist immer noch das primäre Problem.“ (ARMUTSFRAGE 1999).

<sup>154</sup> Vgl. BRAUN 1995: 190f.; auch DELUMEAU 1989: 474.

<sup>155</sup> Insofern ist die Behauptung, daß der Krieg zwischen Nord und Süd mit dem Ende der „Systemkonfrontation“ begonnen habe (vgl. GRUBBE 1994: 160), nicht richtig. In KLÜVER 1994a findet sich die Behauptung, daß die Kluft zwischen Norden und Süden bezüglich Bevölkerungszahl, wirtschaftlicher und politischer Macht, Reichtum und anderem mehr zum „dominierenden Problem des kommenden Jahrhunderts“ (a. a. O.: 8) geraten werde. Der Autor ortet das Problem insbesondere in der zunehmenden Betroffenheit des Nordens von den Schwierigkeiten des Südens, mit denen der Norden offensichtlich in keinerlei ursächlichem Zusammenhang steht. Er resümiert: „Der Süden verändert unser Leben, nur wer will das schon wahrhaben?“ (a. a. O.: 10). Das „wir“, das hier angesprochen wird, umfaßt offensichtlich nur die BewohnerInnen der Industriestaaten. Der sich „überall“ in Europa zeigende „Fremdenhaß“ wird als Reaktion der Menschen im Norden auf die Erkenntnis dieser Problembetroffenheit erklärt, und damit die Menschen aus dem Süden selbst für die ihnen entgegengebrachte Ablehnung und Gewalt verantwortlich gemacht. Schließlich wird auch die Behauptung aufgestellt, daß es „natürlich“ auch innerhalb der Staaten der Dritten Welt „Fremdenfeindlichkeit“ gebe (vgl. a. a. O.: 70), was als „klassischer“ Relativierungs- und Problemverschiebungsversuch zu werten ist. Der zunehmende Problemdruck werde den Norden „zum Handeln zwingen“ (a. a. O.: 15), wobei aber offen gelassen wird, worin dieses Handeln besteht. Es wird damit der Eindruck

ge einer (wie auch immer fragwürdigen) „(Nach-)Hilfe“ für die armen, „zurückgebliebenen“ Länder auf dem Programm, sondern eher Versuche der Abgrenzung und Abschottung. Die Frage der Bevölkerungsexplosion spielt dabei eine ganz zentrale Rolle.<sup>156</sup>

Mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Sicherung des „Überlebens“ als „Spezies“ und auf die Lebenschancen „künftiger Generationen“ werden einzelne, heute bereits lebende Individuen einem abstrakten „Ganzen“ gegenüber als „nachrangig“ bestimmt.<sup>157</sup> In Anbetracht des Imperativs des „globalen Überlebens“ scheinen radikale Maßnahmen notwendig und gleichzeitig auch schon legitimiert: Im Rahmen des Überbevölkerungsdiskurses werden zum Teil Lösungsvorschläge formuliert, die bis zu offener Gewalttätigkeit reichen.

Es geht dabei nicht darum, vor der Gefahr eines „möglichen“ oder „zwangsläufigen“ Fortschreitens von der „Theorie“ zur „Praxis“ im Sinne eines „Eskalationsmodells“ zu warnen, da die Trennung zwischen „Sprache“/„Denken“ und „Handeln“ nicht vorgenommen werden kann.<sup>158</sup>

---

eines „Sachzwangs“, dem „man“ sich zu beugen habe, erweckt. Die Industriestaaten werden als „passive Opfer“ und „Getriebene der Verhältnisse“ dargestellt.

156 So wird beispielsweise in EIBL-EIBESFELDT 1994 formuliert: „Wenn keine Umkehr des gegenwärtigen Trends der Bevölkerungsvermehrung erfolgt, dann kann Europa sich nur großräumig [sic!] unter Einbeziehung der osteuropäischen Länder von den Armutsländern der Dritten Welt abschotten.“ (a. a. O.: 182).

157 So ist beispielsweise in BROWN/GARDNER/HALWEIL 2000 vom „wachsenden Konflikt zwischen den reproduktiven Rechten der heutigen Generation und den Überlebensrechten der nächsten“ (a. a. O.: 19) die Rede.

Der Entwicklungssoziologe Klaus Leisinger stellt die Frage:

„Was also tun, wenn die Wahrung der Menschenwürde und die volle Entfaltung der Persönlichkeit heutiger Generationen in Widerspruch gerät zur Wahrung der Würde unserer Nachfahren? Ist es ethisch zu rechtfertigen, den Menschen jetzt Opfer abzuverlangen, damit es in hundert Jahren jenen Menschen, die heute noch keinerlei Recht einklagen können, (vielleicht) einmal bessergeht?“

Bei der Lösung solcher Konflikte zwischen Individualwohl und Gemeinwohl ist nicht gleich jeder Eingriff in die Rechte des einzelnen legitim. Aber international ist die Übereinkunft gewachsen, daß in solchen Fällen – je nach Land und Gesellschaftsordnung in unterschiedlichem Maße – der Vorrang des Gemeinwohls obsiegt. Demographen und Bevölkerungspolitiker argumentieren, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit müsse dort seine Grenze finden, wo die Lebensgrundlagen der gesamten Spezies Homo sapiens bedroht werden.“ (LEISINGER 1994: 96)

Hier wird deutlich, wie sehr bei der abstrakten Bestimmung eines „Gemeinwohls“ wie dem „Überleben der Menschheit“ Zwang gegenüber jetzt lebenden Menschen, die als das angestrebte Ziel (potentiell) gefährdende „Elemente“ wahrgenommen werden, nahegelegt wird.

158 In GUILLAUMIN 1992 wird betont, daß „Worte“ und „Taten“ keine voneinander unabhängigen Phänomene seien und Wörter, Bilder und ähnliches mehr „die geistige Seite von realen, materiellen Beziehungen“ (a. a. O.: 159f.) darstellten; NIERAAD 1977 hebt ebenfalls hervor, daß Sprechen „eine Form des Handelns“ (a. a. O.: 4) sei.

LINK 1988 betont, daß „Bevölkerungsgruppen, die rein statistisch vom Interdiskurs, etwa der Medien und hegemonialen Politiker, überwiegend ins ‚Abseits‘ gestellt werden [...], tendenziell aus dem Toleranzspektrum der Zivilgesellschaft [...] bereits ausgeschlossen sind, selbst wenn sie noch bestimmte gleiche Rechte genießen“ (a. a. O.: 50).

Viele der unter der Prämisse der Bevölkerungskontrolle durchgeführten Maßnahmen waren und sind von massiver Gewalt gegen Frauen und Männer geprägt. Es sollen allerdings nicht nur Verletzungen der leiblichen wie seelischen Integrität von Menschen in Form von Zwangssterilisationen oder ähnlichem angeprangert, sondern die Zielsetzung der „Steuerung“ der demographischen Entwicklung als solche problematisiert werden.<sup>159</sup> Menschen werden darin zu „Elementen“ verobjektiviert, die es für einen „höheren Zweck“ und im Dienste eines „globalen Wohls“ zu manipulieren gelte.

#### 4.1 Die Praxis der Bevölkerungskontrolle

Spätestens in den 70er Jahren wurde „entdeckt“, daß die „Förderung von Frauen“ ein für das Absenken der Geburtenraten unumgängliches Element darstelle: Versuche, unmittelbar und direkt auf die Gebär- beziehungsweise auch Zeugungsfähigkeit von Menschen einzuwirken, werden seither gern als längst „überholt“ dargestellt. Nichtsdestotrotz war – und ist – die reale Praxis der Bevölkerungskontrolle vielfach von offenem Zwang und Gewalt geprägt.

Indien wurde zu einem der wichtigsten Experimentierfelder für bevölkerungspolitische Maßnahmen: Bereits Anfang der 50er Jahre wurde hier mit der Einführung der ersten systematischen Bevölkerungsprogramme begonnen. Anders als in Europa, wo den Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges mit finanzieller Hilfe in Gestalt des Marshall-Plans begegnet wurde, lautete das Rezept für Japan und andere Länder Asiens, die ebenfalls unter den Folgen des Krieges litten, primär und vor allem Bevölkerungskontrolle.<sup>160</sup>

Es war sicherlich auch kein Zufall, daß 1952 ausgerechnet Bombay zum Gründungsort der „IPPF“ erkoren wurde. Mit ein Grund für die einschlägige Eignung Indiens als bevölkerungspolitisches Versuchsfeld mag gewesen sein, daß hier bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts alle zehn Jahre Volkszählungen durchgeführt wurden, und damit Datenmaterial zur wissenschaftlichen Erforschung des Bevölkerungsproblems zur Verfügung stand.<sup>161</sup> Gegen den Widerstand Mahatma Gandhis begann das „Internationale Zentrum für Geburtenkontrolle“ in London bereits in den 30er Jahren (also noch vor der Unabhängigkeit Indiens), seine Aktivitäten auch auf die britische Kolonie auszudehnen: Ende der 30er Jahre gab es dort bereits an die zwanzig Geburtenkontrollkliniken nach amerikanischem Vorbild und unzählige Informationsstellen für Verhütungsfragen.<sup>162</sup>

---

<sup>159</sup> Ähnlich argumentiert RANDERIA 1995: 120; vgl. auch SMYTH 1995: 97.

<sup>160</sup> Darauf weist auch ABESELOM 1995: 40f. hin.

<sup>161</sup> Vgl. HEIM/SCHAZ 1993: 12.

<sup>162</sup> Vgl. dazu KAUPEN-HAAS 1986: 110; KAUPEN-HAAS 1992: 22.

Im Gründungsjahr der „IPPF“ wurde unter der Regierung Jawaharlal Nehrus ein Budget für Familienplanungsmaßnahmen bereitgestellt: Die indische Regierung folgte damit den Empfehlungen einer Planungskommission, die aufgrund der Daten der Volkszählung 1951 prognostiziert hatte, daß das Wirtschaftswachstum nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten können. Die dabei zunächst hauptsächlich propagierte „Rhythmismethode“ erwies sich allerdings als nicht sonderlich erfolgversprechend. In den 60er Jahren wurde daher die „Spirale“ als bevölkerungspolitisches „Wundermittel“ propagiert; auch die „Pille“ wurde in diesem Jahrzehnt zugelassen und verteilt.

Während des 1975 ausgerufenen Ausnahmezustandes griff die Regierung unter Indira Gandhi, der Tochter Nehrus, zu dramatischen Maßnahmen: Es wurden gesetzliche Sterilisationsquoten für die verschiedenen indischen Bundesstaaten festgesetzt und die Bezahlung der öffentlichen Bediensteten von der Zahl derer, die sie von der Sterilisation „überzeugen“ konnten, abhängig gemacht. Ebenso wurde Paaren, die sich nach drei Kindern nicht sterilisieren ließen, per Gesetz mit Geldstrafen oder Gefängnis gedroht. 1975-77 wurden in sogenannten Sterilisationscamps massenweise Sterilisationen an indischen Männern vorgenommen, wobei auch offene Gewalt angewandt wurde: Polizeieinheiten machten auf den Straßen regelrecht Jagd auf in Frage kommende Männer. Diese zwangsweisen Sterilisationen, die auch unzählige Tote zur Folge hatten, waren allerdings sehr umstritten und lösten zum Teil heftige Proteste aus. Nicht zuletzt aufgrund dessen verlor Gandhi bei den Wahlen 1977 haushoch und mußte zurücktreten.<sup>163</sup>

Das Thema Sterilisationen ist seitdem aber trotzdem nicht endgültig vom Tisch: Es wird allerdings kaum mehr offener Zwang ausgeübt, sondern primär auf sozialen Druck und finanzielle Anreize gesetzt. Der Schwerpunkt hat sich dabei auf die – medizinisch weitaus schwierigere und auch riskantere – Unfruchtbarmachung von Frauen verlagert, nicht zuletzt da von dieser Gruppe kaum offener und organisierter Widerstand zu erwarten sei.<sup>164</sup> Unter Bevölkerungswissenschaftler(inne)n gilt Indien als besonderer „Problemfall“, da es China zur Mitte des 21. Jahrhunderts als bevölkerungsreichster Staat der Erde ablösen dürfte.<sup>165</sup>

---

<sup>163</sup> Gandhi war allerdings von 1980 bis zu ihrer Ermordung 1984 noch einmal Regierungschefin.

<sup>164</sup> Vgl. HEIM/SCHAZ 1994: 135 und 140f.; VOYKOWITSCH 1994a: 3; HÖRIG 1993/1994: 93; HARTMANN 1987: 237-239; RANDERIA 1994: 72; RANDERIA 1995: 120-125.

<sup>165</sup> Vgl. SCHMID J. 1999a: 12; auch HÖRIG 1993/1994: 93; (hz) 1998e (II): 4.  
Am 11. Mai 2000 wurde in Indien offiziell der „einmilliardste Bürger“ begrüßt. UN-Schätzungen zufolge sei die Milliardengrenze allerdings bereits im August 1999 überschritten worden (vgl. (hz) 1999c (II): 8).  
Die Einschätzung, daß die indische Bevölkerungs- und Sozialpolitik gescheitert sei, da die Bevölkerung insbesondere im Norden weiter „explodiere“, wurde in einem Feature zu Indien, in: „Eine Welt“, Deutschlandfunk, 18. 11. 2000, 13 Uhr 30 geäußert.

Indien war und ist auf dem Gebiet der Verhütungsforschung eines der fortschrittlichsten Länder<sup>166</sup>: Bereits Mitte der 70er Jahre forschten indische Wissenschaftler an einer „Pille“ für den Mann, einem empfängnisverhütenden Nasenspray und einem immunologischen Verhütungsmittel. Gleichzeitig nimmt Indien aber auch bei den Fortpflanzungstechnologien eine führende Rolle ein: 1986 wurde die Geburt des ersten indischen „Retortenbabys“ in Bombay vermeldet, acht Jahre, nachdem in Großbritannien mit Louise Brown das weltweit erste „in vitro“ gezeugte Baby das Licht der Welt erblickt hatte. Die medizinische „Mutter“ des indischen Babys arbeitete an einem Institut, das auch führend an der Verhütungsmittelforschung beteiligt ist: Dies verweist wiederum auf den engen Zusammenhang, der zwischen den Reproduktionstechnologien und Forschungen zur Unfruchtbarmachung von Menschen besteht.<sup>167</sup>

Auch in vielen Ländern der Dritten Welt wird zunehmend vor allem anhand geschlechtlicher, sozialer und ethnischer Kriterien zwischen „erwünschtem“ und „unerwünschtem Leben“ unterschieden.<sup>168</sup> Die zunächst scheinbar primär an quantitativen Zielen ausgerichtete Bevölkerungskontrollpolitik in Entwicklungsländern mündet letztlich ebenfalls in „qualitative“ Bestrebungen zur Erreichung und Sicherung eines bestimmten „Standards“ der geborenen beziehungsweise erst zu gebärenden Menschen ein.<sup>169</sup>

Auch in Pakistan wurde in den 60er Jahren das Ziel verfolgt, durch die Propagierung von Vasektomie und „Spirale“ die Geburtenraten zu senken: Die Vehemenz, mit der versucht wurde, die Verhütungsmethoden an die Frau beziehungsweise an den Mann zu bringen, ohne dabei auf Neben- und Folgewirkungen medizinischer oder sozialer Art Rücksicht zu nehmen, führte schließlich zu regelrechten Aufständen, die sich in der Erstürmung von Familienplanungsstellen und Geburtenkontrollkliniken entluden.<sup>170</sup>

In Bangladesh, dem ehemaligen Ost-Pakistan, das sich erst 1971 seine staatliche Unabhängigkeit erkämpfte, wurde das Bevölkerungswachstum 1976 von der Regierung zum größten Problem des Landes erklärt. Im Folgejahr wurde eine Sterilisationskampagne begonnen, die bis in die 80er Jahre hinein mit finanzieller Unterstützung von Weltbank und „US-AID“ fortgesetzt wurde. In Form von Geld und neuer Bekleidung für die SterilisandInnen sowie finanziellen Belohnungen für das medizinische Personal, das die Sterilisationen ausführt, und die VermittlerInnen von „Sterilisationswilligen“ wurde ein umfassendes Anreizsystem geschaffen. Ergänzt wurde dieses durch Sanktionen gegen FamilienplanerInnen, welche die monatlichen Sterilisationsquoten nicht erreichten.

---

<sup>166</sup> Viele WissenschaftlerInnen absolvieren bis heute zumindest einen Teil ihrer Ausbildung in einem der westlichen Industriestaaten. – Darauf weisen auch HEIM/SCHAZ 1993: 14 hin.

<sup>167</sup> Vgl. HEIM/SCHAZ 1994: 149, Fußnote 7; SCHNEIDER 1994: 42.

<sup>168</sup> So ist beispielsweise die Sterilisationsrate bei den „Indigenas“ in Lateinamerika nochmals erheblich höher. – Vgl. dazu PFEIFFER 1988: 223.

<sup>169</sup> Darauf verweist auch MERTENS 1991: 161 und 205.

<sup>170</sup> Vgl. HEIM/SCHAZ 1993: 15.

Daß die solcherart erzielte „Freiwilligkeit“ einer Sterilisation in einem Land mit einem sehr hohen Anteil armer Bevölkerungsschichten eine ziemlich fragwürdige ist, focht die Befürworter dieser Programme nicht an. Auch heute noch sind für die in Bangladesh betriebene Familienplanungspolitik Sterilisationen und die Verwendung von Langzeitverhütungsmitteln wie „Norplant“ kennzeichnend. 1984 wurde nach einer der großen Flutkatastrophen<sup>171</sup> Lebensmittelhilfe gar von der „Sterilisationswilligkeit“ abhängig gemacht.<sup>172</sup>

Brasilien verfolgte (wie viele lateinamerikanische Länder) bis Anfang der 80er Jahre eine pronatalistische Strategie, was auch das Verbot von (freiwilliger) Sterilisation und Abtreibung mit einschloß. Allerdings wurden privaten, überwiegend von ausländischen Institutionen finanzierten Bevölkerungsorganisationen weitgehende Freiräume für ihre Tätigkeit eingeräumt. Aufgrund der von den internationalen Finanzinstitutionen gestellten Bedingungen, die weitere Finanzhilfe und Umschuldung von der Bereitschaft zur Durchführung von Bevölkerungskontrollprogrammen abhängig machten, aber auch durch den Druck seitens brasilianischer Frauenorganisationen wurde die offizielle Haltung der brasilianischen Regierung zur Geburtenkontrolle in den 80er Jahren geändert.

Die Frauenorganisationen strebten insbesondere den möglichst problemlosen Zugang zu Informationen über Verhütungsmöglichkeiten sowie zu unschädlichen und kostengünstigen Verhütungsmitteln und –methoden an, was letztlich allerdings nicht realisiert wurde. Der Verhütungsmittelmarkt in Brasilien blieb größten Teils kommerzialisiert. Die „Abtreibungsfrage“ wurde von den Regierungen ebenfalls ausgeklammert: Abtreibung blieb – außer bei Vergewaltigung und Gesundheitsgefährdung für die Schwangere – nach wie vor strafbar und somit weitestgehend in die Illegalität gedrängt.

Zur am weitesten verbreiteten Verhütungsmethode ist in Brasilien die Sterilisation geworden: Viele Frauen lassen sich im Zuge einer extra durchgeführten Kaiserschnitt-Geburt sterilisieren (Brasilien weist weltweit einen der höchsten Prozent-

---

<sup>171</sup> Nur verweisen möchte ich an dieser Stelle darauf, daß das Verständnis derartiger Überschwemmungen oder auch großer Krankheits- und Hungerepidemien als „Naturkatastrophen“ zu kurz greift: Dabei werden nämlich die sozialen Verhältnisse, die erst zu solchen Katastrophen und derartig hohen Opferzahlen führen, völlig ausgeblendet (beispielsweise Armut, Bodenverteilung, Slumbildung durch Landflucht wegen fehlender Lebensmöglichkeiten und ähnliches). Die Erklärung als Naturkatastrophe, die als scheinbar höhere Gewalt von außen über die Menschen hereinbricht, hat einen entlastenden und Verantwortung abwälzenden Charakter.

So wird beispielsweise in VENZKY 1991 mit Bezug auf Bangladesh behauptet, daß sich die desaströsen Überflutungen nicht verhindern ließen, allerdings mit „einer konsequenten, auch unpopulären Politik“ (a. a. O.) die Zahl der betroffenen Menschen verringert werden könne. – Es soll also nicht der Frage nach möglichen Ursachen derartiger „Naturkatastrophen“ nachgegangen und diese so weit als möglich reduziert oder beseitigt werden, sondern es soll mittels – offensichtlich auch zwangsweiser – bevölkerungspolitischer Maßnahmen die Zahl der Menschen als „potentieller Opfer“ reduziert werden.

<sup>172</sup> Vgl. zu Bangladesh HARTMANN 1987: 208-226; ebenso HARTMANN/STANDING 1989; MERTENS 1989: 50f.; HEIM/SCHAZ 1993: 19; WICHTERICH 1994b: 119; ABESELOM 1995: 81.

sätze an Kaiserschnitten auf), obwohl dieser Eingriff ohne medizinische Indikation nach wie vor illegal ist und sie ihn selbst bezahlen müssen. Vor dem Hintergrund von Arbeitslosigkeit, Armut, fehlenden tatsächlichen Verhütungsalternativen und vielfach geforderter permanenter sexueller Verfügbarkeit der Frauen erscheint schon die „Freiwilligkeit“ solch gewünschter Sterilisationen zumindest ein Stück weit problematisch: Frauen wird die individuelle „Lösung“ sozialer und struktureller Probleme mittels eines operativen Eingriffs auferlegt. Es wurden allerdings Millionen von armen, überwiegend Schwarzen Frauen im „gebärfähigen Alter“ mit fragwürdigen Argumenten zu einer Sterilisation gedrängt oder zum Teil ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen (wiederum häufig im Rahmen einer Kaiserschnitt-Entbindung) einfach sterilisiert. Die Bundesstaaten mit überwiegend Schwarzer Bevölkerung weisen auch mit Abstand die höchsten Sterilisationsquoten auf.<sup>173</sup>

Andererseits wird in Brasilien intensiv an reproduktiven Technologien geforscht und werden in diesem Bereich lukrative Geschäfte betrieben.<sup>174</sup> Die differenzierte anti- wie pronatalistische Politik, aber auch strukturelle Ungleichheit, Diskriminierung und offene Gewalt gegenüber schwarzen Menschen und „MulattInnen“ sind Ausdruck des die brasilianische Gesellschaft durchziehenden Rassismus.<sup>175</sup>

Unter dem Motto „Kampf gegen die Armut“ wurde Mitte der 90er Jahre in Peru unter Präsident Fujimori ebenfalls eine Kampagne zur Sterilisation von Frauen lanciert. Jeweils zwei FamilienplanerInnen suchten im Team die Straßen nach schwangeren Frauen ab: Diejenigen, die bereits drei Kinder hatten, wurden von ihnen zur Unfruchtbarmachung durch die Durchtrennung der Eileitern aufgefordert. Es wurden Fälle publik, in denen Frauen nicht darüber aufgeklärt worden waren, wozu sie mit ihrer Unterschrift, ihrem Kreuz oder Fingerabdruck tatsächlich ihre Zustimmung gegeben hatten. Das Sterilisationsprogramm, von dem mittlerweile mehr als 300.000 Frauen erfaßt wurden, hat zudem bereits Todesopfer gefordert; es wurde ungeachtet aller Dinge allerdings trotzdem fortgesetzt.<sup>176</sup>

In Singapur wird versucht, die Zusammensetzung der Bevölkerung primär mittels materieller Anreize beziehungsweise Strafen zu beeinflussen: Während für Kinder von akademisch gebildeten Eltern Vergünstigungen gewährt werden, müssen Paare aus unteren sozialen Schichten mit der Geburt des dritten Kindes erhöhte Klinikgebühren und höhere Steuern zahlen; sie verlieren überdies auch den Anspruch auf zahlreiche Sozialleistungen. Umgekehrt wird armen Frauen ein in der Relation

---

<sup>173</sup> Laut einer 1996 durchgeführten Studie sind 41 % der Frauen im gebärfähigen Alter in Brasilien sterilisiert. – Vgl. (hz) 1998a: 4.

Vgl. zur Bevölkerungspolitik in Brasilien SCHULTZ 1991; BARROSO/BRUSCHINI 1989: 25-32; zum Aspekt der Sterilisation im besonderen auch PRANGE 1993: 89; STROBL o. J.: 62f.; DOS SANTOS 1991: 30; CARNEIRO 1994: 130f.; GOERDELER 1994 (I): 33f.

<sup>174</sup> Vgl. SCHNEIDER 1994: 41.

<sup>175</sup> Vgl. dazu DOS SANTOS 1991; CARNEIRO 1994.

<sup>176</sup> Vgl. Feature zu Peru, in: „Eine Welt“, Deutschlandfunk, 27. 06. 1998, 13 Uhr 30; vgl. dazu auch (ips/hz) 1998b: 8; (hz) 1999a (II): 8; o. V., STERILISATIONEN 1999: 7; o. V., MASSENSTERILISIERUNG 1998: 4; (se) 2000e.

relativ hoher Geldbetrag ausgezahlt, wenn sie nach der Geburt ihres ersten oder zweiten Kindes in die Sterilisation einwilligen.<sup>177</sup>

Die Regierung Vietnams unternimmt seit Anfang der 90er Jahre verstärkte Anstrengungen, um das Bevölkerungswachstum vor allem durch die Propagierung der 2-Kind-Familie und die verstärkte Anwendung moderner Verhütungsmittel zu beschränken. 1993 wurde allerdings bekannt, daß ein Mediziner mit Unterstützung des vietnamesischen Gesundheitsministeriums und der US-amerikanischen Stiftung „Family Health International“ in einem beinahe vierjährigen Experiment mehr als 30.000 Frauen mittels des Malariamittels „Quinacrine“ sterilisiert hatte. Dieses verursacht beim Einbringen in die Gebärmutter Entzündungen und Gewebewucherungen, die zu einem Verschuß der Eileitern und damit zu Unfruchtbarkeit führen. Für etliche Frauen hatte dies schwere gesundheitliche Beschwerden und die Entfernung der derart gereizten Gebärmutter zur Folge. Nachdem der Mediziner die Ergebnisse seiner Studie in einer renommierten medizinischen Fachzeitschrift veröffentlicht hatte und dies eine Kontroverse über die Sicherheit wie die Zulässigkeit der Anwendung dieses Mittels zur Folge hatte, stoppte die vietnamesische Regierung das bereits auf mehrere Provinzen ausgedehnte chemische Sterilisationsprogramm.<sup>178</sup>

In Indonesien, das gerne als Erfolgsbeispiel für Familienplanung präsentiert wird, wurde ähnlich wie in Indien bereits sehr früh, nämlich in den 50er Jahren, mit der Implementierung entsprechender Programme begonnen, wenn auch zunächst noch ohne Unterstützung seitens der Regierung. Dies änderte sich allerdings Ende der 60er Jahre, als sich Suharto (der erst im Frühjahr 1998 de facto gestürzt wurde) durch einen blutigen Militärputsch an die Staatsspitze stellte. Das indonesische Familienplanungsmodell ist insbesondere durch seinen gemeinschaftlichen Ansatz gekennzeichnet: Die „verhütungswilligen“ Frauen in den Dörfern werden in sogenannten „Acceptor Clubs“ zusammengefaßt, denen üblicherweise eine der sozial höhergestellten Frauen als Kontaktperson zu den Familienplanungskliniken vorsteht. Diese Frauen sorgen für den permanenten „Nachschub“ an den benötigten Verhütungsmitteln.

Der Schwerpunkt der zur Verfügung gestellten Mittel liegt allerdings – wie häufig bei derartigen Programmen – eindeutig auf den „zuverlässigeren“ Methoden wie der „Pille“ und der „Spirale“ beziehungsweise hormonellen Langzeitverhütungsmitteln wie „Norplant“. Die vielbeschworene „Wahlfreiheit“ der Frauen ist solchermaßen bereits von vornherein beschränkt. Vor allem in den frühen 80er Jahren wurden in Indonesien massive Kampagnen gestartet, bei denen Tausenden von Frauen zu „sozialen Zusammenkünften“ versammelt wurden, in deren Rahmen ihnen dann die „Spirale“ angeraten und gleich auch eingesetzt wurde. Familienplanung wird geradezu als „patriotische Pflicht“ präsentiert: Das Element des

---

<sup>177</sup> Vgl. HARTMANN 1987: 69-71; ABESELOM 1995: 83.

<sup>178</sup> Vgl. dazu SPRENGER 1994: 115-118.

Das vietnamesische Ministerium für Bevölkerung und Familienplanung wurde 1999 mit dem Bevölkerungspreis der Vereinten Nationen ausgezeichnet. – Vgl. dazu HAUB 2000: 5.

sozialen Drucks spielt bei der Verhütungsentscheidung vieler indonesischer Frauen sicher eine große Rolle.<sup>179</sup>

Die radikalste Bevölkerungspolitik führt zweifelsohne China durch: Seit den 80er Jahren wird hier versucht, mittels einer (vor allem in den Städten forcierten) „Ein-Kind-Politik“, die einige Jahrzehnte durchgehalten werden soll, nicht nur eine Verringerung und Verlangsamung des Bevölkerungswachstums zu erreichen, sondern längerfristig de facto eine Bevölkerungsschrumpfung herbeizuführen. Der „Schwenk“ hin zu dieser äußerst restriktiven bevölkerungspolitischen Position erfolgte, als die chinesische Regierung nach dem Tod Maos 1976 zunehmend eine Politik der Öffnung gegenüber westlichen Investoren und der forcierten Industrialisierung mit dem Ziel einer radikalen Anhebung des „Bruttosozialprodukts pro Kopf“<sup>180</sup> zu verfolgen begann.

Zwar wurden schon zu Zeiten von Mao in den 50er und 60er Jahren zwei Geburtenkontrollkampagnen gestartet, doch diese waren nur von kurzer Dauer. In den 70er Jahren wurde schließlich ein nationales Familienplanungsprogramm ins Leben gerufen, dessen Aktivitäten sich zunehmend intensivierten, dessen Ziel aber noch keineswegs in der Durchsetzung der Ein-Kind-Familie bestand. Diese wird seit den 80er Jahren primär in den Städten mit einem System umfassender sozialer Kontrolle sowie materiellen Anreizes und Abschreckung zu erreichen versucht: Paare, die sich verpflichten, nur ein Kind zu bekommen, werden bei der Wohnungszuteilung bevorzugt, erhalten einen Geldbetrag für ihre Gesundheitsversorgung und soziale Absicherung sowie eine zusätzliche Altersrente. Dem einzigen Kind wird bevorzugter Zugang zu Kindergarten und Schule sowie eine Garantie auf einen Arbeitsplatz in Aussicht gestellt.

Umgekehrt werden Eltern, die ein oder gar mehrere zusätzliche Kinder bekommen, progressiv mit Einkommensabzügen bestraft. Sie müssen überdies für alle Kosten durch Geburt, Erziehung und medizinische Versorgung selbst aufkommen. In den Fabriken beobachten Familienplanungsbeauftragte die Arbeiterinnen hinsichtlich möglicher Anzeichen einer Schwangerschaft wie morgendlicher Übelkeit, Leistungsrückgang und ähnliches mehr. Eine sogenannte Großmütter-Polizei taucht zu mehr oder weniger regelmäßigen Hausbesuchen auf, um die Frage der Verhütung anzusprechen und ihre regelmäßige Anwendung einzumahnen. Bei einer derartigen Dominanz der demographischen Zielsetzung, die Bevölkerungszahl zu reduzieren, ist der Schritt hin zu offenem Zwang und Gewaltausübung unter Umständen nur ein sehr kleiner: Immer wieder tauchen Berichte von Frauen, die bei bereits sehr weit fortgeschrittener Schwangerschaft zu einer Abtreibung durch die Auslösung einer Fehlgeburt gezwungen oder die nach der Geburt des ersten Kindes zwangsweise sterilisiert werden, auf.

---

<sup>179</sup> Vgl. HARTMANN 1987: 74-81; SPRENGER 1994: 108.

<sup>180</sup> Nur verweisen kann ich darauf, daß dies ist ein äußerst fragwürdiger Indikator von „Entwicklung“ ist, da dabei die Frage der (gleichen oder aber eben ungleichen) Verteilung des BSP-Zuwachses außer Acht gelassen wird.

Die (wenn auch keineswegs generell gültige) Ein-Kind-Beschränkung hat drastische Auswirkungen für den weiblichen Nachwuchs: Da das einzige Kind bevorzugt ein Sohn sein sollte, werden weibliche Föten vielfach abgetrieben, Mädchen unmittelbar nach der Geburt oder – im Falle einer nachfolgenden Schwangerschaft, bei der männlicher Nachwuchs zu erwarten ist –, auch später getötet. Dies hat bereits zu einer erheblichen Verschiebung des Verhältnisses zwischen männlichem und weiblichem Geschlecht geführt, mit all den Folgen, die dies in Zukunft für die (mehrheitlich männlichen) Einzelkind-Generationen haben wird. Auch behinderte Kinder beiderlei Geschlechts werden oftmals ausgesetzt, um nochmals die „Chance“ auf ein gesundes Kind wahrnehmen zu können.<sup>181</sup>

Internationale und private Organisationen sowie westliche Regierungen, die sich im Bereich Bevölkerungskontrolle engagieren, pflegen sich nach dem Bekanntwerden von Zwangsmaßnahmen davon üblicherweise als „Fehltritt“ und „Mißstand“, mit denen sie nichts zu tun hätten, zu distanzieren. Offene staatliche Zwangsmaßnahmen werden mittlerweile einhellig als „unzulässiges Mittel“ zur Erreichung des Ziels der Bevölkerungskontrolle eingestuft. Als sehr wohl mit den Menschenrechten wie der „Freiwilligkeit der Beteiligung“ vereinbar gelten hingegen nach wie vor „Anreizsysteme“ wirtschaftlicher wie sozialer Art. Die Problematik dieser Form der „Überzeugung“ findet keine Berücksichtigung.<sup>182</sup>

---

<sup>181</sup> Vgl. zur Bevölkerungspolitik Chinas und ihren Folgen HARTMANN 1987: 144-157 und 246; MOSHER 1994: 2; ASBELL 1998: 386-390; TOMALA 1998: 4f.; (hz) 1999a (III): 7; LORENZ 2000; SCHUBNELL 1992: 64f., der diese Politik ohne jeglichen Verweis auf ihre „Nebenwirkungen“ als erfolgreich einstuft; trotz der Konstatierung der zum Teil drastischen Maßnahmen bewertet auch der Bevölkerungswissenschaftler Josef Schmid die chinesische Bevölkerungsregulierung als „erfolgreiche und in gewisser Weise auch kluge Politik“ (SCHMID 1997: 97) und stellt fest:

„China hat die familiäre Kinderzahl schon unter zwei gedrückt und möchte bei 1,5 Milliarden sein Wachstum eingestellt haben. Selbst dann ist noch nicht klar, was Demokratie – zur Zeit lautstark gefordert! – bei einer solchen Menschenmasse für den Globus bedeutet. Ohne autoritäre Gängelung wird China nicht einmal seiner enormen Binnenwanderung Herr werden<sup>[...]</sup>.“ (SCHMID 1994a: 19).

TREICHLER 1999 spricht von China als „einem Land, dessen Überleben vom Kampf gegen die Bevölkerungsexplosion abhängig ist“ (a. a. O.: 122) und betont, „dass die chinesische Regierung keine andere Wahl hat, als gegen den explosionsartigen Anstieg des Bevölkerungswachstums anzukämpfen, denn sonst würde die Geburtenrate die Segnungen des Wirtschaftswachstums zunichte machen“ (ebd.); der Demograph Rainer Münz schließlich sorgt sich, daß „in einem sich demokratisierenden China [...] die Menschen wieder mehr statt weniger Kinder bekommen“ (MÜNZ 1998: 31) dürften; ähnlich äußert sich der Bevölkerungswissenschaftler Hans Jürgens (vgl. dazu KLINGHOLZ 1994a: 144).

Auf eine Lockerung der Ein-Kind-Politik aufgrund der drohenden „Überalterung“ und der daraus resultierenden Probleme wird in o. V., CHINA 2000: 8 verwiesen.

<sup>182</sup> So wird beispielsweise in LEIST 1991: 356f. für solche Anreizsysteme plädiert, obwohl ihre Problematik angesichts höchst ungleicher Reichtumsverhältnisse und angesichts der Tatsache, daß im Falle von Sanktionen oft die Kinder mitbestraft werden, durchaus erkannt wird. Vgl. zu diesen problematischen Aspekten auch SCHOCKENHOFF 1997: 245, der überdies noch auf die geschlechtsspezifischen Auswirkungen einer auf quantitative Reduktion ausgerichteten Bevölkerungspolitik verweist. Bei allem Plädieren für die Achtung der Menschen-

Die rhetorische Empörung über „bevölkerungspolitische Auswüchse“ hielt überdies beispielsweise die Vereinten Nationen nicht davon ab, ihren „Bevölkerungspreis“ immer wieder auch an RegierungsvertreterInnen zu verleihen, unter deren Ägide im Bereich Bevölkerungspolitik grobe Menschenrechtsverletzungen begangen wurden: So teilte sich 1984 die indische Regierungschefin Indira Gandhi gemeinsam mit dem chinesischen Familienplanungsminister Qian Xinzhong den Preis; 1985 wurde die „International Planned Parenthood Federation“ ausgezeichnet; 1987 wurde solchermassen das Engagement des Präsidenten Bangladeshs, Ershad, prämiert; 1989 wurde der indonesische Präsident Suharto geehrt; 1992 erhielten ein indischer Industrieller und der „Population Council“ gemeinsam die Auszeichnung für die Entwicklung von „Norplant“; 1994 wurde unter anderem Ägyptens Präsident Mubarak als Gastgeber der „Kairoer Konferenz“ ausgezeichnet.<sup>183</sup>

Zwangsmaßnahmen und Eingriffe an Frauen ohne deren Zustimmung und Wissen sind allerdings keineswegs nur auf Länder der Dritten Welt beschränkt: Auch in den Industrieländern wurden und werden immer wieder Fälle bekannt, in denen vor allem arme Frauen, Angehörige einer ethnischen Minderheit oder Migrantinnen durch die Drohung, ihnen finanzielle Unterstützungen zu entziehen, zur Anwendung von Langzeitverhütungsmitteln oder zur Sterilisation gedrängt beziehungsweise im Zuge einer Abtreibung oder nach einer Geburt sterilisiert werden.<sup>184</sup>

Im Mittelpunkt der antinatalistischen Zielsetzungen und Maßnahmen stehen unzweideutig – wenn auch nicht vollkommen ausschließlich – Frauen. Bevölkerungskontrolle ist nicht „geschlechtsneutral“, ebensowenig allerdings „rassen-“ oder „klassenneutral“: Darin erweist sich das komplexe Ineinandergreifen und Zusammenwirken rassistischer, sexistischer wie klassenmäßiger Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse.

---

würde und der individuellen Entscheidungsfreiheit, die allerdings an das „Gemeinwohl“ zurückgebunden sei (vgl. a. a. O.: 230, 236 und 253), lehnt der Moraltheologe Schockenhoff „Anreize“ (im Sinne von „Belohnungen“ für das Einhalten der erwünschten Kinderzahl) letztlich aber doch nicht bedingungslos ab:

„Eine gezielte staatliche Einflußnahme, die Eltern mit ‚sanftem‘ Zwang dazu bewegen soll, eine aus gesellschaftlicher Sicht erwünschte Kinderzahl einzuhalten, ist deshalb auch in Form positiver Anreize allenfalls als ultima ratio zu rechtfertigen. Sie kommt erst dann in Betracht, wenn nachweislich alle Versuche versagen, die Menschen zur freiwilligen Geburtenbeschränkung zu bewegen.“ (a. a. O.: 246).

– Die entscheidende Frage, wer auf welcher Grundlage entscheiden soll und darf, wann dieser Punkt eingetreten sei, bleibt offen.

<sup>183</sup> Vgl. dazu HEIM/SCHAZ 1996: 169 und 233, Fußnote 81; ABESELOM 1995: 82f.; HARTMANN/STANDING 1989: 16.

<sup>184</sup> Vgl. CHASE 1977: 68; HARTMANN 1987: 51f. und 191f.; HEXENGEFLÜSTER 1994: 33. In den USA wurde auf Druck von Frauenverbänden auf zahlreiche dokumentierte Vorfälle dieser Art mit einer Änderung der Gesetzgebung reagiert: So muß beispielsweise zwischen der Zustimmung zur Sterilisation und der Operation selbst ein Zeitraum von 30 Tagen liegen (vgl. dazu HARTMANN 1987: 241; auch DAVIS 1982: 206-210).

In den Familienplanungs- beziehungsweise Bevölkerungskontrollprogrammen werden Frauen praktisch ausschließlich als „potentielle Gebärende“ angesehen und ihre Geschlechtlichkeit auf die Frage der „Empfängnisfähigkeit“ und damit bestimmte heterosexuelle Praktiken reduziert. Während das Kondom (als nahezu einziges Verhütungsmittel für Männer) durchaus mit dem Verweis auf mögliche „sexuelle Freiheiten“ und „sexuelles Vergnügen“ angepriesen wird<sup>185</sup>, werden Verhütungsmittel für Frauen so präsentiert, als ob sie mit „Sexualität“ und allem, was daran hängt, nichts zu tun hätten. Betont wird hingegen der (soziale, ökonomische und sonstige) Nutzen verhüteter Schwangerschaften.<sup>186</sup>

Heute hat eine große Zahl sogenannter Entwicklungs- und Schwellenländer Programme zur Geburtenkontrolle als fixen Bestandteil ihrer politischen Maßnahmen eingeführt, wobei sie dabei von internationalen Organisationen wie beispielsweise der „WHO“ unterstützt und beraten werden. Die Zielsetzung lautet, die Zahl der Frauen im „reproduktionsfähigen Alter“, die bewußt und regelmäßig verhüten, im weltweiten Maßstab weiter zu erhöhen, um damit eine wirksame „Eindämmung“ des Bevölkerungswachstums sicherzustellen.<sup>187</sup>

Direkter und unmittelbarer Zwang sowie „rohe“ physische Gewalt sind allerdings keineswegs der einzige Ausdruck eines Denkens, dem das „Sexual- und Fortpflanzungsverhalten“ von Menschen weltweit als steuer- und beeinflussbare „Größe“ erscheint: Äußerer Zwang (wenn er auch stets präsent bleibt) kann auch durch den Versuch „überflüssig“ gemacht werden, mittels Erziehung und massiver Bewerbung (oder auch Propaganda) den Menschen entsprechende „Wünsche“ und „Bedürfnisse“ einzupflanzen, deren Erfüllung sie dann selbst anstreben.<sup>188</sup>

---

185 Daß rund 60 % der weltweit verwendeten Kondome von Unverheirateten beziehungsweise im Rahmen außerehelicher Sexualbeziehungen angewandt würden, das Kondom aber trotz AIDS insgesamt unbeliebt sei, wird in (se) 1999: 2 konstatiert.

186 Auf den „desexualisierten“ und herrschende sexuelle Normen (vor allem für Frauen) stützenden und sogar verstärkenden Charakter von Bevölkerungsprogrammen weisen auch KEYSERS/SMYTH 1989: 62, 66f. und 73 hin.

187 Angeblich verhüteten im Jahr 1998 weltweit ca. 60 % der „Paare“. – Vgl. HAMANN 1998b: 95.  
Vgl. zur „kontrazeptiven Prävalenz“ (weltweit, „entwickeltere“ und „weniger entwickelte“ Länder sowie verschiedene Weltregionen im Vergleich) auch „Levels and trends of contraceptive use as assessed in 1998. Key Findings“, <http://www.undp.org/wdtrends/contraceptives1998.htm#top> [Stand 23. März 2000].

188 Darauf weisen PINN/NEBELUNG 1989 hin, die in dem Zusammenhang von der „Kolonialisierung des Bewußtseins‘ durch Erziehung und Propaganda“ (a. a. O.: 3) sprechen.

## 4.2 Die vorgeschlagenen Lösungen für das „Bevölkerungsproblem“

Im folgenden sollen exemplarisch einige der Lösungsstrategien präsentiert werden, die sich in den analysierten Materialien zur Weltbevölkerungsproblematik finden lassen.

Der Bogen ist dabei relativ weit gespannt, wobei die im folgenden aufgezählten Vorschläge nicht ausschließend, sondern oft überschneidend genannt werden.

Als häufiger Vorschlag findet sich eine Kombination aus der Förderung des ökonomischen und sozialen Wandels in den Dritte-Welt-Ländern, der eine hohe Kinderzahl zunehmend ökonomisch nachteilig und unattraktiv erscheinen lasse, und dem Ausbau von Familienplanungseinrichtungen, um den (großen) „ungedeckten Bedarf“ an Verhütungsmitteln und –wissen zu befriedigen.<sup>189</sup> Die Industrieländer müßten den Entwicklungsländern dabei verstärkt mit finanzieller und logistischer Hilfe zur Seite stehen, was allerdings in ihrem eigenen „langfristigen Interesse“ liege.<sup>190</sup>

---

<sup>189</sup> Vgl. beispielsweise SCHOCKENHOFF 1997: 222 und 251; SCHMID 1993: 42; NOHLEN 1993 (I): 89; BERG 1993: 77 und 80; WERNICKE 1994 (I) spricht von „Brot *und* Pille“ (a. a. O.: 16, Hervorh. im Original), die erforderlich seien; vgl. weiterhin BORCHARD 1997: 158, der die „kontrollierte Senkung des Reproduktionsfaktors“ (a. a. O.: 175) als größte Herausforderung für die Zukunft bestimmt; MÜNZ/ULRICH 1994: i (Zusammenfassung) sowie 52. Diese betonen, „daß beim Zusammentreffen einer aktiven Bevölkerungspolitik mit günstigen wirtschaftlichen Bedingungen ein sehr rascher Rückgang der Kinderzahlen möglich ist“ (a. a. O.: i).

Daß nicht nur Verhütungsmittel zur Vermeidung unerwünschter Schwangerschaften erforderlich seien, sondern angeblich traditionelle Vorstellungen und Verhaltensweisen über die Zahl der gewünschten Kinder in Richtung einer Absenkung verändert werden müßten, wird in LEISINGER 1993: 222 und 262 betont.

<sup>190</sup> In KESSELRING 1992: 35 wird eine deutliche Erhöhung der finanziellen Unterstützung von Familienplanungsmaßnahmen in der Dritten Welt seitens der Industrieländer gefordert.

In LEISINGER 1993: 375 wird eine moralische Verantwortlichkeit von „uns“ BewohnerInnen der Industrieländer konstatiert, die aus der Überlegenheit in materieller Hinsicht sowie hinsichtlich wissenschaftlich-technologischen und ökonomischen Know-hows resultiere (vgl. a. a. O.: 375f.). – Die Dominanzhaltung und der Anspruch, den Entwicklungsländern zu zeigen, „wo’s langgeht“, wird in keinsten Weise aufgegeben.

In HAUSER 1991 wird hervorgehoben, daß die Industrieländer „echte Entwicklungszusammenarbeit“ (a. a. O.: 614, Hervorh. im Original) leisten müßten, was immer dies – angesichts der grundsätzlichen Problematik von „Entwicklung“ – konkret sein mag.

In KRENGEL 1994 wird unterstrichen, daß das „Bevölkerungsproblem“ nur mittels „straff organisierte[r] und kontrollierte[r] Entwicklungshilfe“ (a. a. O.: 30) in den Griff zu bekommen sei. – Die militärische Sprache läßt deutlich den Anspruch auf „Führung“ erkennen, der damit erhoben wird.

So denkt dieser Autor etwas später auch die „Koppelung der Entwicklungshilfe an die Zuwachsraten der Bevölkerung des Empfängerlandes“ (a. a. O.: 72f.) an, und stellt dazu fest: „Die Rigorosität dieser Vorschläge mag heute erschrecken, aber eine weiterhin hemmungslos wachsende Weltbevölkerung ist nicht nur gefährlicher, sondern auch viel schrecklicher als die Einführung des ‚Wer nicht hören will, muß fühlen‘-Prinzips in die Entwicklungspolitik.“

Zum Teil wird vorrangig auf Familienplanung gesetzt, nach dem Motto: „Kontrazeptiva sind trotzdem die beste Empfängnisverhütung“<sup>191</sup>. Die (komplexe sozial-ökonomische, politische und kulturelle) Frage des Zeugens und (eventuell auch) Gebärens von Kindern wird auf den „technologischen“ Aspekt der möglichst flächendeckenden Verbreitung moderner, effektiver Verhütungsmittel – in Verbindung mit etwas besserer Information, Gesundheitsversorgung und „besseren Lebensbedingungen“ vor allem für Frauen und Kinder – reduziert.<sup>192</sup> Als wichtiges Legitimationsargument dient dabei die Berufung auf ein „Bedürfnis“ insbesondere von Frauen, da ein hoher Prozentsatz der Schwangerschaften und Geburten in Entwicklungsländern (zu diesem Zeitpunkt oder grundsätzlich) „ungewollt“ sei.<sup>193</sup>

Zum Teil wird hingegen primär die Notwendigkeit einer „nachhaltigen“, an der Beseitigung der Armut und der Befriedigung der „Grundbedürfnisse“ ausgerichteten Entwicklungs- und Sozialpolitik hervorgehoben.<sup>194</sup> Die Frage, wie die be-

---

(a. a. O.: 73). –Ein Prinzip autoritärer Pädagogik wird als Umgangsweise mit den Entwicklungsländern empfohlen, was deutlich macht, daß die Industriestaaten als „Erziehungsberechtigter“, die Entwicklungsländern hingegen als „ungezogene Kinder“ begriffen werden.

Auch in SCHMIDT 1995: 50 wird gefordert, „Entwicklungshilfe“ unter anderem von Familienplanungsmaßnahmen abhängig zu machen.

Die Kritik, daß westliche Wirtschaftshilfe, die womöglich via Brunnenbau und hygienischen Maßnahmen noch zur Bevölkerungsvermehrung beitrage, nicht an wirksame Bevölkerungskontrollmaßnahmen gekoppelt sei, wird auch in STEINER 1992: 20 geäußert.

In HL 1994 wird direkt gefordert, daß „der westliche Kulturkreis die Führung in der Bevölkerungspolitik übernehmen muß“ (a. a. O.).

191 ROBEY/RUTSTEIN/MORRIS 1993/1994: 104; vgl. auch NATORP 1994a; ein ähnlicher Tenor findet sich in POPPER 1993: 183.

In SONTHEIMER 1992a (I) wird gefordert: „Die Schwerpunkte und Felder der Entwicklungshilfe müssen auch neu überdacht werden – etwa nach dem Motto: Weniger Staudämme und Straßen, mehr Pillen und Kondome.“ (a. a. O.: 83). Abgesehen davon, daß in von jeglicher Kritik unangefochtener Weise von „Entwicklungshilfe“ gesprochen wird, scheinen „Pille“ und „Kondome“ alles zu sein, was die Menschen in den Entwicklungsländern benötigen.

192 In HAUSER 1992 wird betont, daß es vor allem um die „Elimination der unerwünschten Geburten“ (a. a. O.: 29) mittels Familienplanung gehe. – Die verwendete Sprache und die daraus ersichtliche Denkungsart sind abstrakt und brutal zugleich.

Vgl. zur Kritik an diesem Ansatz auch SKRIVER 1994.

Daß sexuelle Aufklärung und moderne Verhütungsmittel eine notwendige, aber keine zureichende Bedingung für die Lösung des Bevölkerungsproblems seien, hebt SCHOCKENHOFF 1997: 212 hervor.

193 Vgl. HAMANN 1999a.

Daß die höchst unterschiedlichen sozialen Motivationen, (viele) Kinder zu bekommen, durch die Bereitstellung von Verhütungsmitteln nicht einfach „ausgehebelt“ würden, betont WICHTERICH 1994e: „Verhütungsmittel können jedenfalls nicht den ‚ungedeckten Bedarf‘ von Frauen an Menschenrechten und Achtung, an der Einlösung von Grundbedürfnissen und Alterssicherung, an Entscheidungsmacht und Lebenschancen befriedigen.“ (a. a. O.: 63).

194 Vgl. beispielsweise NUSCHELER 1994: 50 und 72; Vorwort von Robert McNamara zu LEISINGER 1993: 12f.; in KLÜVER 1994a wird für eine Änderung „unserer“ Politik im Sinne eines „entwicklungspolitischen TÜV-Test[s]“ (a. a. O.: 174) für sämtliche Vorhaben und Projekte plädiert.

Daß insbesondere das Problem der Alterssicherung in den Entwicklungsländern gelöst werden müsse, betont unter anderem GRUBBE 1994: 89 und 197.

schworene günstige wirtschaftliche Entwicklung angesichts der realen weltwirtschaftlichen Ungleichgewichte herbeigeführt werden soll, bleibt allerdings offen. Der angestrebte ökonomische Wandel sollte und müßte „ökologisch tragbar“, „sozial verträglich“ und anderes mehr sein, was im Rahmen der globalen, kapitalistischen, wachstumsorientierten Wirtschaftsordnung kaum zu realisieren scheint.<sup>195</sup>

Die „Entdeckung“ der Frauen und die Veränderung ihres (bisher offensichtlich pauschal und in jeglicher Hinsicht) unterdrückten und minderwertigen „Status“ in „den“ Ländern der Dritten Welt gilt seit einiger Zeit als „Heilmittel“ schlechthin.<sup>196</sup> Motiviert werden die „Emanzipationsbestrebungen“ vor allem durch die Hoffnung, daß länger (und „besser“?) ausgebildete Mädchen und Frauen später heirateten und entsprechend später mit dem Kinderkriegen anfangen, eher eine (zum Leben halbwegs ausreichende?) bezahlte Erwerbstätigkeit fänden und somit unabhängiger von (offensichtlich nur auf deren Schwängerung sinnenden) (Ehe-)Männern seien sowie insgesamt zu „besseren“ (da rationaleren) „Managerinnen“ des (Über-)Lebens ihrer (wenige(re)n) Kinder würden.<sup>197</sup> Nicht zuletzt sollen sie damit einen wesentlichen Beitrag zur Wiederherstellung und Bewahrung der (lokalen, regionalen und globalen) „natürlichen Ressourcen“ als „menschlicher Lebensgrundlage“ leisten.<sup>198</sup>

---

<sup>195</sup> Darauf wird auch in BENDRATH 1994: 20f. verwiesen.

So bekennt sich beispielsweise der Entwicklungssoziologe Leisinger zu einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft (vgl. LEISINGER 1993: 29). Als Voraussetzungen für ein „nachhaltiges Wirtschaftswachstum“ benennt er einen Wandel der individuellen Einstellungen im Sinne von „Leistungswillen“, „Rationalität“, „Fleiß“, „Pünktlichkeit“ und ähnlichem mehr (vgl. a. a. O.: 26). – Bürgerlich-ökonomische „Grundtugenden“, wie sie schon von Malthus gefordert wurden und „mehr Markt“ werden als Lösungsweg zu „Entwicklung“ und „Wohlfahrt“ präsentiert.

<sup>196</sup> Vgl. FAMILIENPLANUNG 1994: 44; BLUM 1994: 11; SONTHEIMER 1992b; WERNICKE 1994 (II): 22; BRUNDTLAND 1993: 177; HASSEL 1994: 45; HIELSCHER 2000; in SARTORIUS 1993 hört sich das folgendermaßen an:

„Sie [die gute Botschaft, B. R.] besagt, vereinfacht ausgedrückt, daß sich Elend und Bevölkerungsexplosion besser *eingrenzen* ließen, wenn man den Frauen in der Familie nicht nur Unfruchtbarkeitsdrogen, sondern auch Selbstbewußtsein *einimpfen* und ihnen zu wirtschaftlicher Selbstständigkeit [sic!] und damit Macht verhelfen würde - [...]“ (a. a. O.: 24, Hervorh. B. R.).

In diesem kurzen Satz findet sich ein ganzer „Mix“ aus kriegerischen, technischen und medizinischen Metaphern. Die Zweckgebundenheit der Frauenförderung ist unübersehbar.

<sup>197</sup> Auf der Doppelseite zur Einführung in den Themenschwerpunkt „Weltbevölkerungsentwicklung“ in Geo (1994) Nr. 9 heißt es beispielsweise: „Wissen ist Macht – und das Geheimnis der Familienplanung. Denn kluge Frauen haben weniger Kinder“ (a. a. O.: 10).

Auch in INFOPOSTER 1999 wird der Zusammenhang „Kluge Mütter – erwünschte Kinder“ (a. a. O., Überschrift) hergestellt. – Formale Bildung wird mit „Klugheit“ gleichgesetzt: Nicht oder nur gering formal geschulte Frauen sind demnach „dumm“ und bekommen „zu viele“ und überdies „unerwünschte“ Kinder.

<sup>198</sup> So wird auf dem Titelblatt von Geo (1994) Nr. 9 zum Thema „Weltbevölkerung“, auf dem der „blaue Planet“ – getragen auf Händen von Frauen verschiedener Hautfarbe – zu sehen ist, die Frage gestellt: „Retten uns die Frauen?“

Das Interesse an einer „Besserstellung“ von Frauen ist vielfach ein strategisch motiviertes, das die Absenkung der Kinderzahl als oberste Priorität setzt.<sup>199</sup> Überdies werden die Männer und deren Verhalten meist außen vorgelassen. Frauen werden zu den scheinbar natürlicherweise wesentlich familienbezogeneren und damit entwicklungspolitisch „effektiveren“ Menschen erklärt, die in dieser Rolle daher zu „stärken“ und zu „fördern“ seien<sup>200</sup>, anstatt gleichzeitig von den Männern entsprechende Verhaltensänderungen einzufordern.

Andere Autoren betonen insbesondere die Notwendigkeit, daß die Industrieländer „gründlich abspecken“<sup>201</sup> und auf ein System „nachhaltigen Wirtschaftens“ umsteigen müßten. Um dies zu ermöglichen, sei auch eine weitere Geburtenreduzierung im Norden hilfreich und überlegenswert (als ob dies einfach verordnet werden könnte).<sup>202</sup> Auch hier scheint das Problem in der Zahl der Menschen als sol-

---

Und in SONTHEIMER 1990 wird getitelt: Die Erde in der Hand der Mütter“ (a. a. O.: 9).

199 So hört sich dies in UEXKÜLL 1993 beispielsweise folgendermaßen an: „Es gibt keinen schnelleren, sichereren oder billigeren Weg, um dem Bevölkerungswachstum zu begegnen, als Maßnahmen zur Stärkung der Rechte der Frauen und Kinder.“ (a. a. O.: 189).

Auch in LEISINGER 1993 wird für eine Veränderung der Geschlechterverhältnisse insbesondere deshalb plädiert, da die Geburtenraten hoch blieben, wo Frauen unterdrückt würden (vgl. a. a. O.: 276f.).

In o. V., APOKALYPSE 1994 heißt es: „Ein Durchbruch [hin zu einem „Stopp“ des Bevölkerungswachstums, B. R.] kann nur gelingen, wenn die unterdrückten Frauen gezielt gefördert werden.“ (a. a. O.: 158 (Untertitel)). – Eindimensional und pauschal werden „die“ Frauen (implizit „der“ Dritten Welt) ausschließlich als „unterdrückte, bedauernswerte Wesen“ dargestellt.

200 Vgl. beispielsweise das Interview mit Klaus Töpfer, dem deutschen Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen in Nairobi (GELD 2000: 158).

201 SIMON 1995: 116.

202 Vgl. SIMON 1995: 117; RADERMACHER 1992: 54, 55 und 59. Auch in HL 1994 wird konstatiert, daß die Industrieländer gemessen am Ressourcen- und Platzverbrauch ihrer Einwohnerschaft „hoffnungslos überbevölkert“ (a. a. O.) seien; ähnlich auch KLINGHOLZ 1994a: 43; in STEINER 1992 ist von der BRD als einem „eindeutig überbevölkerten Land“ (a. a. O.: 96) die Rede, wobei die dennoch auf Geburtenförderung ausgerichtete staatliche Politik angeblich insbesondere die Vermehrung „der Ausländer“ anregt (vgl. ebd.).

Der Ethologe Eibl-Eibesfeldt kommt ebenfalls zu dem Schluß, „[...] daß heute eigentlich allgemein bekannt sein dürfte: Westeuropa ist überbevölkert!“ (EIBL-EIBESFELDT 1994: 175). Er plädiert dafür, die Bevölkerungszahl der „Tragfähigkeit“ der europäischen Länder anzupassen, was auch eine strikte Restriktion der Zuwanderung einschließe. Sein Lösungsvorschlag lautet:

„Jene Gemeinschaften, die sozial bewußt und zukunftsverantwortlich wirtschaften (wozu auch eine entsprechende Geburtenkontrolle gehört), sollten sich zu großräumigen wirtschaftlichen und sozialen Friedenszonen zusammenschließen. Durch ihr Vorbild und mit ihrer Hilfe könnte dann eine schrittweise Angleichung der in dieser Richtung weniger Avancierten erfolgen.“ (a. a. O.: 215).

Die entscheidende Aufgabe für die Entwicklungsländer sei,

„[...] daß sie ihre eigene Bevölkerungsvermehrung unter Kontrolle bekommen. Nur dann werden die bessergestellten Länder in der Lage sein, wirkungsvoll zu helfen. Gelingt es den Schwellen- und Entwicklungsländern nicht, die Bevölkerungsexplosion einzudämmen, dann werden sich die wirtschaftlich und sozial sanierten Regionen

cher zu liegen: Bevölkerungspolitik ist offensichtlich notwendig, „allein schon um der Welt eine Verschnaufpause im Kampf gegen die Ausbeutung der Natur zu verschaffen“<sup>203</sup>.

Die „Lösung“ liegt angeblich in der Reduktion des „Faktors Mensch“ als Ausbeuter der Natur. „Mensch“ und „Natur“ sind voneinander vollkommen getrennt gedacht, wobei „der Natur“ (als für das Überleben wie für die Produktion notwendigen „ökologischen Systemen“) in diesem Fall (vordergründige) Priorität zugesprochen wird. Die Forderung einer „ökologischen Umsteuerung“ als primärer Aufgabe des Nordens wird meist mit jener einer konsequenten Bevölkerungspolitik im Süden kombiniert.<sup>204</sup>

Andere wiederum postulieren, daß die Staaten nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht hätten, auch zwangsweise bevölkerungspolitische Eingriffe vorzunehmen.<sup>205</sup> Von etlichen Autoren wird dabei eine angebliche Wahlmöglichkeit zwi-

---

wohl oder übel abschotten müssen, um dem allgemeinen Populationszusammenbruch zu entgehen.“ (a. a. O.: 216)

– Eibl-Eibesfeldt verpackt seine Ablehnung der Immigration und sein Plädoyer für klar voneinander getrennte „(Kultur-)Räume“ als „Friedensraum“-Konzept, wobei für ihn klar ist, daß die Bevölkerungen der Dritten Welt der Sicherung der Weiterexistenz der „Gattung Mensch“ zu opfern seien.

<sup>203</sup> SIMON 1995: 117; ganz ähnlich Vorwort von Robert McNamara zu LEISINGER 1993: 12.

<sup>204</sup> Vgl. beispielsweise HAUSER 1991: 646; REISSLAND 1994. In RADERMACHER 1992 wird der Lösungsweg folgendermaßen skizziert:

„Dieser [Verzicht, B. R.] besteht für eine Reihe von Generationen in einer globalen Beschränkung der Nachwuchszahlen im Sinne einer Abnahme der Gesamtbevölkerung sowie ferner in einer Konsumbeschränkung, zumindest in dem Sinne, daß Wachstum nicht wie bisher als Ziel thematisiert und weitergetrieben wird.“ (a. a. O.: 58).

<sup>205</sup> So betont der Bevölkerungswissenschaftler Hauser nachdrücklich, daß die Entwicklungsländer „mit aller Energie, vielleicht gar auf Notrecht basierend“ (HAUSER 1990: 53) versuchen müßten, ihr Bevölkerungsproblem zu regeln.

Der Wissenschaftsjournalist Reiner Klingholz behauptet in einer Podiumsdiskussion eine derartige staatliche Verpflichtung, „Bevölkerungspolitik zu betreiben, die auch vor, ich will nicht sagen Zwangsmaßnahmen, aber vor regelhaften Eingriffen nicht zurückschrecken sollte“ (MÖGLICHKEITEN 1995: 166).

In (vy.) 1991 heißt es: „Dennoch wird man in Zukunft auf Zwangsmaßnahmen nicht ganz verzichten können. Es wird nämlich zu einem fragwürdigen Unterfangen, Menschenrechte einzuklagen, wenn ein würdiges Leben nicht mehr möglich ist, weil es einfach zu viele Menschen gibt.“ (a. a. O.) – Hier wird eine deutliche Opfer-Logik ersichtlich: Die Menschenrechte gegenwärtig lebender Menschen, nämlich von Frauen und Männern in der Dritten Welt, sollen eingeschränkt und geopfert werden, um angeblich in naher Zukunft drohendes Unheil abzuwenden.

Ähnlich wird in RANDOW 1991 festgestellt: „Ohne Zwang aber wird – so entsetzlich dies ist – wohl keine noch so wirksame Geburtenregelung greifen; [...]“ (a. a. O.) – Das Pseudo-Entsetzen soll wohl das besondere „Problembewußtsein“ und die „Realitätsnähe“ des Autors unterstreichen.

In STEINER 1992 wird eine Bevölkerungsreduktion auf ein Hundertstel oder gar ein Tausendstel der heutigen Zahl als Grundvoraussetzung für eine „Gleichgewichtswirtschaft“ benannt (vgl. a. a. O.: 27 und 68f.). Dies solle mittels einer über mehrere Generationen durch-

gehaltenen weltweiten Ein-Kind-Politik, die dann von einem Zwei-Kinder-System abgelöst werde, erreicht werden. Der Autor betont zwar, daß die „Bevölkerungsschrumpfung“ nicht mit Gewalt herbeigeführt werden solle (vgl. a. a. O.: 69), läßt andernorts allerdings verlauten: „Bei den Nicht-Einsichtigen hilft leider nur Zwang.“ (a. a. O.: 137). Indirekt lassen sich Zwangsabtreibung, die Tötung Neugeborener und eventuell auch die Zwangssterilisierung „Uneinsichtiger“ als Mittel der von Steiner vorgeschlagenen Bevölkerungspolitik erschließen.

Um eine Bevölkerungsreduzierung zu erreichen, sei nämlich Abtreibung unbedingt erforderlich, da empfängnisverhütende Mittel beziehungsweise gar „natürliche“, auf periodische Enthaltensamkeit setzende Methoden nicht ausreichend seien, um „unerwünschte“ Geburten zu vermeiden. „Wir“ müßten auch töten, um eine überbevölkerte Welt zu verhindern, die Ergebnis der medizinischen Bemühungen zur Ausschaltung des „Kampfs ums Dasein“ sei. Der Autor sieht damit die „Aufgabe einer ‚Minimierung des Bösen‘“ (a. a. O.: 106) gestellt. Die Tötung habe allerdings so human wie möglich zu geschehen. Es gebe nur die Alternative, zu viel gezeugtes „ungeborenes Leben“ „aus Notwehr“ (a. a. O.: 124) zu töten oder aber diese „überschüssigen“ Menschen später, also als Kinder oder Erwachsene umzubringen (vgl. a. a. O.: 126). – Die Einsetzung einer humanisierten, „vom Menschen“ rational durchgeführten Selektion anstatt der angeblich natürlichen stellt das Programm der Eugenik in nuce dar.

Den Autor treibt explizit die Sorge um die „eugenische Qualität“ des dann zahlenmäßig geringen Nachwuchses um. Die Ein-Kind-Politik müsse so implementiert werden, daß es nicht zu „Verzerrungen des Genpools der Bevölkerung“ (a. a. O.: 136) komme. Es sei zu verhindern, daß sich gerade die „Verantwortungs-“ und „Hemmungslosen“ zahlenmäßig stärker fortpflanzen und auf diese Weise die „Einsichtsvollen“ genetisch „verdrängen“ (vgl. a. a. O.: 70 und 106). In „klassisch“ eugenischer Tradition beklagt Steiner die „Gegenauslese“ durch die moderne Medizin und malt die dadurch bedingte „Gefahr der allgemeinen Erbschädigung der Menschheit“ (a. a. O.: 100) und das „Übel einer unerträglichen allgemeinen Degeneration“ (a. a. O.: 112) an die Wand. Wenn nicht die grausame „natürliche Selektion“ wiedereingesetzt werden solle, könne dieser Bedrohung nur mittels Eugenik und Genmanipulation begegnet werden (vgl. ebd. und 109f.).

In KRENGEL 1994 wird für ein „System von Belohnung und ‚Bestrafung‘“ (a. a. O.: 72) als bevölkerungspolitisches Instrumentarium plädiert: Während für das erste Kind Steuernachlässe zu gewähren seien und das zweite Kind „neutral“ (also ohne Vor- oder Nachteile) zu behandeln sei, müßte im Fall eines jeden weiteren Kindes mit steigenden steuerlichen Abzügen reagiert werden (vgl. ebd.).

Ein katholischer Theologe und Ethiker vertritt die Ansicht:

„Wenn in den Slums von Kalkutta einfachhin bedenkenlos Kinder gezeugt werden, so entspricht dies in keiner Weise dem verantwortungsbewußten ‚Ja‘ zum Kind und dem biblischen Auftrag ‚Seid fruchtbar, wachset und mehret euch...‘. Hier wird es verständlich, daß der Staat zu Notmaßnahmen greifen muß, selbst wenn diese keineswegs alle eine sittliche Billigung erfahren.“ (GRÜNDEL 1995: 218f., Hervorh. im Original).

Und der Philosoph Anton Leist argumentiert:

„Die latente Nähe aller Bevölkerungsprogramme zum Ausüben von Zwang und zur Verwicklung in ungerechte Sozialverhältnisse könnte ein Grund sein, sie völlig abzulehnen. Manche Kritiker verurteilen sie durch Hinweis auf die eigentlich gebotene strukturelle Veränderung in den unterentwickelten Ländern. Mir scheint eine solche Kritik überidealisierend. Innerhalb global ungerechter Verhältnisse können bestimmte Verbesserungen vorteilhafter sein als keine. Den Unterschied zwischen Arm und Reich aufzuheben wäre besser für die vielen Armen. Aber solange der Unterschied besteht, ist es vorzuziehen, schwache Verbesserungen durchzusetzen als überhaupt keine. Viele an sich moralisch fragwürdige Methoden der Familienplanung sind deshalb jetzt und in der nahen Zukunft unverzichtbar.“ (LEIST 1991: 357).

schen einer („natürlichen“ oder auch gezielt herbeigeführten) „Erhöhung der Todesrate“ oder aber einer „Absenkung der Geburtenraten“ konstruiert.<sup>206</sup> In ähnli-

---

– Ein Übel wird durch den Hinweis auf die angeblich dadurch bewirkte Verminderung eines (sozialen) Mißstands legitimiert und relativiert, und der Status quo der sozialen Verhältnisse bleibt unangetastet.

Der Biologe Hardin plädiert – mit eugenischer Begründung – vehement dafür, (öffentliche) Appelle an das Verantwortungsbewußtsein und das Gewissen der Eltern zu unterlassen, und die Beschränkung der Fortpflanzungsfreiheit mittels finanzieller Strafmaßnahmen durchzusetzen. Es würden nämlich die „sensibleren“ und verantwortungsbewußteren Menschen derartigen moralischen Appellen Folge leisten, was auf längere Sicht eine unerwünschte „Selektionswirkung“ bedeute, da sich gerade die „Gewissenlosen“ weiter vermehrten. – Vgl. HARDIN 1976: 12, 14 und 17.

Vom utilitaristischen Imperativ der Leidvermeidung und der rational-distanzierten Abwägung angeblich sämtlicher auf dem Spiel stehenden Interessen im Sinne einer Wahl des „kleinsten Übels“ läßt sich so mancher Autor im Rahmen des Bevölkerungsdiskurses leiten. So wird in LEISINGER 1993 betont, daß ein „gutes“ bevölkerungspolitisches Handeln vom „tätigen Bestreben, menschliches Leid und Ungerechtigkeit zu mindern sowie Freiheit und Gerechtigkeit zu mehren“ (a. a. O.: 240) gekennzeichnet sei. Die Menschen seien primär durch entwicklungs- und sozialpolitische Maßnahmen sowie durch gezielte Aufklärung zu einer Reduzierung ihrer Kinderzahl zu motivieren. Als „ultima ratio“ (a. a. O.: 243) wird aber die Möglichkeit staatlicher Zwangsmaßnahmen im Sinne einer (zeitlich befristeten) Beschränkung der Fortpflanzungsfreiheit offengelassen, falls es der „Abwehr eines schweren Übels für die Gesamtgesellschaft“ (a. a. O.: 249) diene und sich die Menschen einer zuvor zu versuchenden Aufklärung „im Guten“ bewußt widersetzen hätten. Das „Gute“ soll offensichtlich hergestellt und sogar erzwungen werden, was einen grundlegenden Widerspruch in sich darstellt. Zugunsten eines angeblich objektiv und eindeutig zu erkennenden „Allgemeinwohls“ und zugunsten des „Wohls künftiger Generationen“ sollen Menschen im Falle ihrer „Uneinsichtigkeit“ beschränkt und gezwungen werden dürfen.

Auch hier wird die Befürchtung einer „unerwünschte[n] Selektion“ (a. a. O.: 248) geäußert, falls an das „Gewissen“ und das „Verantwortungsbewußtsein“ appelliert werde. Wer sich der angeblich zwingenden objektiven Vernunft im Rahmen der geforderten Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen nicht beugt, soll und darf als „unvernünftig“ unterworfen werden.

Auch in KESSELRING 1992 wird Gewaltmaßnahmen letztlich ein „Türchen“ offengelassen, wenn er sich zwar für die „Wahlfreiheit“ der Paare bei den Methoden der Familienplanung ausspricht, jedoch feststellt: „Das Bevölkerungswachstum muß sich so bald wie möglich und so drastisch wie möglich abflachen. Die erforderlichen Maßnahmen sind jetzt zu ergreifen, denn in ein bis zwei Jahrzehnten könnte es zur Anwendung freiwilliger Methoden zu spät sein.“ (a. a. O.: 35). – Gewaltames Vorgehen scheint dann als „Sachzwang“ legitimiert zu sein.

<sup>206</sup> Vgl. MARKL 1995a.; in BROWN/GARDNER/HALWEIL 2000 heißt es dazu: „Die Frage ist, ob eine geringere Bevölkerungszunahme durch entsprechende gesellschaftliche Entscheidungen oder durch rohe Naturzwänge erreicht wird.“ (a. a. O.: 16).

Vgl. insbesondere auch HL 1994, wo sämtliche „Varianten“ durchgespielt werden: das angebliche wieder-wirken-Lassen der „natürlichen Selektion“, was allerdings angesichts der Existenz von Atom- und Wasserstoffbomben die Vernichtung der Möglichkeit von (höherem) Leben überhaupt befürchten lasse; die gezielte jährliche Tötung eines zufällig ausgewählten Teils der Bevölkerung; die Förderung des Selbstmords; die selektive Tötung oder „humanere“ Sterilisierung angeblich minderwertiger Menschen wie „Idioten“ oder „Psychopathen“, die zahlenmäßig allerdings nicht sehr ins Gewicht fielen; die ausnahmslose Euthanasierung (Tötung) älterer Menschen ab einem bestimmten Alter, die aber nur zur Verjüngung der Bevölkerungsstruktur, nicht jedoch zu einer Begrenzung des Bevölkerungswachstums beitragen könne, da sich die Älteren überwiegend bereits fortgepflanzt hätten; die Tötung neugeborener Säuglinge, die einiges für sich habe; die Abtreibung als angeblich am wenigsten inhumane Methode der Anhebung der Todesraten sowie schließlich die Empfängnis-

cher Weise wie in der Euthanasiedebatte wird auch im Rahmen des Überbevölkerungsdiskurses immer wieder „tabuloses“ Nachdenken über mögliche Lösungswege gefordert.<sup>207</sup> Dies legt nahe, daß überkommene moralisch-theologische Vorbehalte „den Blick verstellt“ hätten und daher „über Bord zu werfen“ seien, was gewalttätige Radikallösungen, die als neutral-objektive „Systemnotwendigkeiten“ präsentiert werden, befürchten läßt.

---

verhütung, die – als abstruse Tötung vor einer Empfängnis eingeführt – als angeblich beste Lösung zur „Alternative“ der Absenkung der Geburtenraten überleitet. Hierbei gebe es die Möglichkeit einer freiwilligen Beschränkung der Kinderzahlen, die aber die Gefahr eines – eugenisch unerwünschten – Ungleichgewichts zu Lasten gerade der „Einsichtigen“ und somit „wertvolleren“ Gesellschaftsmitglieder beinhalte; die zwangsweise, unterschiedslose Sterilisierung aller Frauen nach der Geburt des zweiten Kindes sowie schließlich das „Anreiz-“ beziehungsweise besser Sanktionsmodell. Demnach sei beispielsweise die Einkommenssteuer bei der Geburt eines Kindes nicht zu senken, sondern anzuheben, wobei das dritte Kind große finanzielle Einbußen und sonstige spürbare Sanktionen zur Folge haben müsse. Für den Autor/die Autorin (?) ist klar: „Wir müssen die Menschen auf diesem oder jenem Wege davon überzeugen, daß man keine Kinder bekommt, wir müssen sozialen Druck gegen große Familien ausüben. Entweder dies, oder der Untergang der Zivilisation und von Milliarden Menschen steht uns bevor.“ (a. a. O.)

Auch in BORCHARD 1997 wird argumentiert:

„[...] die Weltgemeinschaft wird nicht um eine bewußte Antwort auf die entscheidende Frage herumkommen, ob sie die Begrenzung der Weltbevölkerung Hungersnöten und Umweltkatastrophen, Verteilungskriegen oder neuen Seuchen überlassen will oder ob sie andererseits lieber diese Begrenzung durch eine konsequente Familienplanung, durch Aufklärung und Schulung sowie durch Entwicklungshilfe selbst herbeiführen will.“ (a. a. O.: 158).

- Vgl. auch SOMMER 1994: 5.

In ähnlicher Weise konstruieren Paul und Anne Ehrlich die „Alternative“ von „humaner Geburtenkontrolle“ oder baldiger „Auslöschung“ des „Bevölkerungsüberschusses“ durch die „Natur“. – Vgl. EHRlich/EHRlich 1990: 17 und 238.

In LEISINGER 1993 wird prophezeit, es komme entweder zu „ökologischem Kollaps, zu armutsbedingten Verteilungskämpfen um knappe Ressourcen, zu Epidemien und zu Hungersnöten“ (a. a. O.: 228) und damit zu einem Anstieg der Sterblichkeit beziehungsweise gar einer Bevölkerungsreduktion, oder aber die internationale Staatengemeinschaft bemühe sich um die Schaffung jener sozialen Bedingungen, die für die Senkung der Geburtenraten notwendig seien (vgl. ebd.).

Vgl. auch JACOBI 1994, der sich zu der Formulierung versteigt: „Zuviele Menschen sind das Unglück dieses Sterns. Zuviele Menschen trägt und erträgt die Erde nicht. Zuviele Menschen sind tödliches Leben, das Übel der Übel.“ (a. a. O.) – Menschen werden zur tödlichen Bedrohung schlechthin für den „Planeten Erde“ erklärt.

In RANDOW 1991 wird – nachdem der Autor selbst die Notwendigkeit von Zwangsmaßnahmen betont hat – festgestellt:

„Herzlose Mitmenschen meinen, wir brauchten nur alles Mutter Natur zu überlassen – wenn's eng wird, schlagen sich die hungernden Leute gegenseitig tot; danach kann die Menschheit von vorne beginnen. Abgesehen von der Scheußlichkeit solcher Vorschläge überschätzen deren Protagonisten den demographischen Bremseffekt eines globalen Massenmordes angesichts der hyperexponentiellen Vermehrung unserer Spezies.“ (a. a. O.)

– Das Entsetzen und die Distanzierung von derartigen Vorschlägen sind nichtig, da letztlich nur auf ihren mangelnden „Realitätsbezug“ und ihre „Unzulänglichkeit“ abgehoben wird.

<sup>207</sup> So beispielsweise in HALBACH/RADERMACHER 1992: 12; RADERMACHER 1992: 48.

Ein anderer Ansatz setzt auf die wissenschaftlich-technologische Lösung der aus raschem Bevölkerungswachstum und Unterentwicklung resultierenden (globalen) Probleme, wofür die notwendigen finanziellen Mittel prinzipiell vorhanden seien. Es existiere allerdings eine (bedauerliche) Diskrepanz zwischen dem Grad der erreichten wissenschaftlich-technischen Möglichkeiten und Kapazitäten und „unseren“ Denk- und Verhaltensweisen sowie den Organisationsstrukturen von Weltwirtschaft und internationaler Politik. Es bedürfe daher „[...] einer **solidarischen Weltgemeinschaft** und einer **Weltregierung**, die den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution adäquat sind.“<sup>208</sup> Darüber, wie die „gemeinsame“ Lösung der „globalen Probleme“ durch „alle“ Menschen aussehen solle, werden allerdings keine sonderlich konkreten Aussagen getroffen.<sup>209</sup>

---

<sup>208</sup> KHALATBARI 1992: 79, Hervorh. im Original; ähnlich BIRG 1993/1994: 15f.; BIRG 1994: 30; auch in LEISINGER 1999 wird die Hoffnung in eine Kombination aus wissenschaftlich-technologischem Fortschritt und „good governance“ gesetzt; ähnlich KENNEDY 1994; ein „Weltstaat“, der die (natur-)wissenschaftlich als erforderlich erkannten restriktiven bevölkerungspolitischen Maßnahmen umsetze, wird auch in STEINER 1992: 7, 134 und 141 gefordert. Er sieht die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats und Deutschland dazu auserkoren, die bevölkerungspolitischen Maßnahmen notfalls gegenüber widerstrebenden Entwicklungsländern durchzusetzen (vgl. a. a. O.: 139) – wohl mit militärischen Mitteln, wie vermutet werden kann.

Der „grüne“ deutsche Außenminister Joschka Fischer stellt fest:

„Als einzige Lösungsmöglichkeit neben der Forderung, daß die reichen Industrieländer ihre Verantwortung wahrnehmen, sehe ich das Bemühen, auf eine Stärkung der Plattform der **Vereinten Nationen** und ihrer internationalen und regionalen Unterorganisationen hinzuwirken. Ich wüßte kein anderes Forum, das besser als die Vereinten Nationen in der Lage wäre, hier einen Ausgleich, einen Dialog zwischen Nord und Süd, zwischen Reich und Arm, herzustellen und auch neue Prioritäten in der internationalen Politik des 21. Jahrhunderts zu setzen.“ (ERÖFFNUNGSDISKUSSION 1999: 10, Hervorh. im Original).

- Eine ähnliche Position wird in COUSTEAU 1993: 191 vertreten.

In BROWN/GARDNER/HALWEIL 2000 wird die Forderung erhoben: „Vor allem braucht die Welt jemanden, der die Initiative ergreift und die Führung übernimmt.“ (a. a. O.: 127), was die Ebene der nationalen Regierungen und jene der „internationalen Staatengemeinschaft“ umfasse.

Der Vorschlag, eine „Weltregierung“ müsse jedem, der sich für eine kleine Kinderzahl entscheide, eine Rente garantieren sowie Zugang zu medizinischer Behandlung und Ausbildungsmaßnahmen ermöglichen, was über globale Öko- und Spekulationssteuern zu finanzieren sei, findet sich in BORCHARD 1997: 175.

In MARKL 1995a wird primär auf wissenschaftliche und technische Innovationen gesetzt, um im permanenten Kampf gegen die als wandelbar-feindlich vorgestellte Natur bestehen zu können.

<sup>209</sup> So wirft Khalatbari resümierend die Frage auf:

„[...] kann es uns gelingen, unsere tradierten Entwicklungsschemata radikal umzuwälzen und unsere Verhältnisse, Institutionen und Regierungssysteme rechtzeitig und bevor es zu spät ist an die Erfordernisse der wissenschaftlich-technischen Revolution zu adaptieren, und können wir die tiefverwurzelten Vorurteile von 6 Milliarden Menschen in absehbarer Zeit radikal abbauen und ihre Verhaltens- und Denkweise an die Bedingungen unserer immer kleiner werdenden Welt anpassen – mir scheint das eine utopische Vorstellung zu sein. Die Zeit dafür ist nun zu kurz – es ist nicht nur fünf vor zwölf!“ (KHALATBARI 1992: 80).

Zum Teil wird auch gefordert, daß nach Ende des Kalten Krieges Mittel aus den Rüstungsetats der Industriestaaten umgewidmet werden müßten, um damit Familienplanungsmaßnahmen<sup>210</sup> oder die Forschung an wissenschaftlich-technischen Innovationen<sup>211</sup> zu finanzieren. Der Eindruck, daß nun gegen die „Bevölkerungsbombe“ im „Süden“ gerüstet werden soll, drängt sich zum Teil durchaus auf.

Mit Blick auf die „ökologische Frage“ wird betont, daß die Entwicklungsländer einen anderen Entwicklungsweg einschlagen müßten als die Industrieländer und die „Anstrengung eines demographisch-ökologischen Übergangs“<sup>212</sup> unternehmen müßten. Die „Modernisierung“ der demographischen Muster müsse jener der ökonomischen Verhältnisse vorangehen. Letztere solle mittels der Heranbildung qualifizierten „Humankapitals“ und modernster, ressourcen- und energiesparender Technologien befördert werden.<sup>213</sup>

Abgesehen von der Dominanz des technologischen Ansatzes zur Lösung der „Naturkrise“ stellt sich auch hier die Frage, wie die Entwicklungsländer die teuren Bildungsmaßnahmen und Forschungsarbeiten samt der dafür notwendigen Infrastruktur angesichts ihrer überwiegend tristen wirtschaftlichen Situation finanzieren sollen. Der bloße „Transfer“ von westlichem Know-how und Verfahrensweisen hat sich zudem bisher kaum je als „Königsweg“ erwiesen, abgesehen davon, daß er meist nur vorgenommen wird, wenn es sich für den „Geber“ (zumindest auf Umwegen) lohnt.<sup>214</sup>

---

Auffallend ist insbesondere die beständige Verwendung eines – unterschiedslosen – „wir“ und „uns“ sowie die Aussage, daß es für den vorgeschlagenen Lösungsweg „eigentlich“ schon zu spät ist, woraus sich als mögliche Konsequenz pessimistisch-defätistisches „Warten auf den Untergang“ oder aber die Notwendigkeit von (wie immer gearteten) „Radikalmaßnahmen“ ergibt.

210 Vgl. beispielsweise KLÜVER 1990.

211 Vgl. beispielsweise KENNEDY 1994.

212 SCHMID 1996a: 22, Hervorh. im Original.

213 Vgl. SCHMID 1996a: 22f.; ähnlich LEISINGER 1993: 136.

In RADERMACHER 1992 wird für eine „Umverteilung“ vom Norden in den Süden plädiert, die durch eine Bevölkerungsreduktion im Norden bei beizubehaltendem Produktionsniveau erwirtschaftet werden solle. Durch den Transfer von Technologie und Produktions-Know-how solle im Süden Spielraum zur Finanzierung „positiver Anreizsysteme“ für niedrige Kinderzahlen geschaffen werden (vgl. a. a. O.: 59f. und 65).

214 Auch in ALTVATER 1992 wird betont: „Technologien sind strategische Variablen im globalen Konkurrenzkampf und Elemente von kapitalistischen Verwertungsstrategien.“ (a. a. O.: 194).

Wie wenig auch beim als „Alternative“ dargestellten „ökologischen Umbau der Industriegesellschaften“ am Führungsanspruch des „Westens“ gerüttelt wird, macht folgendes Zitat deutlich:

„Das ganze Fortschrittsdenken ist heute vollständig auf den Westen ausgerichtet. Es ist an uns, einen Wohlstand ohne verheerenden Naturverbrauch *vorzuleben*. Dann wird sich das Denken und Handeln der Führungseliten und der Kulturen weltweit danach ausrichten.“

Von Europa ist das Raubzugsdenken, die Kolonialisierung, die Industrialisierung und der weltweite Raubbau an der Natur ausgegangen. Von Europa muß auch das Si-

Als Ausweg aus der bedrängten wirtschaftlichen Situation vieler Entwicklungsländer, die dort Armut und dadurch induziert wiederum hohes Bevölkerungswachstum zur Folge habe, wird oft auch die Forderung nach weiterer Liberalisierung des globalen Handels laut.<sup>215</sup> Die Entwicklungsländer leiden heute zweifelsohne unter „Schutzmaßnahmen“ der Industriestaaten mittels Importbeschränkungen, Kontingentierungen und hohen Zöllen beispielsweise bei landwirtschaftlichen Produkten und Textilien, aber auch mittels detaillierten Produktnormen bei hochwertigen industriellen Produkten.<sup>216</sup> Die Industriestaaten versuchen auf diese Weise, den Druck der „Billigkonkurrenz“ abzumildern und den Abbau von Arbeitsplätzen nicht noch weiter zu beschleunigen. Angesichts der weltwirtschaftlichen „Rollenverteilung“ wäre eine völlige Freigabe des Handels allerdings für die Ökonomien vieler Länder des Südens fatal, abgesehen von den verheerenden ökologischen Folgen grenzenloser Transportfreiheit.

Schließlich gelten manchem Autor die „Kreativität des menschlichen Geistes“<sup>217</sup> und die naturwissenschaftliche Erkenntnis der „Evolution“ als Lösungsweg. Die „Selbstorganisation der sozialen Systeme“ im Sinne einer Informations- und Kommunikationsgesellschaft, die angeblich Teil der „evolutionären Dynamik der Natur“<sup>218</sup> sei, sei zu befördern und die Evolution vom Menschen „bewußt und zielgerecht zu steuern“<sup>219</sup>. Das evolutionäre System-Denken im Sinne des Glaubens an eine primär vermittelt des menschlichen „Geistes“ vorangetriebene Höherentwicklung auf einen „harmonischen Zustand“ auch im sozialen Bereich hin erreicht hier einen Höhepunkt.

### 4.3 Zusammenfassung

Die brisantesten Begründungen für die Notwendigkeit geburtenbeschränkender Maßnahmen vor allem in den Ländern des „Südens“ sind zweifelsohne die „Migration“, die „Gefährdung des Weltfriedens“ und die „Bewahrung der Biosphäre(n)“. „Migration“ bedeutet das Überschreiten von „Grenzen“ (als Staatsgrenzen wie als Grenze im übertragenen Sinn) und die Drohung, daß das „Innere“ des „eigenen“ Staates und Gemeinwesens von „Fremden“ „infiltriert“ wird. Der „Welt-

---

Signal zu einer umweltverträglichen Wende ausgehen.“ (WEIZSÄCKER 1991: 84, Hervorh. im Original).

<sup>215</sup> Darauf wird auch in BENDRATH 1994: 24f. hingewiesen.

Vgl. beispielsweise KRENGEL 1994: 60; auch BAUER 1994; demgegenüber hofft SCHOCKENHOFF 1997 darauf, „daß es auf dem Weg einer ‚Weltsozialpolitik‘ zu einer marktgerechten Weiterentwicklung des bestehenden Handelssystems kommen kann“ (a. a. O.: 250).

<sup>216</sup> Vgl. dazu auch FRANZMEYER 1995: 251f. und 262.

<sup>217</sup> LASZLO 1992: 94.

<sup>218</sup> LASZLO 1992: 119.

<sup>219</sup> LASZLO 1992: 165.

frieden“ und der „Blaue Planet“ als menschlicher Lebensraum sind in der westlichen Kultur als absolute, positive Werte verankert, die als „Totschlagargumente“ wirken: Diese zu kritisieren und ihnen ihren unbedingten Anspruch abzuspochen scheint geradezu unmöglich. Im Namen des „globalen Wohls“ sind so gut wie alle Maßnahmen als „unabdingbar“ zu rechtfertigen.

Wie gezeigt wurde ist die konkrete Praxis von Bevölkerungskontrollprogrammen vielfach von Gewalttätigkeit geprägt, und zwar nicht nur in Fällen offenen, direkten physischen Zwanges. Angesichts der herrschenden Verhältnisse eklatanter ökonomischer und sozialer Ungleichheit von „freien Wahlmöglichkeiten“ der Familienplanungsmethode zu sprechen ist naiv beziehungsweise in höchstem Maße zynisch.

Bei den vorgeschlagenen Lösungswegen wurde deutlich, daß häufig auf unmittelbaren Zwang zumindest als sogenannte letzte Option rekurriert wird.

